Sonnabend/Sonntag, 14./15. Januar 1933
A
15. Jahrgang Nr. 12

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich [illegible] Bezugspreis: Wöchentl. 42 Pf. + [illegible] 1,86 Mk. + 54 Pf. Botenlohn = 2,20 M. [illegible] durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., [illegible] Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile kostet [illegible] Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. [illegible] Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum [illegible] Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

Proletarische Kampfeseinheit bei den Betriebsrätewahlen!

Das RGO.-Reichskomitee an alle Arbeiter, Gewerkschafter und RGO.-Kollegen

Die Betriebsrätewahlen 1933 stehen im Zeichen der sich weiter verschärfenden Krise und des faschistischen Angriffs der Ausbeuter gegen das Proletariat, aber auch der mächtig wachsenden Gegenwehr der sich unter dem Banner der proletarischen Kampfeseinheit sammelnden Arbeiterschaft.

Die sozialen Phrasen des Kanzler-Generals Schleicher sind schon geplatzt. Die Fata Morgana eines Konjunkturumschwungs erweist sich als frecher Betrug. Statt Rückzahlung der geraubten Löhne rollt eine neue Teuerungswelle heran. Statt wirklicher Arbeitsbeschaffung wächst das Erwerbslosenheer. Eine neue faschistische Mordwelle brandet über Deutschland und soll, wie vor wenigen Monaten unter der Papen-Diktatur, in den Betrieben die Ruhe des Friedhofs, der kampflosen Unterordnung der Ausgebeuteten unter die Ausbeuter sichern.

Inmitten dieses Prozesses der weiteren Klassenzuspitzung kommt der diesjährigen Betriebsratswahl unerhörte Bedeutung zu. Sie muß zu einer grandiosen Mobilmachung der proletarischen Kampfes- und Klasseneinheit werden. Sie muß eine Armee der Sache des Proletariats ergebener Streikführer schaffen. Sie muß Zeuge für den Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfeskraft der Arbeiterschaft gegen Unternehmeroffensive, gegen Faschismus und die streikbrecherische Leipart-Bürokratie werden.

Gewerkschaftskollegen! Wir haben zusammen in mehr als tausend Streikkämpfen Papens Lohnabbaupläne zuschanden gemacht. Schulter an Schulter mit uns und gemeinsam mit den unorganisierten Arbeitern habt ihr am eigenen Leibe erfahren, daß nur in der Einheitsfront unter selbstgewählter Kampfführung der Verrat der Bürokratie durchkreuzt werden kann und der Sieg der kämpfenden Belegschaft gesichert ist. So wurde durch Anwendung der revolutionären Gewerkschaftspolitik der RGO. in zahlreichen Betrieben der Papen-Lohnabbau abgewehrt.

Auf Betreiben der Gewerkschaftsführer verbot im vorigen Jahre Brüning die Betriebsrätewahlen. Wie sie bei BVG.-Streik und am 20. Juli, in zahlreichen Streikkämpfen der Arbeiterschaft den Streikbruch gegen die proletarische Kampfeseinheit zu organisieren versuchen, so wollen sie auch die Betriebsratswahlen benutzen, um die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und zu vertiefen.

Wer mit Schleicher gemeinsame Sache macht, wer, wie die Leiparts, selbst einen Nazi-Straßer empfängt, für den ist die Degradierung der Betriebsräte zu Anhängseln der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft, des Wirtschaftsfriedens mit den Ausbeutern, ein Gebot der Selbsterhaltung.

Darum versuchen die Gewerkschaftsführer, die Aufstellung der Kandidatenlisten in ihren Büros in die Kreise eines zuverlässigen kleinen Funktionärstabes unter Ausschluß des demokratischen Bestimmungsrechtes der Mitgliedschaft zu verlegen. Darum müssen sie mit allen Mitteln die Eroberung der Gewerkschaftslisten durch die Opposition zu verhindern suchen.

Gewerkschaftskollegen, organisiert den Massenprotest gegen die Spalter der Arbeiterklasse!

Kämpft in breitester Oppositionsbewegung für die Aufstellung der Gewerkschaftslisten als Oppositionslisten in euren Mitgliederversammlungen!

Fordert, daß die gewerkschaftlichen Kandidatenlisten in Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Schmiedet die Einheitsfront mit den unorganisierten Kollegen durch Aufstellung der besten und kampferprobtesten Arbeiter auf der gewerkschaftlichen Oppositions- oder Einheitsliste.

Arbeiter! In breitester Front entfaltet in den Betrieben und Büros den Angriff gegen den Betriebsfaschismus! Unter dem Kommando der NSBO.-Führer versuchen die Nazi-Betriebszellen durch radikale Manöver die Belegschaft für sich zu gewinnen. Wir, die RGO., kämpfen auch bei diesen Wahlen um die Gewinnung der verirrten Naziproleten und -angestellten. Aber wir führen den schärfsten antifaschistischen Massenkampf gegen die Hitler, Goebbels und ihre Beauftragten, die aufs neue mit dem Lohnabbaukanzler Papen kuhhandeln, eine Mordwelle gegen die Notverordnungsopfer Papens entfachen, die die Schleicher-Diktatur der Margarineverteuerung tolerieren und ihre Streikbruchagentur im Dienste der Krupp und Thyssen hinter einem radikalen Gimpelfang zu verschleiern suchen.

Kollegen, ihr führt den Betriebsratswahlkampf mit dem Ziel der Verteidigung eurer Lebensinteressen und des Angriffs gegen die Ausbeuter. Darum

stellt in allen Abteilungsversammlungen eure Kampfforderungen auf, und verpflichtet die Kandidaten, sich für diese Forderungen einzusetzen.

Wählt in allen Betrieben und Abteilungen Wahlausschüsse, nicht als Organe der bürgerlichen Gesetzlichkeit, sondern als breite Einheitsfrontorgane der Kampf- und Streikmobilisierung. Organisiert die Verteidigung der Betriebsratskandidaten gegen Unternehmermaßregelungen und Ausschluß aus den Gewerkschaften. Verbindet die Betriebsrätewahlen mit dem Kampf um die wählbaren Funktionen bei den Ortsverwaltungs- und sonstigen Gewerkschaftswahlen. Festigt das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen an allen Stempelstellen!

Ueber alle Organisationsschranken hinweg schmiedet die proletarische Kampfeinheit:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für Rückeroberung der abgebauten Löhne!

Für Siebenstundentag und Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich, gegen die kapitalistische Rationalisierung!

Für uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht!

Für die Verteidigung der Tarifverträge und den Kampf um den kollektiven Tarifvertrag!

Gegen den Abbau der sozialen Leistungen, für Ausbau des Arbeiter- und Angestelltenschutzes, für besonderen Schutz der Frauen und Jugendlichen!

Gegen freiwilligen Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht!

In den Arbeitsdienstlagern Kampf um höhere Löhne, für Tariflöhne und besseres Essen!

Gegen den Schleicher-Kurs der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie, gegen die Streikbruchpolitik und den Spaltungskurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie!

Keine Stimme dem Hitlerfaschismus, dem Organisator des Streikbruchs, des Unterstützungsraubes und des Mordterrors!

Gegen imperialistische Kriegspolitik und Versailler Diktat, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes!

Für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Reichskomitee
der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Schwere Saalschlacht — Faschisten gegen Faschisten

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Im „Nationalen Hof" in der Bülowstraße entwickelte sich während einer Versammlung der Otto-Strasser-Gruppe zwischen diesen und den Mitgliedern dreier SA.-Stürme eine schwere Saalschlacht, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

An alle Antifaschisten Breslaus!

Der Fememörder Heines hat die SA. in Breslau aufgerufen, am Sonntag, dem 15. Januar, in Breslau zu demonstrieren. Angesichts der Stimmung der Breslauer Arbeiterschaft und großer Teile der Werktätigen gegen den braunen Mordterror, gegen die braunen Mordbanden, die erst bei der Beerdigung des jüngsten Opfers, des Jungarbeiters Hanisch, zum Ausdruck kam, bedeutet dieser Aufmarsch schon eine Provokation der Breslauer Arbeiterschaft.

Heines wird bei seiner Ansprache an die SA. auf dem Schloßplatz zu neuem Mord aufhetzen. Wir rufen angesichts der Situation die Arbeiterschaft und alle Antifaschisten Breslaus auf, am Sonntag, dem 15. Januar, dem Aufmarsch der SA. größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Alle Antifaschisten Breslaus müssen am Sonntag in Alarmzustand sein, um jeden Versuch einer Provokation der Arbeiterschaft sofort im Keim zu ersticken.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Reichsbannerkameraden!

Aus euren Reihen war das letzte Opfer des faschistischen Terrors zu beklagen. In den Straßen Breslaus darf sich das nicht wiederholen. Auch ihr müßt alles tun, um die Mordhetze des Heines scheitern zu lassen an dem Widerstand der Arbeiterschaft.

Laßt euch deshalb von euren Führern nicht abhalten, die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern und all den anderen Antifaschisten, die unter Führung der Kommunistischen Partei in Breslau gegen den Terror kämpfen, herzustellen. Gemeinsam mit allen Antifaschisten Breslaus müßt ihr am Sonntag die Arbeiterviertel vor den Provokationen der braunen Mordbanden schützen.

Bezirksleitung Schlesien

Rosa Luxemburg **Karl Liebknecht**

Die unsterblichen Helden der proletarischen Revolution

Zum 14. Todestag

Am 15. Januar 1919 gelang es der deutschen Konterrevolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu töten. Wochenlang klebten schon an allen Mauern und Zäunen die Plakate, in denen zur Ermordung von Karl und Rosa aufgefordert wurde. Bei dieser Kampagne nahm der sozialdemokratische „Vorwärts" einen sehr aktiven Anteil. Der berüchtigte Artur Zickler hat hier nach den Januarkämpfen die Aufforderung zur Ermordung von Karl und Rosa in die nichtzuvergessenden Worte gefaßt:

„Viel hundert Tote in einer Reih',
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —
Es ist keiner dabei."

Wenige Tage später brauchte die „Vorwärts"-Redaktion nicht mehr diese Klage anzustimmen. Der jetzige nationalsozialistische Führer Pflugg-Hartung und der Jäger Runge hatten das scheußliche Werk vollbracht, nach dem es der Bourgeoisie so heiß verlangte.

Ein Triumphgeheul erschallte bei den Vertretern der „deutschen Kultur", die durch die Tat der Pflugg-Hartung und Runge „von der Gefahr des Bolschewismus befreit worden waren", denn die Spartakusbewegung galt der deutschen Bourgeoisie ohne ihre besten Köpfe Rosa und Karl nur wenig gefährlich. Der Verlauf der deutschen revolutionären Bewegung in der Zeit nach der Ermordung von Karl und Rosa scheint der Bourgeoisie auch recht gegeben zu haben, denn es gelang ihr wirklich, eine Position nach der anderen, die sie in den Novembertagen 1918 an die Arbeiterklasse verloren hatte, von dieser zurückzuerobern. Daß dabei die Sozialdemokratie kein Hemmnis war, sondern sich als soziale Hauptstütze bei der langsamen, aber sicheren Wiederaufrichtung der Alleinherrschaft der Bourgeoisie erwiesen hat, das ist heute ganz sinnfällig geworden.

Wenn wir heute, 14 Jahre nach jenem grauenvollen 15. Januar, zurückdenken an die beiden großen Helden, die uns damals feiger Meuchelmord entrissen hat, dann dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, was das Ergebnis der sozialdemokratischen Politik in unseren Tagen ist. Von der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts bis zu der gegenwärtigen Entmachtung der werktätigen Massen führt ein gerader Weg. Was mit den deutschen Arbeitern geschehen ist, das ist kein Zufall, sondern die Konsequenz der sozialdemokratischen Politik. Aber auch der politischen und organisatorischen Schwäche der revolutionären Bewegung in Deutschland selbst. Wir würden den tragischen Tod unserer beiden großen Vorkämpfer nicht richtig würdigen, wenn wir den Tag ihres Gedenkens nicht ausnützen würden, um eine genaue Bilanz der Entwicklung der revolutionären Bewegung zu ziehen und festzustellen, warum gerade in Deutschland, dem Mutterlande der sozialistischen Bewegung, die Proletarierrevolution so heftige Rückschläge erleiden konnte. Eine solche Bilanz ist um so nötiger, als wir ja auch in diesen Tagen eines anderen großen Toten und seines Werkes gedenken: Wladimir Iljitsch Lenins und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

In der Sowjetunion entfaltet sich mit aller Kraft das Werk, das Lenin begonnen, das Werk des aufbauenden Sozialismus. Dagegen in Deutschland und gleich ihm in den anderen kapitalistischen Ländern vollzieht sich der durch die Krise sich ständig verschärfende Auflösungsprozeß des kapitalistischen Systems. Immer näher rückt der Zeitpunkt, wo die Frage des Ausweges aus der kapitalistischen Katastrophe wieder so gestellt ist, wie in den Tagen des November 1918. Es ist darum unsererseits die Frage aufzuwerfen, ob es das Schicksal des Proletariats ist, durch die Enthauptung seiner revolutionären Führer so geschlagen zu werden, wie das deutsche Proletariat nach dem 15. Januar 1919 geschlagen wurde, und ob es dem Zufall zu verdanken ist, daß die russische Revolution sich siegreich entwickelt, nur weil die Bourgeoisie nicht ihre Führer töten konnte, wie sie das mit Rosa und Karl getan hat?

Wir antworten darauf mit einem Nein. Das verschiedene Schicksal der revolutionären Entwicklung in Rußland und in Deutschland ist nicht zufällig. Für die siegreiche Entwicklung jener Revolution hatte das russische Proletariat zwei Bedingungen voraus, die dem deutschen Proletariat fehlten: das waren eine klarere Einsicht in die Gesetze der revolutionären Bewegung eine revolutionäre Partei. Beides ist das unsterbliche Verdienst Lenins. In Deutschland fehlte das eine wie das andere. Diese Schwäche und dieser Mangel, die sich so tragisch für die deutsche Revolution und die deutsche Arbeiterklasse auswirkten, sie lagen im Charakter der deutschen Linkenbewegung in der Vorkriegszeit und während des Krieges. Diese Schwächen und Mängel entwickelten sich unter der Führung von Rosa und Karl und sie begleiteten die revolutionäre Bewegung in Deutschland noch lange nach dem Tode der beiden großen Führer.

Je größere Aufgaben uns die Entwicklung der kapitalistischen Krise stellt, um so dringender ist es, aus der Geschichte der Partei auch Rosas und Karls Fehler und Mängel klarzustellen, alle jene Schwächen herauszuarbeiten, die die revolutionäre Linke in Deutschland so hartnäckig begleiteten. Unter der ideologischen Führung durch Rosa Luxemburg entstand die grundfalsche Einstellung über das

Wesen des Imperialismus, die zu einer mechanischen Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus führte. Daraus folgerte wieder die Theorie von der Spontaneität der Massen, die sich von den Irrtümern und Verbrechen der sozialdemokratischen Führerpolitik losreißen würden, um sich wieder der revolutionären Führung anzuvertrauen. Deswegen auch der Verzicht auf die Schaffung einer selbständigen revolutionären Partei. Es wird nicht erkannt, daß die Partei nur die Avantgarde des Proletariats, sein fortgeschrittenster, energischster und klarster Teil, sein kann. Im Zusammenhang mit diesen falschen Einstellungen stehen andere Irrtümer von ebenso großer Bedeutung, wie die Verkennung der Rolle der revolutionären Gewalt und die Irrtümer in der nationalen und in der Bauernfrage.

Es wäre eine Schändung der beiden großen Toten, weil wir wetteifern wollten in der Konservierung ihrer Fehler. Gerade wenn uns ihr Wirken für die deutsche Revolution heilig ist, müssen wir ihre Mängel aufdecken, damit das Proletariat davor bewahrt wird, diese Fehler zu wiederholen. Nichts Großes geht an den beiden Toten verloren, wen wir die von ihnen begangenen Fehler zum Nutzen für eine siegreiche Entwicklung der revolutionären Bewegung feststellen und überwinden. Wir sagen mit Lenin über Rosa Luxemburg:

„Man darf sich nicht an ihre Fehler klammern. Auch ein Adler kann tiefer fliegen als eine Gans. Dennoch bleibt sie ein Bergadler."

Und Karl bleibt nicht weniger der große, revolutionäre Rufer, dessen Stimme aufwühlend zur Proletarierrevolution während des teuflischen, imperialistischen Gemetzels in alle Länder drang.

Im Angedenken an die beiden großen Toten geloben wir, die von ihnen gegründete Partei weiter zu entwickeln im Geiste Lenins, der mit der bolschewistischen Partei Rußlands dem Kapitalismus auf dem sechsten Teil der Erde eine vernichtende Niederlage bereitete und in der Sowjetunion die Grundlagen für die sozialistische Krönung der Proletarierrevolution legte. Indem wir in seinem Geiste wirken, erweisen wir dem von den beiden großen Toten der deutschen proletarischen Revolution begonnenen Werk das tiefste Verständnis.

Reichsbannerkameraden durchschauen die arbeiterfeindliche Politik der Höltermann und Co.

und werden Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus

Breslau, 13. Januar. Im Kampf um die Gewinnung der Proleten der gegnerischen Wehrorganisationen hat Peterswaldau ein praktisches Beispiel geschaffen. In zäher und harter Kleinarbeit sind die Kameraden mit dem Bewußtsein an die Arbeit gegangen, hier müssen wir es schaffen. Seit einiger Zeit machte sich in Peterswaldau und auch in anderen Gegenden eine Unzufriedenheit unter den Reichsbannerkameraden wegen der Politik des Stillhaltens gegenüber den Mordfaschisten und der Kapitalsdiktatur bemerkbar. Zwei Schufokameraden, die gewillt sind, für den Sozialismus zu kämpfen, haben nach einer Diskussion mit den Kameraden des Kampfbundes die Konsequenz gezogen und haben ihren Eintritt in den Kampfbund gegen den Faschismus vollzogen. Die beiden Reichsbannerkameraden haben folgende Erklärung abgegeben:

„Der offene faschistische Kurs der Reichsbannerführer — Arbeitsdienstpflicht, Reichskuratorium für Jugendertüchtigung, Zwangsarbeit, Wehrpflicht und Erziehung zum Schlachtvieh für neue imperialistische Kriege — hat uns vom Reichsbanner getrennt. Wir wollen Seite an Seite mit der revolutionären Arbeiterschaft unter Führung der KPD., mit seinem Führer Ernst Thälmann an der Spitze, kämpfen für den Sturz dieses mordenden, faulenden kapitalistischen Systems, für die Herrschaft der Arbeiter und Bauern im sozialistischen Deutschland!

Deshalb erklären wir hiermit unseren Eintritt in den Kampfbund gegen den Faschismus! Wir geloben, unsere ganze Kraft einzusetzen für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Erich Blach, Peterswaldau, Schweidnitzer Str. 45.
Rudolf Munschke, Peterswaldau, Lerchenstadt 1."

Als der Reichsbannerführer, der zugleich Kreisführer ist, von dem Uebertritt hörte, hat derselbe seinen Mitgliedern verboten, mit den Ausgetretenen und überhaupt mit den Mitgliedern des Kampfbundes zu diskutieren. Er versucht jetzt mit Versprechungen seine oppositionell eingestellten Kameraden zurückzuhalten. Vielleicht folgt bald auf Kosten der Mitglieder ein Bierabend mit Tanz, wie es bei diesen guten Bürgern üblich ist. Trotz alledem, Kameraden, reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus zum Kampf gegen faschistischen Terror und Hungerdiktatur, gegen die imperialistische Kriegsgefahr! Sturmbereit!

Landarbeiter wählen Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz

Sucholona, Kr. Gr.-Strehlitz, 13. Januar. In einer dieser Tage stattgefundenen Landarbeiterzusammenkunft in Sucholona, in der ein Vertreter der KPD. zum Kampf der Landarbeiter um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen sprach und aufzeigte, auf welchen Weg und mit welchen Mitteln und Methoden der Kampf geführt werden muß, nahm man auch Stellung zu der am 29. Januar stattfindenden Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz.

In der Aussprache stimmten die Landarbeiter den Ausführungen des Vertreters der KPD. zu und beschlossen, aus ihrer Mitte zwei Delegierte zu der Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz zu wählen.

Auch die Landarbeiter begrüßen die Internationale Betriebsdelegiertenkonferenz, weil auch sie erkennen, daß der Kampf der Landarbeiter über die Grenzen hinweg geführt werden müsse. Gerade die oberschlesischen Grundbesitzer sind es, die vielfach hüben wie drüben, in Deutschland und Polen über Grundbesitz verfügen und die deutschen und polnischen Landarbeiter unter den unerträglichsten Verhältnissen ausbeuten.

Betriebe, Gutshöfe! Mobilisiert und wählt überall Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz am 29. Januar unter der Losung: „Zerreißt die Grenzen — schließt die Fronten!"

Feuerüberfall auf Arbeiterlokal

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Gestern abend verübten Nationalsozialisten auf einem mit drei Mann besetzten Motorrad einen Feuerüberfall auf das Arbeiterverkehrslokal Lehmann in der Sparrstraße. Verletzt wurde niemand.

Teilstillegungen und Massenentlassungen bei Bata

Ottmuth, 12. Januar. Nachdem in den vergangenen Tagen fast 150 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen wurden und die Belegschaft den Kampf um die Anerkennung des Tarifvertrages und der Lohnzahlung in der II. Ortsklasse führt, hat die Bata-Direktion bei der Behörde eine Teilstillegung des Betriebes in Ottmuth angemeldet. Es sollen vorläufig 300 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung kommen.

Die Direktion weigert sich entschieden, die Tariflöhne zu zahlen. Mit der Teilstillegung will man einen Druck auf die Belegschaft ausüben und zugleich den Kampf um die Tariflöhne abwehren.

Die Belegschaft muß sofort zu diesen Maßnahmen Stellung nehmen und die Stillegung verhindern durch den Kampf um den Siebenstundentag und die Reduzierung der Planleistungen und des Hetztempos. Keine Arbeiterin und kein Arbeiter darf entlassen werden — das muß die Losung der Belegschaft sein!

SPD.-Strachotta sabotiert Neuwahl der Betriebsräte

Kollegen der Technischen Abteilung! Alles erscheint zu der in den Tagen stattfindenden Belegschaftsversammlung, einberufen von den roten Betriebsräten — Für die Aufstellung und den Sieg der Einheitsliste!

Breslau, 14. Januar. Ueber die Sabotage der Einheitsfront durch den Betriebsratsvorsitzenden Strachotta legte die gestrige Belegschaftsversammlung der Technischen Abteilung der Straßenbahn ein deutliches Zeugnis ab. Die Kollegen der Opposition hatten eingangs der Tagesordnung einen Antrag eingebracht, durch welchen sie forderten, daß als zweiter Punkt auf die Tagesordnung die Behandlung der Neuwahlen der Betriebsräte gesetzt wird. Aber hier zeigte sich die Lakaienrolle dieses Gegners der kämpfenden Einheitsfront. Trotzdem unter den Versammlungsteilnehmern ein großes Interesse für diesen Punkt vorhanden war, verhinderte Strachotta mit allen möglichen Ausflüchten die Abstimmung über diesen Antrag.

Dieses Verhalten löste unter der Versammlung eine starke Empörung aus.

In seinem Geschäftsbericht, den dieser „Kleines-Uebel-Politiker" erstattete, kam sehr deutlich die kapitalerhaltende Einstellung dieses Unternehmerfreundes zum Ausdruck. Denn alle Verschlechterungen, die die Belegschaft habe hinnehmen müssen, seien eben nicht zu vermeiden gewesen auf Grund der Wirtschaftslage und der schlechten Finanzlage der Stadt Breslau. Es sei immerhin ein Erfolg, daß nach „Möglichkeit" wenigstens das Wenige, was nur irgend möglich war, gehalten worden sei und die Belegschaft vor noch größeren Verschlechterungen bewahrt worden ist. Von seiten der roten Betriebsräte wurde in ihrem Bericht sehr eingehend hervorgehoben, daß die Belegschaft, wenn sie sich in geschlossener Einheitsfront zur Wehr gesetzt hätte gegen diese Angriffe, daß dann diese Verschlechterungen wie Lohnabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hätten abgewehrt werden können.

Belegschaft verlangt nach der Einheitsfront!

Anders als der Saboteur Strachotta beschäftigte sich die Belegschaft mit der Frage der Einheitsfront. Fast alle Diskussionsredner bewegten sich in der Richtung der Notwendigkeit der kämpfenden Einheitsfront. Nicht nur die Diskussionsredner der freien Gewerkschaften, sondern auch die unorganisierten Kollegen betonten in ihren Ausführungen, daß es notwendiger denn je sei, daß die Belegschaft geschlossen zusammenstehen muß.

Daß die Belegschaft die Bestrebungen der Kreditgesellschaft, welche von verschiedenen Kräften angestrebt und ein Mittel sein soll, die Belegschaft für gewisse Ziele einzufangen, als einen großen Schwindel erkannt hat, das zeigte sich dadurch, daß ein Antrag der roten Betriebsräte, welche sich gegen dieses Schwindelunternehmen wandten, einstimmig angenommen wurde.

Gegen den Faschismus!

Auch die Tatsache, daß die Belegschaftsversammlung sich mit der Versetzung des Nazi-Göbel in die Technische Abteilung beschäftigte und einen Antrag annahm, der die Entfernung von Göbel aus der Technischen Abteilung verlangte, zeigt, daß die Belegschaft sich gegen die faschistischen Elemente zur Wehr setzt.

Im großen und ganzen zeigte die Versammlung, daß es wohl dem Reformisten Strachotta gelang, die Herstellung der Einheitsfront und die Aufstellung einer Einheitsliste zur Betriebsrätewahl auf der Grundlage eines Kampfprogramms zu verhindern. Aber die Belegschaft, das hat die Diskussion sehr deutlich bewiesen, ist bereits in starkem Maße für den Gedanken der Einheitsfront interessiert und wird sich auch von diesem Unternehmerlakaien nicht abhalten lassen, an die Schaffung der geschlossenen Kampffront heranzugehen. Die Kollegen der Opposition betonten schon in der Diskussion, daß sie alle Mittel anwenden werden, um die Geschlossenheit der Breslauer Gemeindearbeiter herzustellen.

Bereits in den nächsten Tagen werden die roten Betriebsräte die Belegschaft zu einer erneuten Belegschaftsversammlung aufrufen, wo zu der Betriebsrätewahl und der Aufstellung der Kandidaten auf obiger Grundlage Stellung genommen wird. An den Breslauer Gemeindearbeitern liegt es, dieser Frage noch eine viel stärkere Bedeutung beizumessen als bisher. Denn auch die gestrige Versammlung ließ viel zu wünschen übrig, indem die Kollegen immer noch nicht die Notwendigkeit des Besuchs der Belegschaftsversammlungen erkennen. Denn zweifelsohne wäre es bei einem stärkeren Besuch dieser Versammlung diesem Einheitsfrontsaboteur nicht gelungen, die Abstimmung des Antrages zu unterbinden. Deshalb

Kollegen der Technischen Abteilung!

Zieht auch aus dieser Versammlung die richtigen Lehren! Laßt euch durch diese Sabotageakte nicht abhalten von der Herstellung der kämpfenden Einheitsfront, sondern nun erst recht heran an die Arbeit, und sorgt mit dafür, daß die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen eine solche ist, daß die Wahl der Betriebsräte zu einem Siege der Einheitsliste wird. Mobilisiert alles zu der nächsten Belegschaftsversammlung, in welcher ihr die Aufstellung der Kandidaten behandelt und die nötigen Vorbereitungsmaßnahmen zu den Wahlen trefft!

200 Kinder von Erwerbslosen demonstrieren gegen Hunger und Frost

Polizei schlägt Kinderdemonstration brutal auseinander

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Gestern nachmittag demonstrierten 200 Kinder Erwerbsloser nach dem Rathaus in der Königstraße. Während der Demonstration riefen die ärmlich gekleideten Kinder von den Erwerbslosen: „Wir wollen Kleider und Schuhe, wir wollen unsere Turnhallen und Sportplätze für die roten Sportpioniere, wir wollen Milch und Brot!"

Die Polizei schlug die Kinderdemonstration mit brutaler Gewalt auseinander.

Gestern Hugenberg bei Schleicher

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Schwierigkeiten der faschistischen Schleicher-Regierung vergrößern sich. Die Bourgeoisie macht die größten Anstrengungen, um eine schnellere Konzentration aller faschistischen Kräfte herbeizuführen. Die Unterredung Schleicher mit Hugenberg am gestrigen Tage dauerte über zwei Stunden. Schleicher wird nach Hugenberg den Prälaten Kaas empfangen und dann ist für nächste Woche eine Zusammenkunft mit Adolf Hitler oder einem anderen Führer der Nationalsozialisten geplant.

Der Aeltestenrat des Reichstages wird am Freitag, dem 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, zu einer Sitzung zusammentreten.

Tag der Verlosung

„Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfrontaktion"

am 17. Januar

Damit der Ziehungstermin eingehalten werden kann, müssen wir an alle Verkäufer von Losen die Aufforderung richten, dieselben sofort bei der Stelle, von der sie die Lose bezogen haben, abzurechnen und die unverkauften Lose zurückzugeben. Alle Lose, die nach dem 17. Januar bei der Zentralen Verlosungskommission einlaufen, können nicht mehr gutgeschrieben werden und müssen von den Losverkäufern bezahlt werden."

Auch am Abend eine gute MAGGI-Suppe: sie ist billig, nahrhaft und bekömmlich

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Breslauer Presse zur Ermordung von Liebknecht und Luxemburg

Als am 15. Januar 1919 die Nachricht von dem feigen Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Deutschland eilte, da jubelte die Bourgeoisiepresse und in trauter Gemeinschaft sozialdemokratische Zeitungen, daß endlich die Führer der jungen Kommunistischen Partei zur Strecke gebracht waren. Ohne ihren Kopf wird die revolutionäre Bewegung in Deutschland sehr bald der Vergangenheit angehören, frohlockte man, mußte aber sehr schnell zähneknirschend eingestehen, falsche Hoffnungen gehegt zu haben.

Heute, da sich der Tag der Ermordung von Karl und Rosa wieder einmal jährt, sei in kurzen Auszügen die Stellung der Breslauer Presse zu den Morden wiedergegeben.

Beginnen wir bei der „Schlesischen Tagespost". Sie war „gegen die Lynchjustiz", doch hören wir aus welchen Gründen:

„Gegen ihren Willen haben dabei die verruchten Urheber aller spartakistischen Verbrechen, Liebknecht und Rosa Luxemburg, ein unrühmliches Ende gefunden. Auch wir bedauern, daß die aufgeregte Menge der Gerechtigkeit vorgegriffen und zu dem amerikanischen Mittel der Lynchjustiz Zuflucht genommen hat. Wir bedauern das nicht nur, weil wir im Gegensatz zu den „deutschen Demokraten" nicht alles für nachahmungswert halten, was aus dem gelobten Lande des Dollars kommt, sondern auch vor allem deshalb, weil dadurch der gegenwärtigen Regierung eine Gelegenheit zu klarer Stellungnahme genommen worden ist. Es hätte doch zur innerpolitischen Klärung beitragen müssen, wenn die Volksbeauftragten vor die Wahl gestellt worden wären, die Rädelsführer und Anstifter der spartakistischen Verbrechen dem Henker zu überliefern, oder durch ihre Begnadigung die Empörung weitester Volkskreise hervorzurufen. Die sozialistische Blutsverwandtschaft wäre hier auf eine sehr starke Probe gestellt worden, die nun bedauerlicherweise in Wegfall gekommen ist."

Die „Schlesische Zeitung" berichtete:

„Liebknecht hatte sich offenbar in einer Art von Größenwahn befunden. Von einem wahnwitzigen Fanatismus getrieben, glaubte er, das Heil der Menschheit und insbesondere des Proletariats mit allen Mitteln der Gewalt und sogar des Verbrechens und ohne Rücksicht auf die sittliche Beschaffenheit seiner Anhänger erreichen zu sollen und zu können. ... Rosa Luxemburg war zweifellos bedeutender als Liebknecht, der anscheinend völlig unter ihrem Einfluß stand und gewiß von ihr beherrscht wurde. ... Sie predigte besonders in der „Roten Fahne" ein Evangelium, das darauf hinausgeht, die Gerechtigkeit und das Glück der großen Masse der Menschen auch gegen deren Willen mit der rücksichtslosesten und gewalttätigsten, auch verbrecherischen Mitteln zu erzwingen. Sie soll übrigens persönlich selbstlos gewesen sein und sich Armer und Unterdrückter erfolgreich angenommen haben. Aeußerlich war sie eine kleine, unscheinbare, sogar etwas verwachsene Persönlichkeit, bei der jedoch der Gesichtsausdruck und der Blick der Augen eine hohe Intelligenz oder wenigstens großen Scharfsinn verrieten. Schriftstellerisch war sie außerordentlich hervorragend. Ihre Artikel in der „Roten Fahne" waren glänzend mit großer Folgerichtigkeit und scharfer Logik geschrieben."

Den angeblichen Grundsatz ihrer „christlichen Nächstenliebe" betätigte die fromme „Schlesische Volkszeitung" in dieser Weise:

„Blutig und schrecklich, wie die Früchte ihrer wahnwitzigen Hetzarbeit und verbrecherische Demagogie, ist das Ende der beiden Personen, die im Laufe der jüngsten Zeit eine schwere Schuld und Verantwortung auf sich genommen hatten. ... Die beiden Fanatiker, an deren gesunder Geistesverfassung man schon längst mit Grund zweifelte, waren geradezu eine böse Landplage geworden, die die langmütige Regierung — leider viel zu spät — unschädlich zu machen sich entschlossen hat. Würde sie rechtzeitig gegen die beiden Hetzer mit Entschiedenheit vorgegangen sein, so hätten in Berlin wie im Reiche die letzten beschämenden Vorfälle größtenteils vermieden, mindestens aber zahlreiche Menschenleben erhalten werden können."

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten" hielten es für zweckmäßig, in Anbetracht ihrer zahlreichen Arbeiterleser den Versuch zu machen, der Bedeutung von Karl und Rosa mit diesen Worten gerecht zu werden:

„Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind Opfer einer Idee gewesen und haben für diese Idee geopfert. ... An ihrem Scharfsinn, ihrer außergewöhnlichen Bildung und ihrer konsequenten Dialektik gab es keinen Zweifel. ... Karl Liebknecht wird auch von seinen Gegnern bescheinigt, daß er persönlichen Mut hatte, daß er bedürfnis- und anspruchslos war, und er hat sicher von den Geldern, die aus russischen Quellen für die Unterstützung des Bolschewismus flossen, für sich selbst keine Vorteile geholt. ... Ob mit ihnen auch der Bolschewismus in Deutschland zu Ende sein wird, das kann man leider heute mit Sicherheit noch nicht sagen."

Am gemeinsten kommentierte die angeblich demokratische „Breslauer Zeitung" die Morde. Alfred Oehlke, der übrigens Karl Liebknecht persönlich gekannt hatte, geiferte die ganze Wut und den ganzen Haß eines um seine soziale Stellung besorgten Kapitalslakaien in sein Blatt:

„Das Ende zweier Wahnsinniger!

Sie schrien: „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann, auf zur Rettung der Revolution!", aber was dann kommen sollte, namentlich angesichts der augenblicklichen politischen Lage, mit einer übermächtigen Entente, die bereit war, ihrerseits dem Bolschewismus in Deutschland ein Ende zu machen, daran dachten sie nicht, so weit reichten ihre von Wahngebilden umdüsterten und zersetzten Sinne nicht. ... Längst geistig erkrankt, war Karl Liebknecht. Erst in letzter Zeit zur verrückten Furie geworden ist Rosa Luxemburg. ... Vielfach von den Gerichten verfolgt und oft bestraft, trieben sie ihr wüstes Wesen, ohne indes Spuren geistiger Krankheit zu zeigen. Erst in den letzten Wochen ist die Krankheit bei ihr (Rosa Luxemburg) zum vollen Ausbruch gekommen. ... Anders Karl Liebknecht. Er gehörte schon lange nicht mehr zu den geistig Normalen. ... Die Novemberrevolution öffnete seine Kerkertore und nun war es um den armen Jnling geschehen. Er war inzwischen regulär verrückt geworden, wobei der Ansteckungsbazillus in sein verwirrtes Gehirn von den Bolschewisten in Rußland herübergewandert war. Es läßt sich annehmen, daß der Spartakismus in Berlin und andernärts wenigstens als akute Erscheinung mit dem Tode der beiden führenden Persönlichkeiten nunmehr allmählich erlöschen (!) dürfte, denn solche psychologische Volksepidemien brechen überaus heftig aus, pflegen aber nicht lange vorzuhalten. Einstweilen aber wäre es noch zu früh, sich geruhsam an dem Triumpf zu weiden (!!), mit zwei Verrückten fertig geworden zu sein."

Was die „Volkswacht" schrieb, haben wir vor einigen Tagen bereits einmal mitgeteilt. Wir wollen es noch einmal wiederholen, denn diese Schmach darf von den Arbeitern nicht vergessen werden. Am 17. Dezember 1918 brachte die „Volkswacht" die Aufforderung zum Mord an den beiden großen Führern des deutschen Proletariats. Da

„diese Frau und dieser Mann kein Gefühl für den Jammer unseres Volkes hatten, müssen sie unschädlich gemacht werden."

Es dauerte noch keinen Monat und ihr Wunsch war in Erfüllung gegangen. Neben einigen Krokodilstränen, die Paul Löbe über „den Gegner, an dessen Bahre wir die Fahne senken", vergaß, stellte sich die „Volkswacht" mit dieser Totenrede in eine Reihe mit „Tagespost" und „Breslauer Zeitung":

„Liebknecht wie Rosa Luxemburg waren im ersten größeren Stadium ihrer politischen Entwicklung beide Idealisten, der erstere mit stark ehrgeizigen Zügen, Rosa Luxemburg in der eigentümlichen Verfassung, sich zur Furie zu verwandeln, sobald politische oder Parteifragen sie beschäftigten."

*

Noch über den Tod hinaus geschmäht, von dem blindwütigen Haß der Bourgeoisie in das Grab hinein verfolgt — und auf der anderen Seite von der heißen Liebe der Arbeiterklasse in immer mahnender Erinnerung behalten, so stehen heute die Bilder von Karl und Rosa vor uns. Und ob auch schon 14 Jahre vergangen sind, die Wunden, die Karl und Rosa den Tod brachten, bluten immer noch frisch. Sie mahnen das deutsche Proletariat, daß seine Aufgabe: **im Sieg der proletarischen Revolution den Mord an Karl und Rosa und den unzähligen Tausenden Namenloser zu rächen, noch nicht gelöst ist.**

Diese im Dienste der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft stehende Presse wird heute noch von vielen Werktätigen abonniert. Am 14. Todestag von Liebknecht und Luxemburg müssen diese Klassengenossen den Entschluß fassen, diese Pressekanaille aus ihren Wohnungen zu werfen und die kommunistische Zeitung zu abonnieren.

Beschluß der Essener Konferenz

der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Belgiens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Luxemburgs über die Durchführung gemeinsamer Aktionen und die verstärkte internationale Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien

Ausgehend von der politischen Deklaration beschließt die Konferenz der kommunistischen Parteien folgende Maßnahmen zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und zur Durchführung gemeinsamer internationaler Aktionen:

1. Verstärkte Durchführung der gegenseitigen politischen und materiellen Unterstützung bei Streiks, im Kampf der Erwerbslosen bei Wahlen und anderen Aktionen.

2. Verstärkte Massenmobilisierung gegen Produktion und Transport von Kriegsmaterialien angesichts der wachsenden Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion und der japanischen Kriegsüberfälle in China.

3. Entfaltung einer systematischen Arbeit und Propaganda gegen die chauvinistische Hetze der Parteien, Organisationen und der Presse der Imperialisten und der 2. Internationale, für die Annäherung und Verbrüderung der französischen und deutschen, deutschen und polnischen, französischen und italienischen, italienischen und jugoslawischen, rumänischen und ungarischen, tschechoslowakischen und ungarischen, deutschen und tschechoslowakischen, österreichischen und deutschen, jugoslawischen und bulgarischen, deutschen und dänischen werktätigen Massen.

Gleichzeitige Entfaltung einer verstärkten Kampagne gegen die Antisowjethetze in den kapitalistischen Ländern mit verstärkter gegenseitiger Unterstützung der Parteien durch konkrete Materialien, rasche Information usw.

4. Gemeinsame Pressekampagnen mit gegenseitiger Auswertung der revolutionären Presse der anderen Länder.

5. Entfaltung der Initiative zur Durchführung der verschiedensten Formen der Verbindung des Zusammengehens, gemeinsamen Auftretens der Durchführung von Antikriegsaktionen, der Sportler, Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Frauen, der Jugend, der verschiedenen kulturellen Organisationen, der Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Studenten, Aerzte, Ingenieure und anderer intellektueller Kreise.

6. Die Organisation internationaler Kundgebungen in den Hauptstädten Europas, vor allem im Zusammenhang mit der zehnjährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung und bei weiteren internationalen Ereignissen mit Austausch der Redner der verschiedenen Länder.

7. Die Organisierung von Grenztreffen an der deutsch-französischen, deutsch-belgischen, französisch-belgischen, französisch-italienischen, deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen, dänisch-deutschen Grenze usw.

8. Die Organisierung internationaler Verbrüderungsdemonstrationen in einer Reihe von Hafenstädten Europas (London, Marseille, Le Havre, Bremen, Hamburg, Stettin, Danzig, Gdingen).

9. Gemeinsame, miteinander verbundene Aktionen der Kommunisten in den verschiedenen Parlamenten der Länder und Gemeinden.

10. Gemeinsame Maßnahmen und gegenseitige Unterstützung der betreffenden Parteien bei der politischen Bearbeitung, Organisierung und Mobilisierung der Arbeiteremigration (Frankreich, Belgien, Deutschland usw.) und ihrer Heranführung an die revolutionäre Bewegung.

11. Die Verstärkung und der Ausbau der Verbindungen zwischen den Parteien:

a) durch enge Zusammenarbeit und Verbindung der Organisationen in den Grenzbezirken;

b) durch Ausbau der Verbindungen zwischen Betriebszellen und Betriebsbelegschaften wichtiger Betriebe;

c) durch Zusammenarbeit der Arbeiterkorrespondenten der verschiedenen Länder;

d) durch regelmäßigen Austausch der politischen Informationen der Presse und Literatur;

e) durch Regelung der gegenseitigen Berichterstattung und Mitarbeit an der Presse und der Entsendung besonderer qualifizierter Korrespondenten der Zentralorgane der Partei bei besonders wichtigen Anlässen in anderen Ländern usw.;

f) durch rechtzeitiges Reagieren auf die Kämpfe der anderen Parteien;

g) durch Beauftragung eines verantwortlichen Genossen des Sekretariats oder Politbüros des Zentralkomitees in jeder Partei mit den besonderen Fragen der internationalen Arbeit.

12. Die parallele Entfaltung der Antikriegskampagne der Parteien mit den Aktionen der Amsterdamer Antikriegsbewegung, in der die Kommunisten mit besonderer Aktivität mitarbeiten müssen, wobei der überparteiliche Charakter dieser Bewegung berücksichtigt werden muß.

13. Die Organisierung einer internationalen Kampagne für die Unterstützung des Kampfes der KPD. gegen das seitens der Schleicher-Regierung drohende Verbot, wie für die Verteidigung aller kommunistischen Parteien und revolutionären Massenorganisationen gegen reaktionäre und faschistische Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

14. Stärkste gegenseitige Unterstützung der Parteien im Falle der Illegalität zur Sicherung der revolutionären Massenarbeit, ungeachtet der Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

15. Internationale Kampagne und gegenseitige Unterstützung der Parteien im Kampfe gegen weißen Terror, Strafexpeditionen, Hinrichtungen, physische Ausrottung der revolutionären Kader (Weißrußland, Westukraine, Mazedonien usw.).

Die Konferenz hält es für notwendig, in den Parlamenten Frankreichs, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Polens, Belgiens, Bulgariens, Griechenlands, ein gemeinsames Auftreten der revolutionären Kader zur Mobilisierung der Massen in den betreffenden Ländern gegen das Versailler System, die Reparationen, die Kriegsschulden, die militärischen Pläne des französischen Imperialismus, die Aufrüstung Deutschlands und die chauvinistische und Kriegshetze im Sinne der politischen Erklärung der Konferenz durchzuführen.

Dieser Vorstoß soll von den kommunistischen Fraktionen in den holländischen, dänischen und schwedischen Parlamenten unterstützt werden.

Diese Aktion soll verbunden werden mit internationalen Kundgebungen in Paris, Berlin, Brüssel, Wien, Prag und den Hauptstädten anderer Länder und soll durch Massenkundgebungen in anderen wichtigen europäischen Städten und durch die Presse in die breiten Massen hineingetragen werden.

Die Konferenz betont, daß die Steigerung der internationalen Kampagne und der gemeinsamen Aktionen der kommunistischen Parteien und der revolutionären Massen vor allem ein Mittel zur Steigerung des Kampfes im eigenen Lande gegen die eigene Bourgeoisie und zur Stärkung der kommunistischen Parteien ist.

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG

Einzelangebote aus 6 Abteilungen

Filzhut für Damen, kleidsame Formen, viele Farben 1.25	Filzhut für Damen, zweifarbige Filz-Garnitur, dunkle Farben 1.65	Filzhut für Damen, Filz- oder Bandgarnitur, viele Farben, auch große Weiten 1.95	Filzhut für Frauen, dunkle Farben, kleidsame Formen, große Kopfweiten 1.95	Atlashut für Damen, kleine jugendliche Baretttformen, mit flotten Schleifen 2.85	Spangenschuhe für Damen, schwarz Lack, mit Trotteur-Absatz, Größe 36-40 3.65	Halbschuhe für Herren, schwarz oder braun Rindbox, schlanke Form, Größe 40-44 4.50	Damenstrümpfe ägyptisch Mako, Doppelsohle, Spitzhochferse, moderne Farben 0.68	Damen-Schal Baumwolle gerauht, mit 4 cm breiter Franse, Längsseiten gezäckelt 0.42
Jumperschürze für Damen, Doppeldruck weiß-blaues Tulpenmuster, einfarbiger Passe 0.95	Damenschürze Wickelform, Zefir, aufgenähte Reversausbuntem Kretonne, Größe 42-48 1.25	Knabenschürze blau meliert, einfarbiger Einsatz, bekurbelte Spieltasche, Größe 40-45 0.50	Voll-Voile bedruckt, licht-, luft- und waschecht, neuzeitliche Muster, 100 cm breit m 1.00	Vorhangstoff licht-, luft- u. waschecht, viele Streifen, 120 cm breit m 0.75, 70 cm breit m 0.48	Fenstergarnitur 2 Schals, 1 Querbehang, mit Franse, verschiedene Streifen-Muster 1.00	Tischdecke Kunstseide, lichtecht, doppelseitig verwendbar, mit Franse, 130x160 2.65	Diwandecke Gobelingewebe, neuzeitliche Muster, mit Franse 140x270 cm 4.85	Auflage-Matratze stig., Drellbezug, Alpengrasfüllung, hygienisch einwandfrei, 90x190 cm 13.50

RUND UM DEN ERDBALL

Hummel-Daubmann zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt

Der Ausklang einer nationalen Komödie

Freiburg i. Br., 13. Januar. Gestern, spät abends, hat das Gericht im Prozeß des falschen Daubmann das Urteil gefällt. Der Schwindler Ignaz Hummel, der nationalistische Held und Märtyrer Hugenbergs, Hitlers und Ullsteins, wurde zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Verlauf der Verhandlung brachte noch einige interessante Momente an den Tag. Wenn die Entlarvung des Schwindlers — das ging aus der Verhandlung hervor — sich noch um zwei Wochen verzögert hätte, dann hätte man tolle Dinge erlebt. Eine Büste für Hummel war bereits fertiggestellt und sollte im Bürgermeisteramt von Endingen eingeweiht werden. Für die Memoiren Hummels, die, wie bereits berichtet, von Major Bumiller geschrieben worden sind, waren Subskriptionen gesammelt und das Buch befände sich heute bereits in allen Schaufenstern. Außerdem waren noch große, pompöse Paraden in Vorbereitung, die nur infolge der Verhaftung Hummels nicht zur Durchführung gelangten.

Kurz und gut: man hatte während der ganzen Verhandlung das Gefühl, daß die nationalistischen Kreise, die diesen Taumel inszeniert haben, mehr als Hummel selbst die Aufdeckung dieses Schwindels bedauern.

Hunger und Frost in Rumänien

18 Personen erfroren

Bukarest, 13. Januar. Starke Kälte und andauernde Schneestürme haben in den nördlichen Gegenden der Walachei eine katastrophale Lage herbeigeführt. Alle Wege sind verschneit, die meisten Zugverbindungen sowie die Telegraphen- und Telephonlinien unterbrochen. Die Gemeinderatswahlen von Ramnicul-Sarat mußten infolgedessen aufgeschoben werden. 14 Bauern einer Nachbargemeinde, die sich zur Stimmabgabe nach Ramnicul-Sarat begeben wollten, konnten sich den Weg durch den drei Meter hohen Schnee nicht weiter bahnen und fanden dabei den Tod.

Die Gendarmerie des Ortes meldet, daß während der Bergungsarbeiten an verschiedenen Stellen der Landstraße noch weitere vier Leichen von Erfrorenen aufgefunden worden seien. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen zur Freilegung der Wege und zur Hilfeleistung für die eingeschneiten Dörfer getroffen.

Feuer entzündet Blindgänger

Fünf Schwerverletzte

Paris, 13. Januar. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag in Villers-Bretonneux in der Nähe von Amiens. Gartenarbeiter waren im Park eines alten Schlosses beschäftigt und hatten Baumäste zu einem Haufen zusammengetragen, den sie anzündeten. Fünf Mann der Arbeiterkolonne hatten um das Feuer Platz genommen, als plötzlich eine furchtbare Explosion erfolgte und alle fünf Arbeiter schwer verletzt liegen blieben.

Die Untersuchung ergab, daß gerade an der Stelle, an der das Holzfeuer angezündet worden war, ein aus dem Weltkrieg stammender Blindgänger vergraben worden war, der sich durch die Hitze entzündet hatte. Die fünf Opfer des Unfalls wurden sofort in ein Krankenhaus übergeführt, wo man bei drei von ihnen jede Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens aufgegeben hat.

Drei Banken in St. Louis schließen gleichzeitig die Schalter

Neuyork, 13. Januar. Am Donnerstag haben in St. Louis nicht weniger als drei Banken mit einem Gesamtdepositenstand von über elf Millionen Mark ihre Schalter geschlossen. Dadurch erhöht sich die Zahl der Banken, die in St. Louis in der letzten Woche die Zahlungen eingestellt haben, auf sechs. Ursache des Schalterschlusses ist ein allgemeiner Run des Publikums auf die Banken gewesen, der durch den Zusammenbruch anderer Banken veranlaßt worden war.

Der tote Lokomotivführer

Ursache der Eisenbahnkatastrophe im Gütsch-Tunnel — Die Schuld der Behörden

Wie erinnerlich, ereignete sich im Dezember in einem Tunnel zwischen Zürich und Luzern, dem Gütsch-Tunnel, ein furchtbarer Eisenbahnzusammenstoß. Zwei Züge fuhren mitten im Tunnel mit ungeheurer Wucht ineinander. Die Untersuchung dieser Eisenbahnkatastrophe ist nunmehr abgeschlossen und hat eine sensationelle Erklärung für die Katastrophe zutage gebracht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Lokomotivführer des einen Unglückszuges schon vor der Katastrophe einen Schlaganfall erlitten hatte und schon tot war, als die Katastrophe erfolgte. Der Unglückszug wurde von einem Toten geführt, der für seine Tat nicht mehr verantwortlich war.

Bei der Aufklärung des Zusammenstoßes untersuchte man die Leiche des verunglückten Lokomotivführers Gilli. Dabei stellte man überraschend fest, daß der Zugführer nicht an den Folgen seiner Verletzungen gestorben ist, sondern einem Schlaganfall erlegen war. Gilli muß von dem Schlaganfall bereits zwischen den Stationen Zug und Luzern betroffen worden sein. Im Gefühl der Uebelkeit öffnete er wahrscheinlich trotz des kühlen Wetters das rechte Fenster seines Führerstandes. Im Todesmoment hielt er noch immer den Tot-Mann-Hebel umklammert und sank seitwärts in die offene Fensterfüllung.

Mit dem sogenannten Tot-Mann-Knopf hat es bekanntlich seine eigene Bewandung. Die Schweizer Lokomotiven werden aus Sparsamkeitsrücksichten nur noch von einem Mann bedient. Für den Fall, daß der Lokomotivführer erkrankt, hat man an dem Führerhebel einen Knopf angebracht, der sofort die automatische Bremsung des Zuges in Tätigkeit setzt, wenn der Führer den Hebel losläßt. Solange der Zug fährt, muß der Zugführer den Hebel festhalten.

In dem vorliegenden Fall hat der sterbende Lokomotivführer den Hebel aber nicht losgelassen, sondern ihn krampfhaft weiter festgehalten, so daß die Bremse nicht in Tätigkeit treten konnte. Die Folge davon war die Katastrophe in dem Tunnel.

Es hätte auch zur Katastrophe kommen müssen, wenn der Zugführer freie Fahrt zum Bahnhof Luzern gehabt hätte. Mit einer Geschwindigkeit von etwa 70 Kilometern wäre der Zug in die Halle gerast, hätte den Prellbock überrannt und wäre wahrscheinlich direkt in den Restaurationsräumen des Bahnhofs gelandet, weil niemand da war, der die Bremse in Tätigkeit setzen konnte.

Die Schuld an dem furchtbaren Eisenbahnunglück trägt also allein die Verwaltung der Schweizer Bundesbahnen, die seinerzeit den zweiten Lokomotivführer abbaute. Das ist wohl auch der Grund, weshalb die zuständigen Stellen die Bekanntgabe des Obduktionsbefundes immer noch hartnäckig verweigern und die Oeffentlichkeit nur auf Umwegen von der Aufklärung der Eisenbahnkatastrophe erfahren konnte.

Die Hölle von Cayenne

ist eine der berüchtigsten Verschickungsinseln der französischen Bourgeoisie. In letzter Zeit verlautete, daß man dieses Gefängnis liquidieren will. Aber das wird kaum eintreffen. Denn die Bourgeoisie kann auf Kasematten nicht verzichten. Unsere beiden Aufnahmen berichten aus dieser Hölle: links ein Gefangener in seiner Zelle in Einzelhaft — rechts Sträflinge bei der Zwangsarbeit.

Spiegel der Ereignisse

Aufdeckung von zwei Verbrechen in Frankreich

Paris, 13. Januar. In Frankreich sind gestern zwei Verbrechen von außergewöhnlicher Roheit begangen worden.

In Paris hat ein 15jähriger Landwirtschaftsschüler seine 82jährige Tante, eine Marquise von Nedde, die er regelmäßig zu besuchen pflegte, bei einem dieser Besuche von hinten niedergeschlagen. Die alte Frau liegt im Krankenhaus. Ihr Zustand ist ernst. Der Neffe versuchte zuerst zu leugnen, gestand dann aber die Tat ein und begründete sie damit, er habe die Rolle eines Detektivromanhelden spielen wollen.

Im anderen Falle handelt es sich um einen Mord in der Ortschaft Crotet bei Angoulême. Dort brannte in der vergangenen Nacht ein Gutshof nieder. Bei den Löscharbeiten fand man die Leichen des Pächters und seiner Frau. Beide Leichen wiesen aber nicht nur Brandwunden auf, sondern die Leiche der Frau lag in einer großen Blutlache und die des Mannes war zerstückelt. Von dem oder den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

★

In der Gegend von Volo (Thessalien) wurden am Donnerstag neue schwere Erdstöße verspürt. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

★

Eine fünfköpfige Familie ist in Bukarest unmittelbar nach Einnahme des Mittagessens unter furchtbaren Qualen gestorben. Die Untersuchung ergab, daß auf das Essen irrtümlicherweise statt Salz Arsenik gestreut worden war.

Aufklärung eines Raubmordes in Jena

TU. Jena, 13. Januar. Der Polizei ist es gelungen, ein schweres Verbrechen aufzuklären. Seit dem 23. November vorigen Jahres wurde die Ehefrau Emma Weißenborn aus Jena, die mit einem Betrage von 5000 Mark unterwegs war, vermißt. Die Polizei verhaftete zwei Verdächtige, einen Klempner und einen Maurer, die sich durch ungewöhnlich hohe Geldausgaben verdächtig gemacht hatten. Nunmehr gestand der Klempner Wilhelm Löffler aus Jena, daß er die Ehefrau gemeinsam mit dem ebenfalls verhafteten Maurer erwürgt, in einen Sack gesteckt und in die Saale versenkt habe. Die Ermordete konnte bisher nicht aufgefunden werden.

Eine Mutter verbrennt ihr Kind

Löbnitz, 13. Januar. Die Zigarrenmacherehefrau May in Löbnitz hat, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht zum 17. Dezember 1932 heimlich ein uneheliches Kind geboren, dieses während oder kurz nach der Geburt getötet, dann in Papier eingewickelt und im Ofen verbrannt. Von einer Festnahme hat man zunächst absehen müssen, da die May krank ist.

Ein fideles Gefängnis

Königsberger Nazi-Bombenwerfer: leben in einem Gefängnis wie im feinsten Sanatorium — Gänsebraten zu Mittag, Leckerbissen am Abend

Linz, 12. Januar. Hier ist ein ungeheurer Skandal aufgeflogen. Man entdeckte, daß die vier Königsberger Nazibombenwerfer, die sich seit Mitte September im hiesigen Gefängnis befinden, hier geradezu ein Schlemmerdasein führen. Sie erhalten durch den Gefängnisdirektor Seiler die auserlesenste Kost und auch sonst leben sie wie auf einer Erholung.

Es handelt sich um folgendes: Mitte September vorigen Jahres hatte die Linzer Polizei vier Königsberger Nazis verhaftet, unter dem Verdacht, in Königsberg Bombenattentate verübt zu haben. Als sich der Verdacht bestätigte, wurden die vier Jungens ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Obwohl diese Burschen während der Verhaftung keinen Pfennig besaßen, suchten sie um die Erlaubnis an, sich aus eigenen Mitteln zu beköstigen. Diese Erlaubnis wurde ihnen gegeben. Nun erfährt man, daß sie aus einem Restaurant in der Nähe viermal täglich auserlesene Speisen geliefert erhalten. Hier das Menü eines Tages: Am 11. Dezember speisten sie zum Frühstück Kaffee und Butterbrötchen, zum zweiten Frühstück Aufschnitt und Wein, zum Mittag Gänsebraten mit Krautsalat, Kartoffeln und Eiscreme, am Abend kalten Schweinebraten, Butterbrot und Kaffee. Bier, Wein und Zigaretten in Hülle und Fülle.

Nun flog die Geschichte auf und zwar auf folgende Weise: Der Wirt, der die Speisen geliefert hat, lieferte zuletzt auch eine Rechnung. Die Rechnung machte für zwei Monate 2625 Schilling. Der Gefängnisdirektor aber bezahlte nur 1265 Schilling und weigerte sich, den Rest zu bezahlen. Mit der Restforderung verwies er den Wirt an das Braune Haus in München. Dort rückte man mit Geld nicht heraus und bestellte einen anderen Wirt, dem die Sorge übertragen wurde, für das Wohlergehen der vier Nazis im Gefängnis zu arbeiten. Im Gänsebraten und in der Weinbelieferung ist kein Stillstand eingetreten.

Wie man sieht, geht es also den Nazi„märtyrern", den Bombenwerfern und Mordbuben im Gefängnis nicht schlecht.

Glosse vom Tage

Die Hundezähne auf Ellis Island

Wo Ellis Island sich befindet, das hat früher einmal jeder gewußt. Und besonders jedem, der mal dritter Klasse nach Amerika gereist ist, bleibt Ellis Island in ewiger Erinnerung. Heute freilich ist Ellis Island halb vergessen. Amerikas Tore sind für Arbeitsuchende geschlossen, und Ellis Island ist vereinsamt.

Aber doch: die Wächter der amerikanischen Kultur schlafen und schlummern nicht. Sie bewachen Amerikas Unschuld vor der bolschewistischen Verderbnis. Erst unlängst machte man Professor Albert Einstein große Schwierigkeiten bei der Einreise, weil der Bund „der Töchter der amerikanischen Revolution" nicht sicher war, ob Einstein mit seiner Relativitätstheorie erstens nicht der Polygamie und zweitens dem Bolschewismus die Tore geöffnet habe.

Nun kommt die Nachricht, daß man Prof. Piccard bei der Einreise nach Amerika auf Ellis Island Schwierigkeiten bereitet habe. Einer jener amerikanischen patriotischen Vereine, die ungefähr den gleichen Charakter tragen, wie der oben erwähnte Bund der „Töchter der Revolution", oder wie die Nazipartei hier in Deutschland, hat erfahren, daß Prof. Piccard seinem Hunde alle Zähne gezogen hat. Dies bedeutet natürlich ein ungeheures Verbrechen gegen die amerikanische Kultur und der Verdacht lag nahe, daß Piccard dem Bolschewismus huldige. Kurz, es galt der Gefahr zu steuern. Auf Ellis Island ging alles drunter und drüber.

Schließlich wurde der Hund untersucht und bei Prof. Piccard die Monogamie festgestellt, und die Einreise doch gestattet.

Leo.

Serienspiele am heutigen Sonntag

Fortuna 1 — Schwarz Gelb 1, Rot-Weiß-Platz, 10,30 Uhr (Schiri 21).
Fichte 1 — Grün Weiß 1, Bebelpark, 10,30 Uhr (Schiri 17).
Favorit 1 — Ohlau 1, Brückenaue, 14,00 Uhr (Schiri 19).
Favorit 2 — Ohlau 2, Brückenaue, 12,30 Uhr (Schiri 8).
Soli 1 — Süd 1, Brückenaue, 9,30 Uhr.
Soli 2 — Süd 2, Auenwiese, 8,00 Uhr.
Rot Weiß 1 — Ost 1, Rot-Weiß-Platz, 14,00 Uhr (Schiri 4).
Rot Weiß 2 — Ost 2, Rot-Weiß-Platz, 12,30 Uhr (Schiri 41).
Oels 1 — West 1, Oels, 9,30 Uhr (Schiri 3).
Bernstadt 1 — West 1, Bernstadt, 14,00 Uhr (Schiri 29).

Gesellschaftsspiele

Schlesien 1 — Schwarz Weiß 1, Rosenthal, 14,00 Uhr (Schiri 6).
Fichte 2 — Grün Weiß 2, Bebelpark, 9,00 Uhr (Schiri 10).
Fichte 3 — Kottwitz 2, Bebelpark, 13,30 Uhr (Schiri 40).
Dynamo 3 — Ost 3, Brückenaue, 8,30 Uhr (Schiri 30).
Fortuna 2 — Schwarz Gelb 2, Rot-Weiß-Platz, 7,30 Uhr (Schiri 16).
Fortuna 3 — Kottwitz 1, Rot-Weiß-Platz, 9.00 Uhr (Schiri 39).
West 2 — Spielvereinigung 2, Brückenaue, 14,00 Uhr (Schiri 35).
West-Schüler — Ost-Schüler, Brückenaue, 13,00 Uhr (Verein).

Bezirksschiedsrichter-Ausschuß.

Agitationsbezirk Breslau

Montag, 20,30 Uhr, Schiri Krony (Favorit), sowie G. Jetzeck (Schwarz-Weiß).

Wegen Nichtentsendung der Vereinsschiri-Obleute zu der Obleute-Vollversammlung am 11. 1. 1933 werden die Vereine Schwarz-Weiß, Favorit, Spielvereinigung, Soli Oels und Ohlau mit je 1 Mk. bestraft.

Die Strafe ist bis zum 24. 1. 1933 zu begleichen, anderenfalls Spielverbot.

Ladung für den Verhandlungs-Ausschuß am 16. Januar

20,20: Vereinsvertreter von Favorit mit Unterlagen wegen schwarzer Liste Paul Krause, und Max Halfter Vereinsvertreter von Rote Spiel-Vereinigung.
20,40: Vereinsvertreter „Fichte" Ohlau und Vereinsvertreter Schwarz-Weiß.
21,00: Vereinsvertreter Fanal-West und von Schwarz-Weiß, dazu Schiri Hafe.

Seriennachspiele

22. 1.: Bernstadt 1 — Rot Weiß 1.
22. 1.: Dynamo 1 und 2 — Schwarz Weiß 1 und 2.
22. 1.: Oels 1 — Ost 1.
22. 1.: Fichte 1 — Ohlau 1.
22. 1.: Favorit 1 — Soli 1.
22. 1.: Süd 1 — Schwarz Gelb 1.
29. 1.: Bernstadt 1 — Oels 1.
29. 1.: Soli 1 — Fortuna 1.
29. 1.: Süd 1 und 2 — Grün Weiß 1 und 2.
29. 1.: Ohlau 1 — Fichte 1.
5. 2.: Soli 1 — Fichte 1.
5. 2.: Bernstadt 1 — Dynamo 1.

Agitationsbezirk Liegnitz

Bezirks-Konferenz

in Jauer, 10 Uhr vormittags im Gasthof „Zu den Linden", Striegauer Straße.

Jeder Verein hat zwei Vertreter zu entsenden.

Wichtige Beschlüsse stehen auf der Tagesordnung.

Agitationsbezirk Waldenburg

Zu der morgen Sonnabend in Sandberg stattfindenden Schiedsrichterversammlung wird unter Punkt Regelkunde ein Lichtbildervortrag gegeben. Es darf schon dieserhalb kein Schiri fehlen und alle Vereine haben für Beschickung der Schiriversammlung Sorge zu tragen. Die Spartenleitung.

Sturm, Sandberg I — Fichte, Striegau I 4:2

Sturm hatte vergangenen Sonntag Fichte zu Gaste. Sturm trat in veränderter Aufstellung an, die sich auch gut bewährte. Striegau konnte in Führung gehen, doch der Ausgleich erfolgte einige Minuten später. Die Zuschauer waren Zeuge eines schönen, flotten, durchaus offenen Spieles, das beiden Torhütern Arbeit verschaffte. Nach Halbzeit hatte Sturm mehr vom Spiel, um zum Schluß mit obigem Resultate zu schließen. Die 2. Mannschaften trennten sich 3:2 für Striegau.

Stern, Zirlau I — Fichte, Hausdorf I 7:2

Am Sonntag, den 7. d. M., war es Hausdorf gelungen, Stern-Zirlau mit zwei Mannschaften zu verpflichten. Pünktlich, um 13,30 Uhr, stellte sich die 3. Mannschaft der hiesigen 2. Mannschaft und siegte nach einem schönen Spiel sicher mit 6:3. Anschließend standen sich die 1. Mannschaften beider Vereine gegenüber. Hausdorf mußte leider mit Ersatz antreten. Jedoch auch ohne demselben war Zirlau stark überlegen und hätte bei Entfaltung aller Kräfte noch höher gesiegt. Trotz des glatten Bodens wurde ein schönes faires Spiel gezeigt, ganz dazu angetan, den hiesigen Fußballanhängern den Unterschied zwischen bürgerlichem und Rot-Sport zu zeigen. Schiedsrichter Fiebig (Wüstegiersdorf) leitete sicher und korrekt und hatte das Spiel jederzeit fest in der Hand.

Sturm, Sandberg — Blau-Weiß, Freiburg

Sonntag, den 15. Januar, stehen sich obige Vereine in einem Freundschaftstreffen gegenüber. Anstoß der 2. Mannschaften 13 Uhr, der 1. Mannschaften 14,30 Uhr. Sportplatz ist der VfB.-Platz in Bad Salzbrunn, am Freibad.

Freie Sportfreunde, Jauer—Stern-Zirlau

Am Sonntag steigt in Jauer obiges Gesellschaftsspiel. Jauer wird alle Kräfte einsetzen, um dem „Berglandmeister" einen ebenbürtigen Gegner abzugeben. Anstoß der 2. Mannschaften 12,30 Uhr, anschließend die 1. Mannschaften.

„Gottesberger Arbeiter-Athleten als Räuber"

Unter obiger Ueberschrift erschien im Naziblättchen „Mittelschlesischer Gebirgszeitung" Nr. 5 am Freitag, den 6. Januar, eine elende Verleumdung gegen den Kraftsportverein Gottesberg. Der Artikel ist von Anfang bis Ende erlogen. Man schreibt darin, daß am Silvesterabend ein auswärtiger SA.-Mann in der Kutscherstube des Hotels „Glück Auf!" von Mitgliedern des Arbeiter-Athletenvereins überfallen, mißhandelt und seiner Abzeichen beraubt wurde. Behauptet wird darin noch, daß die Athleten, die ein Vergnügen im „Glück-Auf"-Saale abhielten, in einer Stärke von 20 Mann über den SA.-Mann hergefallen seien. Alles ist erlogen. Wahr ist vielmehr, daß der Kraftsportverein (Athleten) das Silvester-Vergnügen mit dem Sportkartell im Schützenhaus feierte. Festgestellt wurde, daß kein einziges Mitglied des Kraftsportvereins zu dieser Zeit im „Glück-Auf" weilte, noch viel weniger 20 Mann, wie dieser Nazischmierfink behauptet. Also hat diese Angelegenheit nicht das geringste mit dem Kraftsportverein zu tun. Dieser Hetzartikel liegt ganz in der Linie der gesamten Verhetzung gegen linkseingestellte Arbeiter. Diese Leute wollen andere als Räuber, Banditen, Horde und wer weiß mit welchen Ausdrücken belegen, wo doch in allen Reichsteilen schon festgestellt werden konnte, daß nur auf sie allein diese Benennungen zutreffen. Wieviel Morde, feige Ueberfälle auf einzelne Personen usw. hat man diesen Strolchen schon nachgewiesen. Die Arbeiter in den Reihen dieser Partei der Barone Grafen und Generälen müßten längst erkennen, wohin die Verhetzung von dieser Seite aus führen muß. Wie verlogen der Artikel außerdem ist, beweisen sie übrigens noch selbst dadurch, daß sie schreiben: Leider war es bisher auch noch nicht möglich, die Namen der Täter, die im übrigen bekannt sein müßten, festzustellen. — Hoffentlich gelingt dies aber noch, damit den Banditen der gebührende Lohn zuteil wird. — In der Ueberschrift aber behaupten sie verlogen, daß es Athleten waren. Hier zeigt sich die Verlogenheit und Gemeinheit dieser Partei sehr deutlich. Arbeiter, duldet nicht, daß man weiter von diesen Leuten Arbeiter-Vereine in Schmutz und Dreck zieht.

Jahreshauptversammlung der Arbeitersamariter Lehmwasser

Lehmwasser-Sophinau. Ueber anerkennenswerte Leistungen konnten Arbeiter-Samariter in der Jahreshauptversammlung berichten, an der auch Bezirkskassierer Genosse Brenzel, vom 7. Bezirk, teilnahm. Genosse Pfeiler als Vorsitzender und technischer Leiter der Kolonne schilderte in seinem Bericht die organisatorische und öffentliche Tätigkeit. Es wurden neun Versammlungen und elf Vorstandssitzungen abgehalten. Außerdem beteiligte sich die Kolonnenleitung an der Winterhilfe, deren Sitzungen, Sammlung und Verteilung, sowie an drei Sitzungen des Arbeiter-Sportkartells.

Trotz der schweren Wirtschaftslage, unter der besonders diese Kolonne nicht verschont blieb, was auch der Kassenbericht des Kassierers ergab, konnte die Kolonne die Mitgliederzahl fast verdoppeln. Die Kolonne leistete in der Oeffentlichkeit folgendes: Transporte wurden sechs ausgeführt, drei zur Wohnung, drei zum Arzt. 38 Dienste mit 88 Genossen und 413 Dienststunden wurden gestellt. Erste Hilfe wurde in 396 Fällen geleistet, davon entfallen 30 Hilfeleistungen bei Betriebsunfällen **und mehr als über 100 Hilfeleistungen bei Personen, die keiner Kasse angehören, da selbige Wohlfahrtsunterstützung beziehen, wodurch auch der Wert der sachgemäßen ersten Hilfeleistung von seiten der Gemeinde hoffentlich anerkannt werden wird.** Zur weiteren Ausbildung der Kolonnenmitglieder wurden 15 Uebungsabende und eine öffentliche Uebung veranstaltet. Ein Lehrkursus wurde durchgeführt und an drei größeren Uebungen, welche auswärts stattfanden, beteiligte sich die Kolonne. In den Vorstand wurden alle Genossen wiedergewählt, so daß also folgende Genossen fungieren: 1. Vorsitzender und technischer Leiter Genosse Josef Pfeiler; Kassierer: Genosse Wüstehube; Schriftführer: Genosse Langer; Revisoren: Genossen Hörner und Langer.

Arb.-Rad- u. -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Bezirk 1

Ausschneiden! Aufbewahren!

Bezirks-Sportprogramm 1933

26. Februar: Fahrwarte-Konferenz in Breslau, 9 Uhr vormittags, im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52.
5. März: Jugendleiterkursus in Deutsch-Lissa.
12. März: Jugendleiterkursus in Sacrau.
26. März: Schiedsrichterkursus für Straßen- und Motorsport in Breslau, 9 Uhr vormittags, im Zentralballsaal.
2. April: Jugendstafetten.
23. April: Bezirksausfahrt der Kraftfahrer.
30. April: Bezirksjugend-Ausfahrt Rund um den Zobten.
14. Mai: Bezirkswanderfahrt. Ziel: Schmolz. Am selben Tage Austragung der Bezirksmeisterschaften der Rennfahrer auf der Strecke Breslau—Neumarkt—Rackschütz—Kant. Ziel: Schmolz. Start 6 Uhr in Breslau-Schmiedefeld. Gleichzeitig findet das 100-Meter-Langsamfahren für Fahrer und Fahrerinnen statt.
25. Juni: Welt-Arbeitersporttag.
16. Juli: Gauausfahrt der Kraftfahrer.
30. Juli: Bezirks-Kindertag.
13. August: Bezirks-Jugendspieltag.
27. August: Gau-Sternfahrt der Bezirke 1, 2 und 3.
10. September: Bezirksjugend-Schnitzeljagd.
17. September: Bezirks-Grenzlandtreffen der Tourenfahrer in Neu-Mittelwalde. Am selben Tage Austragung der Bezirksmeisterschaften im Mannschaftsfahren auf der Strecke Breslau—Hundsfeld—Bohrau—Oels—Juliusburg—Gr.-Graben—Festenberg—Goschütz. Ziel: Neu-Mittelwalde. Start 6 Uhr in Breslau-Hundsfeld.
8. Oktober: Findigkeitsfahrt der Jugend.
5. November: Jugendstafetten zur Einholung der Statistik- und Fragebogen.
22. November: Bezirksjugendversammlung.
25. Dezember: Austragung der Bezirksmeisterschaften im Saalsport.

Achtung! Sonderangebote!

Lorenz 2-Röhren-Gleichstrom-Empfänger mit eingebautem Lautsprecher . . . . . komplett RM. **58.-**
Lorenz 2-Röhren-Wechselstrom-Empfänger, ohne Lautsprecher . . . . . komplett RM. **65.-**
Telefunken 4-Röhren-Schirmgitter-Empfänger mit eingebautem dynamischen Lautsprecher. . . . . komplett RM. **150.-**
7-Tage-Sperrkreise und Störschutz lieferbar
Gelegenheitskäufe in guten Markenfabrikaten erhalten Sie bei

Fritz Jenner, Breslau 1
Reusschenstraße 38 u. Neue Weltgasse 5
Ingenieurbüro für Elektro- u. Radioanlagen / Beleuchtungskörper Heiz- und Kochgeräte

Rundfunk-Programm

Sendung Breslau (325)

Zwischensender: Gleiwitz (253,4)

Sonntag, 15. Januar

6.35: Hamburger Hafenkonzert
8.15: Chorkonzert des VfOV Breslauer Sängerchor E.V.
9.10: Rechtsanwalt Jacobsohn: Steuerrechtliches zur Jahresbilanz 1932.
9.30: Zwanzig Minuten Verkehrsfragen.
9.50: Glockengeläut
10.00: Evangelische Morgenfeier.
11.00: Aus: Pole Poppenspäler, von Theodor Storm.
11.30: Leipzig: Bach-Kantate: Ach Gott, wie manches Herzeleid.
12.00: Berlin: Deutsche Weihestunde des Reichskriegerbundes Kyffhäuser anläßlich des Reichsgründungstages.
12.55: Wien: Mittagskonzert des Sinfonieorchesters.
14.00: Mittagsberichte
14.10: Rich Winkler: Die Bedeutung der Musik für den Blinden.
14.30: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
14.50: Hoffer-Reichenau: Stadt und Land.
15.15: Kinderfunk: Bunte Woche.
15.40: Chr Köbler: Der Autarkie-Gedanke des deutschen Idealismus.
16.00: Tilsit: Kundgebung für das Memelgebiet.
16.35: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
18.00: Kann Theaterkritik helfen? Ein Zwiegespräch.
18.30: Alter und neuer Humor im Lied.
19.00: Kreis-Medizinalrat Dr Engel: Für die Schlesische Winterhilfe.
19.10: Sportereignisse des Sonntags.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Kurzgeschichten von Alfred Wolfenstein.
20.00: Volkstümliches Konzert der Schlesischen Philharmonie.
20.55: Sportereignisse des Sonntags.
22.10: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport. Programmänderungen.
22.35: Sportereignisse des Sonntags.
22.50: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Waldemar Haß.

Montag, 16. Januar

10.10: Schulfunk: Etwas vom Marsch und Marschlied aus alter und neuer Zeit.
15.40: Das Buch des Tages: Menschen Tiere und Pflanzen.
16.00: Dr. Pinkschovius: Die Bedeutung Werner Sombarts. Zum 70. Geburtstag des großen National-Oekonomen.
16.20: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Kinderfunk: Bewegungsspiele — Die Kröte. Ein Märchen.
18.00: P. Rilla: Berichte aus dem geistigen Leben.
18.20: Fünfundzwanzig Minuten Französisch.
18.45: Der Zeitdienst berichtet.
19.00: Univ.-Prof. Dr. Bergmann: Die Entdeckung der elektrischen Wellen.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Zum Tanz. Mitw.: Franz Baumann (Tenor). Funkkapelle.
21.00: Abendberichte.
21.10: Sieg. Hörspiel von Heinrich Hauser.
22.10: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport. Programmänderungen.
22.30: Funktechnischer Briefkasten.
22.40: H. Lucas: Die sterbende Altstadt.
23.00: K. Scheerschmidt: Ländliche Unterhaltung.

Dienstag, 17. Januar

10.10: Schulfunk: Szenen aus Gerhart Hauptmanns schlesischen Meisterdramen.
11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
15.30: Schulfunk für Berufsschulen: Währung und Valuta
16.00: Aus dem italienischen Liederbuch von Hugo Wolf.
16.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Das Buch des Tages: Kämpfer des Glaubens.
17.50: Th. Zenker: Johann Friedrich Cotta (zum 100. Todestag).
18.20: Der Zeitdienst berichtet.
19.00: Dr. v. Fragstein: Vom vollkommen schwarzen Körper.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Berlin: Unterhaltungskonzert der Kapelle Eddy Walis.
20.00: Volksschicksale im Südosten: Oberschlesien.
21.00: Abendberichte.
21.10: Kammermusik des Poznjak-Trios. (Beethoven, Brahms).
22.00: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport. Programmänderungen.
22.20: Politische Zeitungsschau.
22.45: Aufführungen des Breslauer Schauspiels. Theaterplauderei.
22.55: Flensburg: Unterhaltungskonzert des Städt. Orchesters.

Mittwoch, 18. Januar

15.50: Anna Ohnesorge: Die Frauenoberschule ein neues Schulsystem.
16.05: G. Geisler: Die Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht.
16.30: Kleine Cellomusik alter Meister.
17.00: R. Szodrok: Der Oberschlesier. Januarheft.
17.20: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Charlotte Wähner: Eignung zum Skilauf.
17.40: G Woitscheck: Bedeutung und Zweck der Zollstraßen.
18.00: Der Zeitdienst berichtet.
18.20: Unterhaltungskonzert Kapelle der Königin-Luise-Grube, Hindenburg.
19.25: Wetter für die Landwirtschaft.
19.30: Das Reich Lesung aus dem Buch von Werner Beumelburg.
20.00: Reichsgründungsfeier
21.00: Abendberichte
21.10: Köpfe und Helden. Erfinderschicksale.
22.10: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport. Programmänderungen.
22.30: W Breiter: Einkehr im Dunkel. Eine Gebirgsplauderei.
22.45: Magdeburg: Abendunterhaltung.

Donnerstag, 19. Januar

10.10: Schulfunk: Eigentümliche Hochzeitsgebräuche in Schönwald, Kr. Gleiwitz.
11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
15.40: E Fröhlich: Dies und das vom Winterwochenende.
15.50: Das Buch des Tages: Französische Romane.
16.10: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.35: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
17.40: Kammermusik
18.00: A Schönberg: Wir segeln nach Afrika.
18.20: Der Zeitdienst berichtet.
18.35: Dr Max Hirsch und sein Wirken für die Arbeiterschaft.
19.00: Univ.-Prof. Dr. Steubing: Massenstrahlen und Atomgewichte.
19.25: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Bekanntgabe des Personenverzeichnisses der Operette des Abends.
19.30: Tango um Mitternacht. Operette von Karl Komjati.
20.50: Abendberichte
22.05: Zeit Wetter, Nachrichten, Sport. Programmänderungen.
23.05: Zehn Minuten Esperanto.
23.15: E. Kaßmann: Land der Schären.

Freitag, 20. Januar

8.30: Fünf Minuten für die Hausfrau.
10.10: Schulfunk für höhere Schulen.
15.30: Jugendfunk: Aus der Werkstatt verschiedener Komponisten.
16.00: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.20: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
Anschl. Univ.-Prof. Dr. Senftleben: Die Durchleuchtung der Materie mit Röntgenstrahlen.
17.50: Kinderfunk: Wir bauen eine Rodelbahn.
18.20: Polizeimajor Rothe: Ziviler Luftschutz: Aufgaben des Hausbesitzers und Mieters.
18.50: Beseitigung von Rundfunkstörungen.
19.00: Studienrat Dr. Hahn: Bewegt sich die Erde im Aether oder nicht?
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Balalaika-Konzert. (Schallplatten).
20.15: Fahrt ins Blaue: ?
21.15: Abendberichte.
21.25: Die Sechsstädte. Hörbild von der Oberlausitz.
22.25: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
22.45: G. Kunze: Elbing in Vergangenheit und Gegenwart.
23.00: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Felix Lehmann.

Sonnabend, 21. Januar

15.40: Die Filme der Woche.
16.00: H M. Gotter: Gesichter des Ostens.
16.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
18.00: Das Buch des Tages: Lebensschicksale.
18.15: Rückblick auf die Vorträge der Woche u. Literaturnachweis.
18.45: Abendmusik der Funkkapelle.
19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
Anschl. Der Zeitdienst berichtet.
20.00: Berlin: Konzert des Waetzoldt'schen Männergesangvereins E. V. Breslau.
21.10: Abendberichte.
21.20: Dortmund: Oeffentlicher lustiger Abend.
22.30: Zeit. Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
23.00: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Adalbert Lutter.
23.30: London: Tanzmusik.

Aus Betrieb und Gewerkschaft

Für oder gegen den Bierhausplan

Wer hat ihn unterschrieben und wer kann ihn kündigen?

Kameraden! Bergarbeiter!

Wir revolutionären Bergarbeiter, Kommunisten und Mitglieder des Einheitsverbandes und der RGO. organisieren und führen einen Kampf um eine sehr bescheidene Forderung, nämlich:

Volle Arbeitslosenunterstützung im Krümpermonat!

Wir sind uns mit allen Kumpels, gleich welcher Organisation und Partei, in dieser berechtigten Forderung einig. Die Erfüllung dieser Forderung — das leuchtet wohl jedem ein — ist durchaus möglich, insbesondere, wenn man bedenkt, daß durch die unerhörte Notverordnungspolitik der Hindenburg-Brüning-Papen und Schleicher die

Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung rund 200 Millionen Ueberschuß aus den Beträgen

der Arbeiter und Angestellten herausgeschunden hat, die die Schleicher-Regierung jetzt zum größten Teil zum Zwecke der faschistischen Ertüchtigung der hungernden Jugendlichen ausgibt, nachdem man der Jugend die Unterstützung genommen hat. Ihr habt für diese Forderungen zu einem großen Teil eure Unterschrift gegeben. Die verhetzten Betriebsräte und Funktionäre der „freien" und christlichen Gewerkschaften haben es zum größten Teil abgelehnt diese berechtigte Forderung zu unterstützen, indem sie die Unterschriften verweigerten. Ihr werdet euch solche „Arbeitervertreter" für die jetzt bevorstehenden Betriebsrätewahlen merken und ihre Wiederwahl ablehnen müssen.

Nun gilt es, durch Beschlüsse in den Belegschaftsabteilungen, Gewerkschafts- und Erwerbslosenversammlungen einmütig die Erfüllung dieser Forderung verlangen. Jetzt müßt ihr den Kampf um die Erfüllung der Forderungen organisieren.

Entsendet Delegationen zu den Gemeindeämtern, zum Arbeitsamt und dem Kreisausschuß und verlangt dort die Auszahlung der vollen Unterstützung im Krümpermonat.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits einen Antrag im Reichstag eingebracht. Stellt euch geschlossen hinter diesen Antrag. Beschließt aus den Belegschafts- und Zahlstellenversammlungen heraus die Entsendung von Entschließungen an die Gemeindeämter, an den Reichstag, in denen ihr die Durchführung eurer Forderungen verlangt.

Kameraden, bedenkt: Die Regierung steckt den Industrie- und Agrarkapitalisten Milliarden in ihren Rachen. Die Zechenbarone brauchen für das Gros der Belegschaft keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Dabei wäre es falsch, wollte man etwa einen Vergleich ziehen zwischen Grubenbaronen und Grubenkumpels, wenn eingewendet wird, daß die Kumpels auch keine Beiträge zahlen. Ihr bezahlt Beschäftigungssteuer und die wiederum erhöhte Bürgersteuer.

Euch kratzt man noch die Margarine von den Brotkrusten

verteuert die Lebensmittel durch die neuen Zölle und Steuern. Also wird euch der Lohn unter der von den Gewerkschaften, dem Zentrum und den Nazis offen tolerierten Schleicher-Regierung auf eine andere gerissene Methode abgebaut.

Könnt ihr die rückständige Miete noch bezahlen?

Nein, das könnt ihr nicht! Ihr könnt euch auch nicht wie beispielsweise Hermann Hoffmann in der Siedlung der feinen Leute an der Schillerhöhe ein Landhäuschen bauen! Also seid ihr mit uns, ohne unsere Hauptlebensforderungen auch nur einen Augenblick preiszugeben, für volle Unterstützung im Krümpermonat, so lange dieser, von einem Generaldirektor ausgeheckte Hungerplan noch besteht.

Gewerkschaftsführer Hoffmann, Möhle und Co.

entfalten eine unverschämte Hetze gegen den Einheitsverband, gegen die Kommunisten und roten Betriebsräte. Sie drücken sich um diese berechtigten Forderungen und rollen die Frage auf:

Warum kündigen die roten Betriebsräte nicht den Bierhaus-Plan?

Wir antworten, und stellen noch einmal vor allen Bergarbeitern und vor der Oeffentlichkeit folgendes fest:

Der Krümperplan wurde ausgeknobelt vom Generaldirektor der Niebag, Bierhaus, eines „Bergmanns" mit mindestens 300 Mark Schichtlohn, der selbst nicht zu krümpern braucht und der keine Zahlungsbefehle wegen rückständiger Miete zu befürchten hat.

Bierhaus wird von den Kapitalisten deshalb so gut bezahlt, damit er ihre Interessen vertritt und durch schärfste Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten den größtmöglichsten Profit herausholt.

Bierhaus u. Co. spekulierten dabei so: Sie sparen ein Sechstel Feriengeld, ein Sechstel der Deputatkohlen, und das macht eine nette Summe aus. Sie lassen den abgerackerten und geschundenen Kumpels einen Monat Zeit, sich die Knochen auszuruhen, um sie dann besser auszubeuten. Sie bringen zu gleicher Zeit den „schlüssigen Beweis", daß ein Bergmann mit Familie mit rund 20 Mark monatlich und ohne Kohle auskommen kann, und nach der Aeußerung des Bezirksleiters Hoffmann, daß sich der Gesundheitszustand der Bergarbeiter bessere.

Die Gewerkschaftsbürokraten vom Schlage der Hoffmann, Möhle, Beerbaum, Menzel samt einigen reuigen Funktionären stimmten in der „Bergwacht" ein Loblied auf den Schwerverdiener Generaldirektor Dr. Bierhaus an, rühmten dessen Hungerplan als „soziale Tat" und beeilen sich, ihn zum Tarifvertrag zu erheben. Und da dies nicht genügte, den Hungerplan rechtskräftig zu machen, verlangten die Grubenbarone, daß er außerdem — sicher ist sicher — zur „Werksvereinbarung" erhoben wird. (Früher bekämpften die Gewerkschaften jede Werksvereinbarung.)

Flugs wurden die drei sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden der Waldenburger und dann noch der Neuroder Gruben herangeholt, und prompt unterschrieben sie den Bierhaus-Plan, ohne einen Beschluß im Betriebsrat herbeizuführen und ohne die Zustimmung der Belegschaft einzuholen.

Der Bierhaus-Plan wurde durch die Gewerkschaftsführer abgeschlossen. Er trägt ihre Unterschriften. Er trägt ferner die Unterschriften der reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Amler, Opitz und Reich!

Den Bierhaus-Plan können nur diejenigen kündigen, die ihn abgeschlossen und unterschrieben haben.

Bierhaus und die anderen Zechenbarone und Doktoren kündigen nicht, weil er im Interesse der Kapitalisten liegt. Das haben sie sehr deutlich im Geschäftsbericht der Niebag hervorgehoben.

Wir stellen weiter fest: Nach den Lobhymnen auf Bierhaus und seinen „sozialen" Plan, die die Gewerkschaften in der „Bergwacht" anstimmten, sollten Entlassungen und Feierschichten aufhören.

Entlassungen und Feierschichten haben nicht aufgehört

Nach unseren Feststellungen sind trotz Bierhaus-Plan 2000 Entlassungen vorgenommen und 222 483 Feierschichten eingelegt worden, durch welche der Lohn der Kumpel weiter beträchtlich gekürzt wird. Hoffmanns Erzählungen vom „sozialen Generaldirektor" sind genau so ein schönes Märchen wie vom „sozialen General". Es gibt weder soziale Kapitalisten noch soziale Minister des kapitalistischen Systems, das haben wir zur Genüge kennen gelernt, und wenn Hoffmann in der „Bergwacht" kreischt, die roten Betriebsräte sollen den Bierhaus-Plan kündigen, so sagen wir:

Nicht wir, nicht die roten Betriebsräte, sondern er mit seinen Betriebsräten hat den Bierhaus-Plan abgeschlossen und unterschrieben ohne Befragen der Betriebs- und Arbeiterräte, ohne Befragen der Belegschaft, und er soll ihn kündigen.

Kameraden! Wir sind für die Beseitigung des Krümpersystems und mobilisieren die Kumpels aller Schächte für dessen Kündigung und Beseitigung, für die Einführung der Siebenstundenschicht und der Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich; gegen jeden Pfennig Lohnraub und gegen Kündigungen und Entlassungen. Die Beseitigung des Bierhaus-Planes und die Erfüllung unserer Forderungen kann aber nicht eine Angelegenheit eines Beschlusses im Betriebsrätebüro sein, sondern mit diesem Beschluß muß verbunden sein der Kampf um die Durchführung dieser Forderungen.

Dazu ist notwendig, die Einheitsfront aller Kumpels der Betriebe herzustellen. Diese Einheitsfront wird nicht hergestellt durch die Gewerkschaftsbürokraten, sondern sabotiert, nicht durch Spitzenkombinationen, sondern durch die Massen der Bergarbeiter in den Betrieben und Stempelstellen. Ihr selbst sollt entscheiden, ob und wann der Bierhaus-Plan gekündigt wird. Nur ihr selber werdet durch den offenen Kampf imstande sein, den Bierhaus-Plan zu beseitigen, auch wenn die Tarifkontrahenten, die Hoffmann, Möhle, die Amler, Opitz und Reich das nicht wollen.

Der Bierhausplan ist kein Ausweg aus dem Elend der Bergarbeiter, sondern hat das Elend vermehrt.

Solange aber dieser schändliche Plan und das System kapitalistischer Ausbeutung und des Massenbetruges besteht, führen wir im Augenblick den Kampf um

volle Arbeitslosenunterstützung im Krümpermonat vom ersten Tage an!

Wir werden den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten samt ihren treu ergebenen Betriebsräten und Funktionären nicht gestatten, sich um die Forderungen weiter herumzudrücken! Deshalb, Kameraden, fordern wir euch auf: Verlangt in allen Schächten und Werkstätten Betriebsversammlungen.

Nehmt in allen Zahlstellen der Gewerkschaften zu dieser Forderung Stellung und beschließt einstimmig, diese Forderungen zu unterstützen.

Nehmt sofort zu den Betriebsrätewahlen Stellung. Die verlängerte Amtsperiode der Betriebsräte ist mit dem 31. Dezember 1932 abgelaufen. Verlangt die sofortige Einleitung von Neuwahlen. Die Betriebsräte müssen in einer Belegschaftsversammlung über ihre Tätigkeit berichten, und von ihrer Einstellung zu euren Forderungen muß es abhängen, ob ihr sie jemals wieder als Betriebsrätekandidaten aufstellt.

Duldet keinen Augenblick länger, daß reformistische Betriebsräte hinter eurem Rücken so schwerwiegende Verträge mit der Direktion abschließen. Stellt einheitliche Listen von kampfgewillten und ehrlichen Kandidaten zur Betriebsrätewahl auf. Wählt in den Zahlstellenversammlungen der Gewerkschaften nur solche Kameraden und Kollegen in die Zahlstellenleitung, die bewiesen haben und bereit sind, eure Interessen rückhaltlos zu verteidigen und gewillt sind, die Einheitsfront der Kumpels zum Kampf gegen die Zechenbarone und faschistische Diktatur herzustellen.

Für die Kameraden der Fürstensteiner Gruben

insbesondere gilt es, unverzüglich den Kampf zu organisieren gegen das System des Vollsetzens der Wagen und der Förderung in der Nachtschicht, wodurch die Feierschichten bedingt werden. Fordert dafür stärkere Zimmerung und Sicherung der Grubenbaue zur Verhütung von Unfällen, für den Schutz von Leben und Gesundheit der Kameraden. Auch ihr müßt, wie ihr es schon einmal getan habt, verhindern, daß das Krümpersystem auch bei euch, wenn auch in anderer Form, eingeführt wird.

Zur besseren Organisierung und Mobilisierung der Kameraden in allen Abteilungen, Dritteln und Oertlichkeiten schlagen wir euch vor, in allen diesen Betriebspunkten und Abteilungen Delegierte zu wählen, die bei wichtigen Entscheidungen ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit schnell zusammengefaßt werden können, um jeden Unternehmerangriff im Keime zu ersticken. Schluß mit der Hindenburg-Brüning-Schleicher-Politik des „kleineren Uebels". Schluß mit dem Streikverrat und Polizeidenunziationen, wie sie die „Bergwacht" vor einem Jahre betrieb und wieder betreiben wird.

Für die Einheitsfrontaktion aller Bergarbeiter im Kampf um die volle Unterstützung im Krümpermonat vom ersten Tage an, solange der Bierhaus-Plan besteht. Für die Beseitigung des Ueberarbeitszeitabkommens. Für die Siebenstundenschicht und Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Gegen jeden Pfennig Lohnraub! Für die Verteidigung und Verbesserung der knappschaftlichen Rechte! Kämpft mit dem Einheitsverband der Bergarbeiter und der RGO.! Macht die Schächte und die Gewerkschaften zu roten Hochburgen des Klassenkampfes gegen die Kapitalsdiktatur!

Für Arbeit, Brot und Freiheit!

RGO., Industriegruppe Bergbau.
Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands,
Bezirksleitung Waldenburg.

Mobilisiert die Jugend für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Belegschaft Kutter & Schwarz wählt Jugendbetriebsrat

Folgt überall dem Beispiel der Glasarbeiter in Wiesau — Auf jede Einheitsliste einen Jugendkandidaten — Mobilisiert die Mitglieder der gewerkschaftlichen Jugendsektionen!

Der Unternehmer des Glasbetriebes Kutter & Schwarz in Wiesau versuchte einen dreiprozentigen Lohnabbau durchzuführen. Die Belegschaft, die sich zu 50 Prozent aus Jugendlichen zusammensetzt, lehnte den Lohnraub in einer Belegschaftsversammlung gegen drei Stimmen ab und faßte den Beschluß, für den Fall, daß der Unternehmer auf dem Lohnraub beharrt, in den Streik zu treten. Daraufhin wurde der Lohnabbau zurückgenommen. Alle reformistischen Betriebsräte legten jetzt ihre Betriebsratsfunktion nieder. Automatisch rückten die Ersatzbetriebsräte nach. Die jugendlichen Arbeiter stellten, ihrer Kampfkraft bewußt, den Antrag, daß ein revolutionärer Jungarbeiter, der bei den Jungarbeitern und unter der ganzen Belegschaft großes Vertrauen besitzt, als Jugendvertreter in den Betriebsrat zu wählen.

Trotz seinen 18 Jahren wurde dieser revolutionäre Jungarbeiter entgegen den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes als roter Jugend-Betriebsrat gewählt und anerkannt.

Der Unternehmer versucht auf jede Art und Weise diesen jungen, roten Betriebsrat und die Jugendbelegschaft zu schikanieren. Er wagt es aber nicht, ernste Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, da er Gefahr läuft, daß die jungen Einträger, von denen der Betrieb abhängig ist, streiken und dadurch den ganzen Betrieb stillegen.

Die Jungarbeiter von Kutter & Schwarz in Wiesau haben sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinweg einen roten Jugendbetriebsrat erkämpft. Dieses glänzende Beispiel muß in allen schlesischen Betrieben Nachahmung finden. Ist das möglich? Jawohl!

Nicht nur in der Glasindustrie Penzig-Halbau-Wiesau, sondern auch in der schlesischen Textilindustrie, im Bergbau usw. ist ein hoher Prozentsatz von Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen beschäftigt. Sie stehen in den Betrieben an verantwortlichen Stellen, von denen sehr oft der Betrieb abhängig ist. In der Entlohnung und Behandlung macht der Unternehmer einen großen Unterschied zwischen erwachsenen und jugendlichen Arbeitern. Ein Jugendlicher erhält für die gleiche Arbeit, die er genau so wie der Erwachsene leistet, viel weniger Lohn. Aus diesem Grunde gilt es, die Belegschaft für die Forderung:

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit

zu mobilisieren. In der schlesischen Textilindustrie hat die Ausbeutung der Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter einen ungeheuren Umfang angenommen. Es ist keine Seltenheit, daß diese mit 5—6 Mark nach Hause gehen. Nicht genug damit, daß man die Jugendlichen verstärkt ausbeutet, will man sie im Betrieb auch noch im Geiste des Faschismus und Militarismus erziehen. So im Waldenburger Bergbau! Dort werden für die jungen Bergarbeiter in den Berufsschulen mit Gasmasken Uebungen durchgeführt. Die Ausbeutung und Militarisierung der Jugend im Betrieb wird durch das Verhalten der reformistischen Betriebsräte erleichtert.

Das Betriebsrätegesetz macht die Jugend in den Betrieben rechtlos!

Sie können erst von 18 Jahren an wählen, obwohl die Jugendlichen schon von 14 Jahren an im Betrieb stehen. Betriebsrat kann nur der werden, der über 24 Jahre alt ist. Die Wahl von Jugendbetriebsräten unter 24 Jahren ist eine Machtfrage der Belegschaften einschließlich der Jugend. Das Beispiel von Wiesau zeigt, daß Jugendbetriebsräte auch unter 24 Jahren gewählt werden können.

Die Betriebsgruppen der RGO. und die roten Betriebsräte müssen der Jugend helfen. Auf jeder Einheitsliste muß ein Jugendkandidat sein! Die Aufstellung eines Jugendkandidaten muß in der Jugend- und Gewerkschaftsversammlung auf der Grundlage konkreter Kampfforderungen für die Jugendbelegschaft erfolgen. Mobilisiert die Jugendlichen in den Betrieben zur Betriebsrätewahl! Jeder dritte Kandidat muß ein Jugendkandidat sein!

Die beste Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Aufgaben ist die Betriebsjugendgruppe der RGO. Anhänger der RGO., sorgt deshalb dafür, daß bei jeder Betriebsgruppe der RGO. eine Jugendgruppe besteht.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie übt auf die Arbeiterjugend noch einen sehr starken Einfluß aus. In dem Jahrbuch des ADGB. von 1931 sind für Schlesien 12 000 jugendliche Gewerkschaftsmitglieder angegeben. In allen Verbänden sind die Jugendmitglieder zu Jugendsektionen zusammengefaßt. Was wird dort getrieben? Die Jahreshauptversammlung der Metallarbeiterjugend Breslau, die am 3. Januar stattfand, gibt darüber Aufschluß. In dieser Versammlung waren von den 800 Jugendmitgliedern nur 25 anwesend. Auch hier zeigt sich also eine große Uninteressiertheit an den Veranstaltungen der reformistischen Bürokratie, die durch eine starke Aktivität der revolutionären Jugendkollegen leicht in eine erfolgreiche Opposition gegen die Bürokratie und reformistischen Jugendleitungen umgewandelt werden kann.

Der Jugendleiter der Breslauer Metallarbeiterjugend W. Preuß, ein Mitglied des SJV., fand in seinem Jahresüberblick für 1932 kein Wort von dem Kampf der Arbeiterjugend gegen die wirtschaftliche Verelendung der Jugend und gegen die Faschisierung derselben durch die Arbeitsdienstpflichtlager. Um so mehr sprach Preuß über die Ausschmückung der Heime, Geselligkeitsveranstaltungen, Heimabende mit Tischtennis und Filmen. Er gab bekannt, daß die Veranstaltungen von den 800 Mitgliedern durchschnittlich von nur 30 besucht waren. Preuß sprach auch davon, daß die Jugend „außerparlamentarisch kämpfen" müsse. Dieser „Kampf" bestand für ihn im Mitgliederwerben. Dafür wurden die Jugendmitglieder besonders angespornt. Wer in die Heimabende einen Neuen bringt, erhält 20 Pfennig, wer fünf Neue mitbringt, erhält 1,50 Mark und ein wertvolles Buch. So sieht das Leben und die Arbeit in allen gewerkschaftlichen Jugendsektionen, die eine reformistische Leitung haben, aus. Hier ist

ein sehr wichtiges Tätigkeitsfeld für die Jugend der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Ihre Aufgabe ist es, die Massen der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder gegen den Schleicher- und Arbeitsdienstpflicht-Kurs der Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren. Das ist nur durch eine intensive Oppositionsarbeit möglich. In der Breslauer Metallarbeiterjugend war diese nicht vorhanden. So konnte die dortige Leitung wiederum im Sinne der reformistischen Verbandsbürokratie besetzt werden, deren williges Werkzeug das SJV.-Mitglied Preuß ist.

Um die Wahl revolutionärer Leitungen in den Jugendsektionen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß alle mit der RGO. sympathisierenden Mitglieder zu Oppositionsgruppen zusammengefaßt werden. Die oppositionellen Jugendmitglieder müssen einen unermüdlichen Kampf führen, damit in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Jugendsektionen der wirtschaftliche Kampf um die Forderungen der Jugend gestellt wird. Zu diesem Zweck treten wir überall für die Umstellung der Jugendsektionen auf Betriebsgrundlage und für die Wahl von Jugendbetriebsvertrauensleuten ein. Setzen wir überall alle oppositionellen Kräfte ein, so wird es möglich sein, die gewerkschaftlichen Jugendsektionen zu einem wichtigen Faktor für den revolutionären Kampf der Arbeiterjugend zu gestalten.

Kumpels der Melchiorgrube entscheidet euch!

Wer hat gekämpft, wer Verrat begangen — Unwiderlegliche Beweise über den Verrat der Reformisten und den Sumpf der NSBO. — Sichert auf der Melchior- und Fuchsgrube die Wahl roter Betriebsräte!

Rote Betriebsräte legen Rechenschaft ab

Die roten Betriebsräte der Melchiorgrube nehmen hiermit in aller Oeffentlichkeit zu ihrer Tätigkeit Stellung. Da sie immer im Interesse der Belegschaft tätig waren, haben sie nichts zu verheimlichen und wenden sich an dieser Stelle an alle jungen und erwachsenen Kameraden. Seit der Wahl der roten Betriebsräte ist die kapitalistische Krise in einem Umfang herangereift, daß die Bergarbeiter nicht nur der Melchiorgrube, sondern im gesamten Waldenburger Revier an ihrem eigenen Körper den Bankrott des Kapitalismus zu spüren bekommen.

Arbeitermangel auf der Melchiorgrube — und tausende Bergarbeiter warten auf Arbeit!

Die Belegschaft der Melchiorgrube wurde von über 3000 Mann auf knapp 1000 reduziert — wegen Mangel an Absatz. Von diesen 1000 Mann Belegschaftsmitgliedern krümpern noch jeden Monat ein Siebentel. Was geschieht nun mit den im Betrieb Verbleibenden? Aus ihnen versucht man das herauszupressen, was früher mit verstärkter Belegschaft unter größter Antreiberei geleistet wurde. Die Tariflöhne wurden mit Hilfe der Gewerkschaftsführer von 6,03 RM. im Jahre auf 4,80 RM. im Jahre 1932 gesenkt. Noch krasser ist der Lohnabbau bei den Gedingelöhnen. Die Leistung stieg aber von 2682 Klgr. pro Mann und Schicht auf 3284 Klgr. in demselben Zeitraum. Trotz dieser unerhörten Leistungssteigerung wird noch „zu wenig" geleistet. Die Arbeiter reichen nicht aus. Die Steiger sind wie rasend hinter den Kumpels her. Von Schichtanfang bis Schichtende treten die Antreiber, vom Bergverwalter bis zum Fahrhauer den ausgemergelten Kameraden halb die Füße ab und gebärden sich wie irrsinnig, wenn an einem Ort nicht die Zimmerlängen herauskommen, die sie wünschen. Für Zimmerung, Instandsetzung der Transportmittel und dergleichen mehr, ist keine Zeit, es fehlt an Leuten. Der Blasversatz wird mit Not aufrechterhalten. Uebertage sieht es bald aus, als ob die Grube stilliege. Um die Berge für den Blasversatz zu bekommen, müssen jeden Monat aus jeder Abteilung etliche Leute von Untertage nach Uebertage kommandiert werden.

Im Kesselhaus wird für die Kesselheizer und Bedienungsleute der Beginn der Arbeitszeit verlegt, so daß man von geregelten Schichten nicht sprechen kann. Wo früher 6 Mann die volle Schicht tätig waren, muß diese Arbeit jetzt von 4 Mann geschafft werden. Dasselbe sehen wir in der Werkstatt. Anstatt die entlassenen Handwerker wieder einzustellen, läßt man die Reparaturarbeiten von privaten Unternehmern ausführen, die zum größtenteil diese Arbeiten mit Lehrlingen bewältigen, die wieder nur mit Bettelpfennigen abgespeist werden. Die Grube läßt die Förderwagen von einer halbbankrotten Nazifirma aus Dittersbach raparieren. Dieser stramme Nazikrauter, der zum größten Teil nur Leute zu dieser Arbeit einstellt, die auf Hitler schwören, nützte, als Papen den betrieblichen Lohnraub diktierte, die Gelegenheit sofort aus, und senkte willkürlich die Löhne seiner Leute. Er riet jedem, der nicht ganz zufrieden war, dann lieber stempeln zu gehen.

So wie dieser Nazianhänger, entpuppen sich auch alle diejenigen Steiger, die angeben, für Arbeit und Brot zu kämpfen. Sie sind die größten Antreiber und am schnellsten dabei, wenn es gilt, eine Verschlechterung nach der anderen durchzuführen. Gegenüber den Kumpeln fühlen sie sich als Herren und knicken sofort zusammen, wenn ein Vorgesetzter höherer Charge erscheint. Ja nicht gegen den Stachel löken und nach unten treten, das ist die Parole dieser „Sozialisten".

Anstatt den Kampf der Belegschaft zu unterstützen und die Wiedereinstellung der entlassenen Bergarbeiter dadurch zu erzwingen, daß man das Verlangen der Betriebsführung nach mehr Leistung mit der Forderung beantwortet: Einstellung von Arbeitern, geben sich diese „Kämpfer" die größte Mühe, die Wünsche der Direktion zu befriedigen, also den Profit aus den Knochen der Kumpels herauszupressen.

Aus dem Sumpf der NSBO.

Nazisteiger wollen ihre Pg. in der Grube verprügeln

Aus dem Nazisumpf steigen hin und wieder ein paar Bläschen auf, die zeigen, daß es ziemlich faul aussieht im „Staate Hitlers". Ein ganz besonderes Exemplar ist der SA.-Mann Härtel, der der gesamten Belegschaft als ein schäbiges Subjekt bekannt ist. Vom Ernestinestollen ist bekannt, daß er des öfteren schon in der Grube den Verunglückten simuliert hat. Bis an den Stollenausgang hat er sich von den tragenden Kumpels durch elende Strecken schleppen lassen und ist dann von der Trage aufgestanden, um gesund und munter nach Hause zu gehen. Die Kumpel hatten ihm wieder einmal die Faulheit gestärkt. Vor kurzem hatte er seinem Arbeitskollegen die Butterbrote geklaut, was er schon des öfteren fertig gebracht hat. So sieht der „teutsche Volksgenosse" aus. Aber noch bessere Dinge passieren bei den Nazisteigern. Der Nazisteiger Schöbel wollte vor kurzem bei einem Wortwechsel seinen NSBO.-Kollegen Werner aus der Grube jagen. Bei solchen Holzereien kommt es natürlich vor, daß der rote Betriebsrat schlichten muß.

Vor etlichen Wochen kam der SS.-Mann und Lokfahrer Hellig in das Betriebsratszimmer und beschwerte sich über seinen Parteigenossen Steiger Schöbel, daß er ihm angedroht hat, er haue ihm in die Fresse und werde ihn in die Kohlenabteilung verlegen.

Daß solche „kameradschaftliche Treue" bei den Nazis nicht selten ist, und das ist den Kumpeln der Melchiorgrube nicht unbekannt, aber daß diese Verirrten trotzdem weiter in dieser Partei bleiben, das ist ein Beweis, daß diesen Kameraden noch sehr viel Klassenbewußtsein fehlt. Alle Kollegen müssen an den Taten der Nazi-Steiger erkennen, daß die NSBO. nur im Interesse des Grubenkapitals existiert.

Ein Kettenhund des Kapitals

ist und bleibt wohl der Obersteiger Kühnel. Was der sich den Kumpeln gegenüber leistet, das hat auf keiner Kuhhaut Platz. Speziell die Kollegen können ein Lied singen, welche täglich mit ihm zu tun haben. Man spricht schon, er wär nicht ganz normal. Die Werksleitung sollte sich um ihn besser kümmern, denn es kann einmal passieren, daß auch die Kollegen nicht normal werden sein. Dieser Tage kündigte der Obersteiger dem Schlepper Weißköppel aus der 4. Abteilung, weil der Wagen nicht so gehäuft war, wie sich das der Kapitalsknecht einbildete, obwohl hunderte von Wagen Kohle abgezogen werden und zeitweise so stark in der Rutsche kommen, daß ein gutes Füllen der Wagen tatsächlich in Frage gestellt wird. Aber solche Proleten müssen nach Ansicht dieses Kapitalsbüttel aus dem Betrieb entfernt werden, welche auch mal ihren Mund an der richtigen Stelle haben. Ein Bravo diesen Kollegen, welcher zeigte, daß man sich wehren muß gegen Unternehmerwillkür. Ein andermal beschwerte sich der Obersteiger, daß die Kollegen des Tiefbauschachtes immer ihm widersprechen. Jawohl, noch viel zu wenig, bis er endlich einsehen muß, daß auch ihr Menschen seid. Aber scheinbar fängt erst bei ihm der Mensch an. Er will noch so 4 Jahre runtermachen, daß er von der Pension auch anständig leben kann. Sein Gejammer von „sozialer Einstellung" gegenüber den Kumpels, sollte er lieber sein lassen, denn dahinter verbirgt sich ja gerade seine Brutalität. Vergangenen Montag schickte er die Förderleute in der Sohlenstrecke, nebst der Schachtbedienung in die Mittagschicht. Mit dem Betriebsrat machte er es ebenso, weil „zu wenig geleistet" wurde. Seiner Meinung nach sind bei den Massenentlassungen die tüchtigsten weggeschickt worden, die Faulen wären im Betrieb. Kumpels, steht alle zusammen gegen unserer Peiniger. Steiger Gottschlich möchte sich besser um die Seilfahrt kümmern, daß die Kumpels nicht mit einer ¼ Stunde Verspätung, um ihre Schichtzeit betrogen werden.

Jeder Bergarbeiter liest das Organ

Der Grubenarbeiter

Organ der revolutionären Bergarbeiter

Publikationsorgan des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Essen, September 1932

Reformisten und NSBO. im Dienst des Grubenkapitals

Das Jahr der Notverordnungen ist vorüber, ein neues hat begonnen. Es wurden Notverordnungen erlassen, auf Grund deren ungeheures Elend und bittere Not bei euch Einmarsch gehalten hat. So gab es welche, die die Löhne herabsetzten, welche die sozialen Einrichtungen verschlechterten, andere mit neuen Steuerlasten (Bürgersteuer, Salzsteuer und jetzt neuerdings die Durchführung der Margarinesteuer). Bei all diesen Verschlechterungen, welche uns während der Gastrolle, die der Notverordnungs-Kanzler Brüning gab, aufgezwungen wurden, spielte die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die schäbigste Rolle, indem sie nicht nur die Regierung Brüning tolerierten, sondern sich aktiv an der Durchführung der Politik derselben beteiligten (23 Prozent Lohnraub), indem sie durch geschicktes Manöverieren die Arbeiterklasse vom Kampf gegen diese Maßnahmen abhielten, ja sogar zum Streikbruch aufforderten. All diese Tatsachen dürften noch in sehr guter Erinnerung sein. Aber Heinrich Brüning zeigte sich dafür auch erkenntlich, indem er einen lang gehegten Wunsch der freien Gewerkschaften erfüllte und unter anderem durch Notverordnung die fälligen Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 auf die Dauer von einem Jahr hinausschob. Diese Notverordnung wurde unter dem 8. 1. 1933 aufgehoben, und somit auch die Verlängerung der Amtsperiode der Betriebsräte. Die Belegschaften haben somit das Recht, sofortige Neuwahlen zu verlangen und die Betriebsvertretungen ihrem Willen entsprechend neu zu wählen. Kumpels, ihr habt dabei eine besondere Aufgabe. Es gilt vor allen Dingen die Bilanz zu ziehen, d. h. zu überprüfen: Inwieweit haben die bisherigen Betriebsräte ihre Pflicht getan, sei es in betrieblicher Hinsicht, sei es auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen, denn nur davon kann eure Entscheidung am Tage der Abgabe des Stimmzettels abhängig sein. Hierbei wollen wir auch einiges ins Gedächtnis zurückrufen. Bei der Betriebsrätewahl im Jahre 1931 waren es

die roten Betriebsräte

die gelobten, euch den Weg aufzuzeigen und im Kampf gegen jedwede Verschlechterung zu führen. Wir erinnern hierbei an euren Kampf im Oktober 1931, der eine Senkung der Löhne verhindern sollte. Welche Rolle haben an diesem Tage die reformistischen Betriebsräte samt den Nazis gespielt? Waren sie doch die ersten, die den Nachrichtendienst zwischen dem, was sich auf und außerhalb des Grubenhofes abspielte, gegenüber der Verwaltung aufrecht erhielten.

Die Nazis forderten offen zum Streikbruch auf (Fuchsgrube).

Der Absetzungsantrag der Niebag gegen die Betriebsräte Hoffmann, Bittner und Lange, und nicht zu vergessen die Schreibweise der „Bergwacht", haben die Rolle der reformistischen Betriebsräte von diesem Tage genügend beleuchtet.

In jeder Revierkonferenz haben diese Funktionäre dem zugestimmt, was ihnen von der Bürokratie empfohlen wurde, um sich hinterher der Verantwortung gegenüber der Belegschaft zu entziehen. Eine dieser neuesten „Errungenschaften" ist das Krümpersystem. Selbst schon einmal gekrümpert zu haben, gibt den besten Anschauungsunterricht über diese Errungenschaft der Tariforganisationen und ist mehr wert, wie ein seitenlanger Artikel darüber. Wenn man aber dabei in Betracht zieht, daß diese Vereinbarung für die Belegschaft zustande kam, durch die Unterschrift des Betriebsratsvorsitzenden, also bei uns durch Opitz, so setzt das natürlich dem Judaswerk die Krone auf. Ohne die Körperschaft darüber beschließen zu lassen, ohne davon die Belegschaft in Kenntnis zu setzen, wurde dieses auf Befehl der Gewerkschaftsbürokratie unterschrieben. Das dürfte wohl des Guten zuviel sein und dessen eingedenk darf auch die Belegschaft die Antwort nicht schuldig bleiben. Und niemand anderes wie das Betriebsratsmitglied Birke war es, der bei der Abstimmung über Protestresolutionen bezüglich der Verurteilung von antifaschistischen Arbeitern zum Tode und längeren Zuchthausstrafen nicht mitstimmte, sondern sich der Stimme enthielt.

Kameraden, kann man ein solches Verhalten eines Menschen, der sich „Arbeitervertreter" nennt, billigen? Nein und nein! Hier muß die Belegschaft den Schlußstrich ziehen. Dazu habt ihr Gelegenheit bei der Neuwahl der Betriebsvertretung, indem ihr alle durch die Abgabe des Stimmzettels für diejenigen Kandidaten euch entscheidet, die sich bereit erklären, mitzukämpfen für die Durchsetzung eurer Forderungen.

Ein Gang durch die Schächte der Fuchsgrube

Leistungssteigerung und Lohnabbau auf Juliusschacht

Wie ist der Verdienst in den verschiedenen Positionen? Kameraden, es ist ein versteckter Lohnabbau, wenn von Monat zu Monat die Leistung erhöht wird. Trotzdem dieselbe Leistung wie im vorigen Monat erreicht wurde, war der Verdienst bei einzelnen Positionen um 60 Pfg. und mehr niedriger. Der Verdienst von 5,20 Mark bis 5,30 Mark ist bei der ungeheuren Antreiberei zu wenig. Bei den großen Abzügen und Steuern bleibt nicht mehr viel übrig, um die Miete zu zahlen.

Aufgabe aller Kameraden ist es, sich gegen den indirekten Lohnraub zum gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen. Von Monat zu Monat wird die Leistung immer mehr gesteigert und der Lohn gekürzt. Wollen die Kameraden nicht auf dem Niveau der langjährigen Wohlfahrtserwerbslosen landen, dann müssen sie gegen jede Art Lohnabbau energisch Front machen. Zu Betriebsräten wählt nur solche Kollegen, die gewillt sind, ernsthaft gegen den Lohnraub anzukämpfen.

Gefahrenquelle in der 18. Abteilung

In der Kohlenförderung auf der 4. Sohle, Querschlag 3, ist es uns zum Schichtwechsel kaum möglich, mit ganzen Knochen heraus zu kommen. Vor kurzer Zeit wäre bald der tüchtigste Kohlentreiber überfahren worden, nämlich der Fahrsteiger Wendebusch. Wir Kumpel fordern, daß während dem Schichtwechsel nicht die Lokomotiven dort fahren. Hier muß die Kumpel-Einheitsfront fester zusammengeschlossen werden! Dann werden wir die Mißstände leichter beseitigen können.

Schluß mit der Kohlenförderung Sonnabends um 10 Uhr!

Durch Tarifvereinbarung ist für die Uebertagebelegschaft eine achtstündige Arbeitszeit an Sonnabenden festgelegt. Diese Tarifvereinbarung wird überall dort durchgeführt, wo die Belegschaft mit der Kohlenförderung nichts zu tun hat. Anders ist es in der 52. Abteilung. Hier, wo die Kohlen gefördert und weiter verarbeitet werden, fordert die kohlenhungrige Betriebsleitung von den Arbeitern, welche in der Förderung beschäftigt sind, allwöchentlich in der Mittagschicht zwei Stunden länger zu arbeiten. Dieses willkürliche Vorgehen der Betriebsleitung, die Arbeitszeit weiter zu verlängern, hat bei den Kollegen berechtigte Empörung hervorgerufen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß es egal ist, ob die Kohlen einen Tag früher oder später auf Halden geschüttet werden und deshalb Montags genügend Zeit ist, diese Kohlen aus dem Schacht zu holen. Nicht nur diese Herren Betriebsdiktatoren haben das Verlangen, Sonnabends früher Schicht zu haben, sondern auch wir Kumpel. Deshalb, Kollegen vom Rätter, steht geschlossen hinter dieser Forderung. Organisiert den geschlossenen Widerstand! Macht um 10 Uhr Schluß in der Kohlenförderung. Die kohlenhungrige Betriebsleitung wird nicht freiwillig unserer Forderung nachkommen. Darum, Kollegen, werden wir unsere Forderung nur im Kampf durchsetzen können.

Auch auf David-Grube indirekter Lohnabbau

Die Werksverwaltung geht nicht zum offenen Lohnraub über, um die Empörung der Kumpel zu vermeiden. Daher führt sie den Lohnraub auf indirektem Wege, unterstützt von ihren Lakaien, durch. Das geschieht auf folgende Art:

Die 35. Abteilung des Herrn Steiger Schwabe ist bekannt. Hier wird der tüchtigste Hauer als „minderwertiger Arbeiter" bezeichnet. Nämlich immer dann, wenn das von ihm ausgeklügelte Soll durch die Verschlechterung des Strebes nicht erreicht wird. Die Kumpel werden dann gegeneinander ausgespielt. Wenn durch die Jagd nach Kohlen die Sicherung des Strebes vernachlässigt wird, zieht er es vor, krank zu feiern, um erst wiederzukommen, wenn die Kollegen alles aufgeräumt haben. Als praktischer Bergmann könnte man annehmen, daß bei Verschlechterungen das Strebes auch das Gedinge reduziert würde, aber das Gegenteil mußten wir feststellen. Bei einer Kopfleistung von 3,8 Wagen und 5,73 Mark Verdienst setzte er das Gedinge auf 4,2 Wagen im Dezember fest.

Hungerstreb Flöz 12

Der untere Streb, Flöz 12, der 2. Sohle, 33. Abteilung, ist als Hungerstreb zu benennen. Die Kumpel, die dort arbeiten, gehen schon monatelang mit einem Hungerlohn, trotz größter Anstrengung, welche die Oertlichkeit erfordert, nach Hause.

Kumpel, wie lange wollt ihr diese Schikanen über euch ergehen lassen? Laßt es nicht beim Murren, sondern geht einen Schritt weiter und schließt die Einheitsfront zum Kampf gegen die Hungerlöhne.

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier in Weißstein am 29. Januar im „Finsterbrunn". Kumpels, besucht diese Feier!

Kumpel, abonniere die „Arbeiter-Zeitung", sie ist das Organ aller Werktätigen. Sie ist eine scharfe Waffe im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Rund um die Fuchsgrube

Bei Spitzenfunktionären des Bergbau-Verbandes

In der „Bergwacht" suchte der Berichterstatter der Fuchsgrube in verschiedenen Artikeln den Nachweis zu führen, daß die Kommunisten, die roten Betriebsräte und die Funktionäre des EVBD. „unverantwortliche Menschen" seien. „Sie wollten die Bergarbeiter während des Krümper-Monats um die Unterstützung bringen. 1700 Bergarbeiter wollen sie aufs Straßenpflaster bringen," so hieß es unter anderem in der „Bergwacht". War das die Meinung der Kumpel, was in der „Bergwacht" zusammengeschrieben wurde? Die Unterschriftskampagne bewies von vornherein das Gegenteil. Trotz dieser Tatsachen begaben sich am 3. Dezember, nachmittags 6 und 7 Uhr, die kommunistischen Funktionäre G., T. Sch. zu Spitzenfunktionären des BAB., um mit ihnen über die Kampagne „Erkämpfung der 100prozentigen Unterstützung während des Krümpermonat" und über den „Bergwacht"artikel zu diskutieren.

Welches Ergebnis zeitigte die Diskussion?

E. Betriebsrat, Zahlstellenfunktionär und Berichterstatter der „Bergwacht" erklärte: „Die Bergarbeiter müssen Opfer bringen. Der Bierhausplan wird von 90 Prozent der Bergarbeiter gewünscht. Wir haben im Reichstag keine Mehrheit, der Antrag wird deshalb nicht durchkommen. Die Krise ist zu Ende, es zeigen sich schon Aufwärtsbestrebungen."

Der Funktionär P.: „Ich kenne euch zu gut, als das Ihr 1700 Bergarbeiter schädigen wolltet, aber die Bergarbeiter wollen nicht kämpfen, deshalb müssen wir eben den Bierhausplan, der mir auch nicht gefällt, schlucken." A. Der Vorsitzende des Betriebsrats erklärte: „Ich persönlich bin gegen den Bierhausplan, ich habe auch gegen ihn gestimmt. Die betriebliche Klausel habe ich nur aus Disziplingründen unterschrieben."

Kameraden! Das ist sinngemäß das Ergebnis der Diskussion mit drei Spitzenfunktionären des Bergbau-Industrie-Verbands.

Drei Funktionäre und drei Meinungen! Wie kommt das? Weil sie die Meinung der Verbandsbürokratie nur widerwillig verteidigen. Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß sie selbst mit den Maßnahmen der Verbandsbürokratie nicht einverstanden sind. Nimmt man nun die Diskussion der einzelnen unter die Lupe, so ergibt sich folgendes: E. ist als Zahlstellenleiter interessiert an der Verbandsbürokratie, darüber hinaus ist er Berichterstatter der „Bergwacht". Seine Diskussion muß deshalb naturnotwendig im Sinne des Bierhausplanes sein. Er kann sehr gut vom „Opfer bringen" sprechen. Obwohl er selbst darunter leidet, so ist sein „Leiden" doch nicht so schlimm, da er pekunär ganz anders da steht, als die nach Tausenden zählenden Bergarbeiter. Auch sein Hinweis auf das „Ende der Krise" ist genau so darauf eingestellt, den Arbeitern Illusionen in den Kopf zu setzen, wie es seine Führer machen. In derselben Zeit, wo er vom Ende der Krise sprach, wurde im Reichsmaßstabe die Armee der Erwerbslosen um 250 000 größer. Auf diese Tatsache hingewiesen, erklärte er: „Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft bringt solche Tatsachen mit sich." So wie Leipart im Reichsmaßstabe, Hoffmann im Bezirksmaßstabe, so will E. auf der Fuchsgrube (in der Logik) der Einpeitscher einer durch „Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft" bedingten Rationalisierung sein.

Wie ist die Meinung des Betriebsratsvorsitzenden A. zu bewerten? „Nur aus Disziplingründen hat er die betriebliche Klausel unterschrieben," sonst ist er dagegen.

Was ist Disziplin? Wenn er bei der Abstimmung über Annahme oder nicht Annahme gegen den Bierhausplan gestimmt hat, so muß nach seiner eigenen Ueberzeugung der Bierhausplan eben eine Schädigung der gesamten Bergarbeiter sein. Hat man eine solche Ueberzeugung und ist man als Betriebsratsvorsitzender Führer einer fast 6000 Mann starken Belegschaft, so muß man eben rücksichtslos gegen die Bürokraten kämpfen, die fortgesetzt seit 1918 mit den kapitalistischen Staat und ihren Stützen durch dick und dünn gehen. Wem gegenüber hat man also zuerst Disziplin zu üben? Einer handvoll Bürokraten oder der Belegschaft? Hier gibt es nur eine bestimmte Antwort: Nur der Belegschaft!

Die Auffassung dieses Betriebsrats-Vorsitzenden steht nicht vereinzelt da. So, wie er, denkt und spricht auch der Vorsitzende des Betriebsrats von der Rubengrube der Kamerad Basler. Bei der Unterschriftskampagne zur Erreichung der 100prozentigen Unterstützung, erklärte er den Kumpels: „Das könnt Ihr unterschreiben, das ist gut. Ich würde selbst unterschreiben, kann aber nicht, da ich den Bierhausplan (betriebliche Klausel) selbst mit unterschrieben habe." Geht nicht aus diesen Aeußerungen hervor, daß selbst die Geburtshelfer des Bierhausplanes, den Bauch voll Zorn über das „ungeratene Kind" haben! Nur die falsche Scham und das Verschieben des Begriffs „Disziplin" hält sie von der letzten Konsequenz ab. Genau so sind die Ausführungen des Kameraden P. zu bewerten, wenn er spricht, ich und A. wir haben mit Hoffmann uns rumgemacht bei der Annahme des Bierhausplans.

Kameraden! Kommt nicht aus diesen Aeußerungen der Spitzenfunktionäre des Bergarbeiter-Verbandes zum Ausdruck, daß sie unter dem fluchwürdigen Bierhausplan genau so seufzen als ihr, kommt hier nicht zum Ausdruck, daß sie im Inneren ihres Herzens ganz anders denken, als wie sie unter falscher Anwendung der Disziplin oft und vielmal sprechen?

Nicht nur diese Funktionäre denken so. Ein Blick in die Unterschriftenlisten genügt, um zu sehen, daß alle Bergarbeiter diesen Schandplan weghaben wollen, oder zumindest aber beim Krümpern ihre berechtigte Forderung auf 100prozentige Unterstützung erfüllt sehen wollen. Nicht nur Mitglieder der freien, christlichen und HD.-Gewerkschaften haben unterzeichnet, sondern Funktionäre aller gewerkschaftlichen Organisationen. Sie haben die Unterschrift gegeben, trotz der üblen Hetze der „Bergwacht" und ihrer Hintermänner, in der richtigen Erkenntnis, daß zum Kampf um berechtigte Forderungen nicht nur ein Teil der Arbeiter gehört, sondern die große Masse, ohne Unterschied der weltanschaulichen Bekenntnisse.

Kameraden! Wir sind auf dem richtigen Weg, nur müssen noch Hindernisse beseitigt werden. Ein solches Hindernis ist die falsche Vorstellung von der „Disziplin". Kämpft mit uns, damit auch jeder Kumpel erkennt, daß der kapitalistische Staat und ihre Helfershelfer freiwillig nicht einen Pfennig von ihrem Profit hergeben. Immer hat die Arbeiterschaft um ihre nackte Lebensinteressen kämpfen müssen. Auch die Erreichung der 100prozentigen Unterstützung wird möglich sein, wenn ihr der Forderung im Parlament durch eure außerparlamentarische Kraft den notwendigen Nachdruck gebt.

Kumpel aus der Fuchsgrube berichten

Unhaltbare Zustände in der Badekaue Juliusschacht!

Durch die Verlegung der Belegschaft der Segen-Gottes-Grube auf unsere Schachtanlage sind in der Badekaue Zustände eingetreten, die jeder Beschreibung spotten. Zum Schichtwechsel herrscht ein solches Gedränge, daß es unmöglich ist, sich vernünftig zu waschen und umzuziehen. Jeder freie Platz ist besetzt. Die Kleiderhaken hängen so dicht nebeneinander, daß die aufgehängten Sachen sich unbedingt streifen müssen. Durch die Wechselschicht kommen Arbeits- und Gangkleider nebeneinander. Die Gangsachen, die doch jeder Kumpel sich von seiner miserablen Entlohnung buchstäblich abhungern muß, werden dadurch in ganz kurzer Zeit ruiniert.

Kameraden, laßt euch diesen Skandal nicht länger bieten! Schließt euch zusammen und fordert sofort menschenwürdige Umkleideräume!

Schlechte Waschgelegenheit in der 53. Abteilung!

Man stelle sich einmal einen Handwerker vor, welcher 9 Stunden in der Wäsche oder an einer Maschine, an welcher vor Oel, Fett und Kohlenstaub die Konturen der einzelnen Maschinenteile nicht mehr zu erkennen sind, gearbeitet hat. Die Hände sind bis zu den Ellenbogen mit Kohlenstaub, Fett und Oel bedeckt. Für die ganze Belegschaft von ungefähr 160 Mann sind nur 8 Handbecken vorhanden, welche an der Wand der Werkstatt angebracht sind. Die an und für sich vollständig unhaltbaren Zustände werden noch dadurch verschärft, daß nur eine Leitung mit heißem Wasser über den Becken angebracht ist. Wollen sich die Handwerker die Hände am Ende der Schicht waschen, so muß das Wasser schon eine halbe Stunde vorher eingelassen werden, damit sich keiner die Hände verbrennt. Es können sich praktisch nur 8 Mann die Hände waschen. Oder will man den Handwerkern zumuten, daß sie ihre lange Schicht noch um eine halbe Stunde verlängern, weil die ganze Waschgelegenheit so „sinnreich" konstruiert ist? Ueber ein Handbecken gehört eine regulierbare Warm- und Kaltwasserleitung. Man müßte annehmen, daß in einer Handwerkerabteilung wohl genug geschulte Fachleute vorhanden sind, die das verstehen könnten.

Ein weiterer Uebelstand ist die schlechte Beschaffenheit der Werkzeuge.

Benötigt ein Handwerker z. B. eine Reibahle oder ein anderes Werkzeug, dann ist häufig nichts vorhanden, und ist wirklich was da, dann ist es vollständig stumpf oder ausgebrochen. Die Leute müssen sich mit dem Zeug herumschinden. Auf der anderen Seite wird das Aeußerste von den Leuten verlangt, da kann nicht schnell genug gearbeitet werden. Es gibt doch Geld für alles andere, warum nicht für ein anständiges Stück Werkzeug?

Jede Maschine, die zur Reparatur kommt, ist „eilig" und nochmal „eilig" (wenn sie auch, nachdem sie fertig ist, wochenlang dasteht). Die Schlosser werden dauernd gedrückt; so kommt es häufig zu Reibereien zwischen den Kollegen, weil die Dreher die Arbeit nicht bewältigen können und die Schlosser auf Dreherarbeiten warten müssen. Diesem Uebelstand könnte doch bestimmt abgeholfen werden; liegen nicht genug Dreher auf der Straße, die gern in den Arbeitsprozeß eingereiht werden möchten? Da müßte der Betriebsrat für Ordnung sorgen. Aber kommt man zu einem der Reformisten, so sagt er: „Ich beiß mich immerfutt mit da Leuta rimm, gieh ock du salber hie."

Kumpel und Handwerker, wählt euch nur revolutionäre Kollegen als Betriebsräte. Schließt euch in der Abteilung zum gemeinsamen Kampf gegen die hier angeführten Zustände zusammen.

Nazi-Pleite in Weißstein

Einen kläglichen Reinfall erlebten die Nazis mit der für den 11. Januar einberufenen öffentlichen Versammlung. Trotz Hauspropaganda waren ganze 200 Personen erschienen, von denen die Hälfte Andersdenkende waren. Von den bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen (2300) sind das noch nicht einmal 5 Prozent. Daraus kann man ersehen, daß den Nazis das Vertrauen der Bevölkerung verloren gegangen ist. Als Referent war ein angeblich ehemaliger „Kommunistenführer" aus Neumarkt, mit Namen Kloß, erschienen, der unter dem Motto: „Und wenn die Welt voll Teufel wär, das Dritte Reich kommt doch," sprechen sollte. Was aber Kloß zusammen quasselte, enttäuschte selbst seine eingefleischtesten Anhänger. In der Aussprache wurden unter großer Spannung der Versammlung die Methoden angeprangert, mit denen man versucht, Kommunisten für die NSDAP. zu kapern. Genosse Linke wies darauf hin, daß man auch ihn unter den verlockendsten Angeboten für die NSDAP. fangen wollte, was von ihm aber abgelehnt wurde. Diese Enthüllungen wirkten verheerend auf den Referenten. Als nun noch Genosse Neumann in seinen vortrefflichen Ausführungen den vom Referenten verzapften Unsinn widerlegte, war derselbe so aus dem Konzept geraten, daß er in seinem Schlußwort noch viel größeren Quatsch hervorbrachte. Daraufhin verließ über die Hälfte der Versammlungsbesucher unter Entrüstungs- sowie Rot-Front-Rufen den Saal, sodaß nur noch einige unentwegte Nazis zurückblieben.

Kämpft um jede wählbare Gewerkschaftsfunktion!

Mit der

Grubenfunze

durchs Waldenburger Land

Funzen-Leser! In nächster Zeit werden die Betriebsratswahlen stattfinden. Wir wollen uns deshalb schon jetzt der Mühe unterziehen, die verflossene Amtsperiode der bisherigen Betriebsräte kritisch zu betrachten. Wir legen uns die Frage vor: „Was war der Betriebsrat, vertrat er immer und zu jeder Zeit die Interessen seiner Wähler?" Können wir diese Frage mit einem „Ja" beantworten, dann wird er das Vertrauen seiner Kollegen haben und wird wieder gewählt werden. Stellen wir aber bei diesem Rückblick fest, daß der Betriebsrat im Interesse des Unternehmers oder aus Disziplin zu seiner Gewerkschaft zu unserem Nachteil handelte, dann fort mit ihm! Nicht einer Lohnraubgewerkschaft, ob reformistisch, christlich oder nazistisch, ist der Betriebsrat verantwortlich, sondern seiner Belegschaft, die ihn wählte. Wir haben auch im Hungerland Kämpfe hinter uns, in denen reformistische und christliche Betriebsräte eine klägliche, ja sogar eine verräterische Rolle spielten. Solchen sollen wir erneut Vertrauen schenken, damit sie uns abermals an unsere Ausbeuter verschachern? **Niemals! Wir wollen Betriebsräte, die uns rücksichtslos vertreten, die uns in den Kampf führen gegen jeden Machtkitzel der Unternehmer.**

Auch die Ortsverwaltungswahlen in den Gewerkschaften werden in allernächster Zeit durchgeführt werden. Hier heißt es ebenfalls, den Bremsern und Streikabwürgern Quittungen auszustellen, an die sie immer denken sollen.

Die Gewerkschaften sollen Kampforganisationen, nicht aber Sterbekassen, Versicherungsinstitute und Beruhigungszentralen sein. Die Ortsverwaltungen mit den Bonzen waren bisher ebenso getreue Lakaien der Unternehmer wie der Bundesleitungen. Sie halfen mit ihrer Politik des „kleineren Uebels" unsere Lebenslage bis zu einem unerträglichen Grade verschlechtern und zur selben Zeit die Profite der Kapitalshyänen erhöhen.

Das muß anders werden, Klassengenossen! In die Ortsverwaltung unserer Organisation gehören revolutionäre Kollegen, die mit uns für eine bessere Lebensexistenz kämpfen!

Der mustergültige Aufmarsch der Hungerländer-Proleten am 5. Januar unter den roten Fahnen der Kommunistischen Partei hat so manchem Kommunistenfresser das letzte bischen Verstand geraubt. Der Kleckser vom Nazivotenblatt schmierte mit vollge...lackerten Hosen den letzten Inhalt seines Strohschädels in die Seiten des Klosettpapiers. Seine Birne wird zerplatzen wie eine elektrische Birne.

Eine unbeschreibliche Wut im Bauche hat so ein alter, verbohrter SPD.-Onkel, daß sein Leib- und Magen-Organ, die „Bergwacht", anläßlich der immer stärker werdenden Demonstrationszüge nicht mehr von einigen Bäckerdutzenden Kommunisten kritzeln kann. Weil also die „Bergwacht" schweigt, setzte sich dieser alte Onkel (dem ich, nebenbei gesagt, schon auf der Spur bin) auf seinen ebenfalls weichen Hosenboden und quälte im Schweiße seines Angesichts folgende Zeilen zusammen, die der feige Anonymus an die UBL. schickte. Also wörtlich:

„Betreffs Demonstrationsumzuges vom 5. 1. 1933 haben mehrere Zuschauer beobachten können, daß es doch noch nicht so steht, als dieses hingestellt wird. Da alles noch ganz gut, ja sogar Frauen in erstklassigen Garderoben sogar in Lederjacken im Zuge vorbeimarschierten, also auch ein Volksbetrug, solche Umzüge erreichen natürlich nicht ihr ziel zumal dieses geheule auf der Straße schon längst was Altes ist und nicht mehr zieht. Also besser ist es, nicht so zeigen waß mann besitzt. Ein Zuschauer."

Dieser „Zuschauer" aber zeigt, daß er Besitzer von einer unheimlich großen Portion Dummheit ist. Wenns nicht bald mit ihm besser wird, muß der Bedauernswerte sterben. Also schnell zum Tierarzt.

Der Wohlfahrtserwerbslose K. beantragte bei der Stadtschwester des Gesundheitsamtes Waldenburg eine Beihilfe. K. erhielt einen Bon auf — fünf Salzheringe. Das ist nicht etwa ein Scherz, sondern bittere Wahrheit. Eine Verhöhnung ist das. Der Erwerbslose muß mehr als drei Kilometer Weg zurücklegen, um die „Beihilfe" bei Staniek zu holen und nach Hause zu bringen. Wahrscheinlich soll er die fünf Salzheringe an die Decke hängen, damit die acht hungrigen Kinder dran lecken und zu ihrem Hunger noch etwas Durst bekommen.

Erwerbslose, lehnt es ab, euch bei allem Elend noch verarbern zu lassen. Kämpft für eine wirkliche, ausreichende Winterhilfe, für Freigabe der aufgestapelten Lebensmittel, die dem Verderben preisgegeben sind, und Freigabe der Kohlen, die auf den Halden verwittern.

Am Sonntag ließen sich ungefähr zweihundert Reichsbannerarbeiter auf dem neuen Rummelplatz am Salzbrunner Weg von einigen „Kameraden" herumjagen. Man fühlte sich so in einem wilhelminischen Kasernenhof versetzt. Die Führer schrien, als hätten sie dumme Jungen vor sich. Kanonenfutter will das Reichsbanner für einen frisch-fröhlichen Krieg züchten. Reichsbannerarbeiter, diese Art „Wehrsport" (links um, rechts um u. a. m.) hat für euch keinen Wert. Die euch Disziplin beibringen wollen, werden euch noch ohrfeigen. **Macht das nicht länger mit! Euer Feind, der Ausbeuter mit seinen bewaffneten Garden, ist nicht durch Parademärsche zu besiegen, sondern durch erbitterten Kampf im Betriebe und auf der Straße!**

Derselbe Kadavergehorsam herrscht im Braunen Hause in Waldenburg. Am fünften Januar, zwischen 19,30 Uhr und 20 Uhr, beobachtete ich vor dem Eingang folgendes: Vor dem Eingang an der Straße der Posten in Uniform, wie gewöhnlich. An ihm kam ein Nazi in Zivil vorbei. Weil der Posten nicht vorschriftsmäßig gegrüßt hatte, fauchte ihn der Zivile an und sagte laut: **„Ein paar in die Fresse müßtest du kriegen."** Mit der Erwiderung des Postens, daß er ja auch gleich reinkomme, war für die Oeffentlichkeit die Geschichte erledigt. Was sich dann drin zugetragen hat, wissen wir leider nicht. Aber soviel wissen wir, daß sehr viele Naziproleten den Kadavergehorsam satt haben und die Erregung sich bereits zur Siedehitze gesteigert hat.

Der Sprengstoffpaster Fuchs aus Dittmannsdorf ist ja wieder in der Freiheit und kann sich nach neuem Sprengstoff umsehen, der ja nur dazu dienen soll, einige Menschenkinder, die nicht auch zu „Gott Adolf" schwören, etwas früher zu dem Gott, in dessen Auftrag er von der Kanzel sprach, zu befördern. Gut aufpassen soll aber der „Seelenhirte", daß er nicht ausrutscht dabei.

In Görbersdorf verlassen immer mehr ehrliche Proleten das sinkende Nazischiff. Manche erkennen das schnell, manche langsam. Bei dem Silvestervergnügen im „Bergland" zog sich die bessere Hälfte in die Weindiele zurück und der Obernazi Zacher brüllte vom Schanktisch in den Saal: „In diesen Saustall gehe ich nicht, mit diesem Stierkampf will ich nichts zu tun haben." Nazi-Arbeiter, so werdet ihr eingeschätzt. Ihr werdet nur gebraucht, um für diese Leute Arbeiter niederzuschlagen.

Pleite gemacht hat die Görbersdorfer Spar- und Darlehnskasse. Jedes Mitglied soll 3600 Mark blechen. In der Nazizeitung erschien ein Artikel, der sich damit befaßte, allerdings vergaß man die Leser darüber zu informieren, daß Nazimitglieder führend an der Kasse beteiligt waren. Schon vor zwei Jahren verbreitete sich um die Kasse ein Gestank. Ein Wohlfahrtserwerbsloser, der damals diese Nachricht verbreitete, wurde deshalb verurteilt.

Endlich ist das Geschwür aufgegangen.

Das Göttesberger Naziläseblatt lästert und hetzt gegen die Kommunisten und gegen Arbeiterkinder. Sie verdammen Arbeitereltern und wollen Moral predigen. Wenn aber den Kindern im Kino Mordfilme gezeigt werden, wo die Deutschen, die am meisten und besten gemordet haben, verherrlicht werden, wie im Film „Tannenberg", dann ist das in Ordnung und gehört zur christlichen Erziehung. Auch wenn Nazis bei Friebe in Kohlau sich am hölzernen Maschinengewehr (vielleicht besorgt der Pastor Fuchs bald ein anderes, der hat ja den Bogen raus) für Menschenmorden einüben, ist das kein Verbrechen. Nur Säbelrasler und Kriegsschreier ernten in diesem Blättel Lob und Ehre.

Arbeiter, hinaus mit diesem Wisch aus jeder Arbeiterwohnung. Abonniert die „Arbeiter-Zeitung".

Ein tüchtiger Söldling der SPD. ist der wackere Demuth von Gottesberg. Wo es in der Noske-Partei etwas zu schnarrchen gibt, ist außer dem „berühmten" Schöps auch er unentbehrlicher Spitzenreiter. Nur wenn es mal brenzlich wird, ist der Mut weg. Eine Bergwacht-Leserin wünschte von diesem Soldschreiber eine Veröffentlichung in der „Bergwacht" über Mißstände und schikanöse Behandlung im Lazarett. Aber da kam die Frau schön an. Er lehnte es ab, weil es ihm bredig gehen könnte, wenn er einmal ins Lazarett kommt. Wenn es aber gegen Kommunisten geht, schwindelt er das blödsinnigste Zeug zusammen.

„Bergwacht"-Leser, werdet auch ihr Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung", die eine unentbehrliche Waffe im Klassenkampf ist. —

Sonntag 9 Uhr treffen sich alle Berichterstatter im „Hochwald", Weißstein. Rot Front!

Jason.

Eisenbahner zwischen den Puffern

Hetztempo steigert Unfälle — Massenentlassungen und Hungerlöhne — Reichsbahn als ständiger Gast des Arbeitsgerichts

Breslau, 14. Januar 1933.

Breslau. Den ungeheuren Antreibermethoden, welche auf der Reichsbahn immer stärker werden, ist wiederum ein erneutes Opfer anheimgefallen. Am 12. Januar wurde im Reichsbahnausbesserungswerk Breslau der Schlosser Straßka zwischen zwei Puffern eingequetscht.

Dieser erneute Unfall reiht sich ein in die vielen Betriebsunfälle, welche bei der Reichsbahn in immer stärkerem Maße infolge der Antreibermethoden in Erscheinung treten.

Nicht nur die Unfallziffern sind im ständigen Steigen, sondern auch die Entlassungen nehmen einen immer größeren Umfang an. Ueber die Entlassungsmethoden, welche von der Reichsbahnverwaltung gegen die Eisenbahner angewandt werden, ist es notwendig, einmal etwas ausführlich einzugehen. Deshalb wollen wir nachfolgend aufzeigen, wie diese Entlassungen vorgenommen werden, und wie nun die Eisenbahner sich dauernd mit der Reichsbahnverwaltung auf dem Arbeitsgericht herumklagen.

Mitte Dezember fanden vor dem Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz die Verhandlungen im Prozeß gegen die Reichsbahngesellschaft statt. Gegenstand der Verhandlung waren die Entlassungen von 1700 Eisenbahnern im Direktionsbezirk Breslau, welche im August-September stattfanden. Gegen die Entlassung hatten 700 Kollegen Einspruch erhoben. Die Verwaltung stand auf dem Standpunkt, daß die als Zeitarbeiter beschäftigten Kollegen kein Einspruchsrecht gegen die Entlassung haben. Fest steht, daß diese Kollegen, die zum Teil 20 Jahre und noch länger bei der Reichsbahn beschäftigt waren, diese Reverse, mit welchen sie das Zeitarbeiterverhältnis anerkannten, nur unter dem Druck der angedrohten Entlassung unterschrieben haben. Das Landesarbeitsgericht hat entschieden, daß den Entlassenen das Recht des Einspruchs zusteht, so daß diese Fälle in nächster Zeit als Einzelklagen vor dem Arbeitsgericht zur Verhandlung kommen werden. Ein Teil der Entlassenen, knapp 100, sind wieder eingestellt worden. Es sind noch 560 Fälle zu verhandeln.

Die „rücksichtsvolle Reichsbahn"

Mit welchen krampfhaften Methoden die Verwaltung bei den Entlassungen vorgeht, dafür ein Beispiel: Im Oberbaustoff- und Weichenlager Breslau-Ost wurde die Belegschaft von 115 auf 33 Kollegen abgebaut. Ohne Rücksicht darauf, daß die Kollegen teilweise Familienväter mit drei und vier Kindern waren.

Als Abschluß der Entlassungskampagne wurde Ende August auch zwei Betriebsräten gekündigt, und zwar den Kollegen R. und M. Kaum drei Wochen nach den Entlassungen wurden von anderen Dienststellen Aushilfsarbeiter angefordert und ein Teil der Entlassenen wieder eingestellt. Die Belegschaft erhöhte sich wieder bis auf 58 Mann. Der Betriebsrat lehnte die Zustimmung zur Kündigung der beiden Kollegen ab. Die Direktion stellte beim Arbeitsgericht den Antrag auf Zustimmung zur Kündigung. Im Oktober wurde der Antrag betreffs des Kollegen R. zurückgezogen, während beim Kollegen M. der Antrag bestehen blieb. Hier war offensichtlich, daß die Direktion mit dem Dienststellenleiter versuchte, den Kollegen M., der der RGO. angehört und bei den Entlassungen rücksichtslos die Interessen der Kollegen wahrnahm, auf alle Fälle loszuwerden.

Am 31. Dezember fand vor dem Arbeitsgericht die Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Der Vertreter der Reichsbahn, Reichsbahnrat Dr. Graf Lambsdorf, vertrat den Standpunkt, daß infolge der im August stattgefundenen Entlassungen bis auf 33 Mann nicht mehr fünf Betriebsräte notwendig seien. Außerdem sei das Betriebsratsmitglied M. erst seit 1927 bei der Reichsbahn, noch verhältnismäßig jung, erst 42 Jahre und kinderlos. Da andere ältere Arbeiter mit Kindern entlassen werden mußten, sei es eine Härte gegen diese, wenn M. weiterbeschäftigt würde.

Zur Unterstützung wurde noch der Dienststellenleiter herangezogen. Beide, der Herr Graf und der Herr Oberinspektor, gaben sich die größte Mühe, nachzuweisen, daß M. keine besonders wichtige Funktion im Betriebsrat hat und auch als Arbeiter nicht besonders ausgebildet ist. Besonders interessant war die mehrmalige Feststellung des Herrn Grafen, daß die „soziale Rücksicht" auf andere Kollegen des M. seine Entlassung notwendig macht, weil er „wirtschaftlich besser" gestellt ist.

Der Kollege M. wies demgegenüber nach, daß die ganze Sache darauf hinauslaufe, um ihn als Betriebsrat loszuwerden. Er wies nach, daß die in diesem Ausmaße erfolgten Entlassungen eine ganz willkürliche Maßnahme waren, welche selbst die Aufrechterhaltung des Betriebes in Frage stellte. Durch die kurz darauf erfolgten Einstellungen hat sich dies als richtig erwiesen. Die vom Vertreter der Reichsbahn so stark betonte Rücksicht sieht in Wirklichkeit so aus, daß Kollegen mit drei und vier Kindern heute noch auf der Straße liegen und Kinderlose wieder eingestellt wurden.

Selbst der Betriebsratsvorsitzende mußte dieses bestätigen.

Besonders berief sich der Kollege M. auf die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, wonach der Gesetzgeber nicht sagt, daß bei Verminderung der Belegschaft auch der Betriebsrat kleiner wird, und beantragte Ablehnung des Antrages der Verwaltung. Das Arbeitsgericht hat in seinem Beschluß diese Auffassung als richtig bestätigt und den Antrag auf Zustimmung zur Kündigung abgelehnt.

Hier hat sich gezeigt, daß selbst das Arbeitsgericht, welches in den meisten Fällen den Wünschen der Arbeitgeber Rechnung trägt, die krampfhaft gesuchte Begründung der Reichsbahn erkannt hatte und dagegen entscheiden mußte.

Soziale Rücksichten fallen weg

Beim nächsten Fall, welcher zur Verhandlung stand, zeigte sich, wie es mit der „sozialen Rücksicht" der Verwaltung aussieht. Der Kollege war auch Betriebsrat, 20 Jahre im Eisenbahndienst, Versorger von vier Kindern. Da auch hier kein stichhaltiger Grund zur Entlassung vorlag, mußte etwas anderes herhalten. Es wurde erklärt, **daß der Kollege farbenuntüchtig ist.**

Das Arbeitsgericht stellte sich auf den Standpunkt der Reichsbahn und erteilte die Zustimmung zur Entlassung. **Also 20 Jahre schuften und dann rücksichtslos auf die Straße gesetzt!**

Herr Graf, wo bleibt die von Ihnen eine halbe Stunde vorher so gepriesene Rücksichtnahme der Reichsbahn?

Das sind nur zwei Beispiele von den vielen, wie brutal und rücksichtslos die Reichsbahn gegen ihre Lohnsklaven vorgeht. Während im vergangenen Jahre und auch jetzt das Gerede von der „Arbeitsbeschaffung" in der Oeffentlichkeit so stark hervorgehoben wird und allerhand Pläne geschmiedet werden, sieht es in Wirklichkeit ganz anders aus, besonders auch bei der Reichsbahn. Trotz Feierschichten, welche seit November auch in der Bahnunterhaltung durchgeführt werden, außer den Werkstätten, welche schon das ganze Jahr nur 40 Stunden arbeiten, sind im vergangenen Jahre 109 000 Arbeiter und Angestellte entlassen worden.

Jetzt geht durch die Presse die Meldung, daß in Gleiwitz die Lokomotivwerkstatt geschlossen werden soll. Dadurch werden wieder 700 Eisenbahner brotlos. Fest steht, daß trotz der Massenentlassungen der vergangenen Jahre der obere Beamtenkörper kolossal angeschwollen ist. **Die Zahl der höheren Beamten ist gegenüber 1913 um über 50 Prozent gestiegen.** Das beweist, daß von seiten der Reichsbahnverwaltung versucht wird, alle Schwierigkeiten, die sich aus der kapitalistischen Krise für die Reichsbahn ergeben, auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Durch Massenentlassungen, Lohnabbau, Feierschichten wird versucht, die Ausgaben zu drosseln. Jeder Eisenbahner weiß aber auch, daß durch den großen Verwaltungsapparat und auch in den einzelnen Betrieben durch die Schaffung von hohen Beamtenstellen die Betriebe überlastet werden. Die Hungerlöhne der Eisenbahner sind allgemein bekannt. Bei 40 Stunden Arbeit gehen die Kollegen jetzt mit 17 bis 20 Mark nach Hause, in der Provinz sogar mit 14 Mark. Der Gedingeüberverdienst ist eine zweifelhafte Sache, womit die Kollegen nie rechnen können. Die Gedingesätze sind allgemein so festgesetzt, daß nur bei größter Schinderei ein Ueberverdienst erreicht wird.

Im Ausbesserungswerk Breslau sind die Gedingesätze im letzten Jahre zum größten Teil bis 50 Prozent gesenkt worden. Ueberhaupt ist die Gedingearbeit eine ganz raffinierte Ausbeutungsmethode der Reichsbahn. Da der Gedingeüberverdienst nach der Leistung des ganzen Monats errechnet wird, kommt es sehr oft vor, z. B. im Oberbaustoff und Weichenlager Breslau, daß eine Kolonne bis zum 15. einen angemessenen Ueberverdienst durch angestrengte Schinderei erreicht hat, aber infolge der Verschiedenheit der Arbeit, und auch die Zuteilung der Arbeit spielt dabei eine Rolle, ist es oft nicht möglich, trotz größter Anstrengung den Ueberverdienst den ganzen Monat durchzuhalten, und am Monatsende gehen die Kollegen leer aus. Den Nutzen hat die Verwaltung, weil die Kollegen bestrebt sind, das einmal Verdiente zu halten oder wieder aufzuholen und darauf los schinden.

Der Raubzug auf die sozialen Leistungen

Ein anderes Kapitel sind die Sozialeinrichtungen der Reichsbahn. Auch dort Beitragserhöhung — Leistungsabbau. Das Erholungsheim, das früher noch einem Teil der Kollegen zugute kam, ist geschlossen oder steht nur noch Kollegen nach schwerer Krankheit zur Verfügung. Eine neue Erhöhung der Beiträge zur APK. Abt. A um 5 Prozent und Abbau der Renten um 10 Prozent ist zum 1. 1. 1933 eingetreten.

Arbeitsdienstpflicht eingeführt

Im Bezirk Altona hat die Reichsbahn 300 bis 400 Kollegen bei den Bauzügen gekündigt und will diese Arbeiten vom freiwilligen Arbeitsdienst ausführen lassen. Diese Tatsache zeigt, daß wir Eisenbahner auch in Schlesien noch allerhand Ueberraschungen zu erwarten haben. Auch uns droht die Einführung des Arbeitsdienstes!

Die Aktionäre erwarten auch wie im Vorjahre eine Dividende von 7 Prozent, wenn es irgend geht, noch mehr. Herr Dorpmüller und sein Stab will auch wie bisher seine Gehälter von 20 000 bis 97 000 Mark einstecken.

Kollegen Eisenbahner!

Es gilt jetzt nur eins: Heraus aus der Passivität, zeigt auch ihr, daß ihr ebenso wie Tausende Arbeitsbrüder im vergangenen Jahre gezeigt haben, daß ihr noch kämpfen wollt und könnt. Schmiedet in allen Dienststellen die kämpfende Einheitsfront gegen alle Verschlechterungen, welche von der Verwaltung versucht werden.

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen beweist, daß ihr gewillt seid, euch zu wehren. In allen Dienststellen zur Betriebsrätewahl Einheitslisten der Belegschaften.

Stellt nur Kollegen als Kandidaten auf, welche gewillt sind, mit euch zur Erhaltung und Verbesserung eurer Lebenslage zu kämpfen.

Nicht die Gewerkschaftszugehörigkeit muß maßgebend sein zur Kandidatur auf den Einheitslisten der Eisenbahner Schlesiens, sondern rücksichtslose Vertretung der Interessen der Kollegen, der Wille zum Kampf:

Gegen weitere Entlassungen und Lohnraub,
gegen die Dienstdauervorschriften,
gegen Beitragserhöhung und Abbau der Leistungen der APK.,
für 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich!

Jungarbeiter . . . Alarm!

Die braunen Söldner Adolf Hitlers, die Systemarmee der Hungerdiktatur Schleichers, marschieren am Sonntag auf dem Schloßplatz auf

Aus diesem Grunde wird die LLL.-Kundgebung, die am Sonntag in der „Weltbühne" stattfinden sollte, auf den 21. Januar verlegt. — Alle Karten behalten ihre Gültigkeit.

Arbeiter und Jungarbeiter, verteidigt euer Leben und Eigentum gegen den Terror der braunen SA.-Garden! Schafft überall Jugendstaffeln des Roten Massenselbstschutzes!

Lügen haben kurze Beine

Breslau. Die Sapler-Zeitung bringt in ihrer Ausgabe vom Freitag, dem 13. Januar, eine Notiz, die sich mit dem Stadtverordneten, Genossen Adelt befaßt. Dazu stellen wir folgendes fest:

1. Der angeblich vom Genossen Adelt an einen „Prominenten" SAP.-Funktionär geschriebene Brief wurde sofort durch Vergleich der Handschrift in Gegenwart der kommunistischen Fraktionsmitglieder und von Mitgliedern der SAP.-Fraktion als Fälschung festgestellt. Das wurde auch von Kirstein ausdrücklich bestätigt.
2. Der Genosse Adelt hat sein Mandat niedergelegt infolge Arbeitsüberhäufung, da er vor allen Dingen in einer wichtigeren Funktion für den Gesamtbezirk verwendet wird.

Mit dieser Darstellung dürften alle müßigen Kombinationen der SAP. und SPD., denen das einheitliche und geschlossene Auftreten der kommunistischen Fraktion schon manche Kopfschmerzen verursacht hat, hinfällig sein.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion

möchten Sie doch wieder eine Reise machen! Das können Sie auch, nur müssen Sie beizeiten an Ihre Reisekasse denken und dafür schon jetzt regelmäßig sparen bei der

Städt. Sparkasse zu Breslau

Monistische Gemeinde,
Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Sonntag, den 15. Januar, findet der Vortrag vormittags 9,30 Uhr im Saale Grünstraße 14/16, statt. Redner E. Machek. Thema: „Krieg und Religion." Nach dem Vortrag freie Aussprache! Eintritt für Mitglieder frei! Gäste 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg. Anschließend finden von 11 bis 15 Uhr die Vertreterwahlen der Gemeinde statt. Wahllisten sind durch die Kassierer ausgegeben und in der Wahlzeit ausgefüllt abzugeben. Wir bitten um rege Beteiligung der Mitgliedschaft.

Der Vorstand.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter Sucha, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Geschäftliches.

Auch im neuen Jahr wird es der Hausfrau vornehmste Sorge sein, den Ihrigen selbst bei einfachster Küchenführung stets ein sättigendes und schmackhaftes Essen vorzusetzen. Hierbei unterstützen die Hausfrau in erster Linie die erprobten Maggi-Erzeugnisse. Maggi's Würze gibt Suppen, Soßen, Gemüsen, Salaten, Fisch- und Fleischspeisen schon durch ganz wenige Tropfen Wohlgeschmack, mit Maggi's Suppenwürfeln (mehr als 30 verschiedene Sorten) bereitet man schnell kräftige und bekömmliche Suppen. Maggi's Fleischbrühwürfel geben ohne Mühe feinste Fleischbrühe zu Koch- und Trinkzwecken. Wer Maggi's Produkte verwendet, spart und kocht doch gut.

Einseitige Ernährung ist ein gefährlicher Krankheitsherd für den modernen Menschen. Eine vernünftige Mischung aus Fleisch- und Gemüsenahrung braucht vor allem der Städter und jeder Berufstätige. Im Winter, wenn Frischgemüse fehlt, ist die Konserve eine wertvolle Ergänzung. Konserven sind heute in jedem Haushalt ein unentbehrliches Nahrungsmittel. Zu begrüßen ist es daher, daß die **Breslauer Kaffee-Rösterei Otto Stiebler,** Zwingerplatz 5 und Filialen, mit Beginn des größeren Bedarfs einen großzügigen billigen Verkauf veranstaltet. Tausende von Kisten sind bereits eingetroffen und noch rollen Waggons heran, im ganzen kommen etwa 30 Waggons mit 600 000 Pfund Konserven zum billigen Verkauf. Stiebler kann bei Einkauf solch großer Mengen sehr leistungsfähig sein. Es ist interessant, zu erfahren, daß Stiebler seine Preise bis zu 40 Prozent niedriger einsetzen konnte als die regulären Listen-Preise der vorjährigen Ernte. Wenn noch dazu die Gewißheit besteht, nur gute Qualitäten zu erhalten, so ist dieser großzügige billige Verkauf von Stiebler-Konserven doppelt zu begrüßen. Schon die Besichtigung der Stieblerschen Schaufenster gibt ein anschauliches Bild von den umfassenden Preisermäßigungen. Stiebler sendet Ihnen gern eine Liste mit den neuen Preisen.

Künstliche Augen fertigen F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden, demnächst in hiesiger Gegend an. Wir verweisen deshalb auf das Inserat in der heutigen Ausgabe.

PROLETON Tonfilmbühne
Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49

Ab Freitag, bis Donnerstag, den 19. Januar
In deutscher Sprache

Das Ende von Maradu

Eine phantastische Erzählung aus den Urwäldern Borneos

Abenteuer! Sensation! Liebe!

Brigitte Helm — Rudolf Forster

Die Gräfin von Monte Christo

Dieses moderne Monte Christo-Märchen . . . mit einer Kette plausibler Einfälle mit Witz und Spannung gehört zu den besten Filmen.

Täglich 4.30 Uhr, gegen 6 Uhr und 8,45 Uhr
Preise Erwerbslose ab 30 Pfg. wochentags

Sonntag - Nachmittag ½3 Uhr:
Große Kinder- und Familien-Vorstellung
Preise 20—30 Pfennig
Arbeiter-Sport-Kartell

Nicht vergessen
zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Hungerlöhne für die schlesischen Landarbeiter

Nazi-Gutsbesitzer und Oberamtmann zahlt Löhne weit unter Tarif — Verstärkt den Kampf um die Eroberung der Gutshöfe!

Geibsdorf. Auf dem Gut des Nazi-Oberamtmanns Hornig in Ober-Linde, werden die Landarbeiter mit unerhörten Hungerlöhnen abgespeist. Der Tariflohn für die Landarbeiter beträgt nur 34 Pfennige und reicht nicht aus, um den Hunger der ganzen Familie eines Landarbeiters zu stillen. Der Nazi-Oberamtmann und Gutsbesitzer Hornig bringt es fertig, seine Landarbeiter unter dem Tarif zu entlohnen. Sie erhalten nur 28 Pfennige in der Stunde. Gegenwärtig sind die Landarbeiter auf diesem Gut 30 Stunden die Woche beschäftigt. Ihr Wochenlohn beträgt also 8,40 Mark, abzüglich 2,40 Mark Krankengeld, Versicherung usw. Der Landarbeiter muß mit diesem Hungerlohn eine Frau und zwei Kinder ernähren.

Ein anderer Landarbeiter verdient in der Woche 5,20 Mark in bar und 4 Mark Deputat. Diese vierköpfige Familie muß monatlich noch 7 Mark Miete bezahlen, sodaß ihr zum Leben auch nicht viel mehr als der obigen Familie verbleibt.

Die Hungerlöhne, die auf dem Gute Ober-Linde bezahlt werden, sind die Durchschnittslöhne der schlesischen Landarbeiter. Sie geben einen tiefen Einblick in das elende Leben, daß die Landarbeiterschaft gegenwärtig führt. Die Mehrzahl der Landarbeiter hat eine weit höhere Kinderzahl, als wie in den zwei oben angeführten Fällen. Der Hunger bei diesen Familien ist daher noch größer. Auch die Gutshöfe sind Betriebe! Der Landarbeiter gehört an die Seite des Industriearbeiters. Der Faschismus versucht das Land für sich als Aufmarschgebiet zu gewinnen. Das darf nicht sein! Die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition, alle Kommunisten, müssen aus diesem Grunde die Arbeit zur Mobilisierung der Landarbeiterschaft auf den Gutshöfen gegen die Hungerlöhne verstärken. Sorgt dafür, daß auf jedem Gut eine Zelle des Einheitsverbandes der Landarbeiter und eine Zelle der Partei entsteht.

Landarbeiter, schließt auch zusammen zur Einheitsaktion. Organisiert gemeinsam den Kampf gegen die Hungerlöhne und Unterdrückung durch die faschistischen Großgrundbesitzer! Reiht euch ein in den Einheitsverband der Landarbeiter, in die Kommunistische Partei!

30 Jahre auf dem Gut der Freifrau Olga von Stein geschuftet

Penzig. Das Gut Zodel-Neundorf gehört der Freifrau Olga von Stein. Auf diesem Gut konnten jetzt zwei Arbeiterinnen auf eine 30jährige Tätigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß ließ Freifrau Olga von Stein beide Arbeiterinnen zu sich ins Schloß kommen. Sie hielt ihnen eine kurze Rede und überreichte jeder Arbeiterin ein Diplom von der landwirtschaftlichen Kammer und eine Brosche als Anerkennung für die dreißigjährigen treuen Dienste. Mit enttäuschten Gesichtern verließen die Arbeiterfrauen das Schloß. Dreißig Jahre haben beide Arbeiterinnen für die Freifrau Olga von Stein geschuftet und ihre Arbeitskraft hergegeben. Sie wurden dabei alt und grau und haben auch den Hunger und die Not kennen gelernt. Mit dem Diplom und der Brosche können sie ihren Hunger und den ihrer Familie nicht stillen. Sie hatten gehofft, anläßlich ihres dreißigjährigen Arbeitsjubiläums, einen kleinen Geldbetrag zu bekommen. Doch sie sind enttäuscht worden.

Wenn die Landarbeiterfrauen und Arbeiter auf die Gutsbesitzer hoffen und von ihnen etwas erwarten, werden sie immer enttäuscht sein.

Die Junker und Großgrundbesitzer sind immer nur bestrebt, selbst ein luxuriöses Leben zu führen und hohe Profite einzustecken. Aufgabe der Landarbeiterinnen und Arbeiter ist es, sich zusammenzuschließen und gemeinsam den Kampf gegen das Hungerleben zu führen. Sorgt auf jedem Gut dafür, daß die Landarbeiter Mitglied des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter werden, der allein die Kämpfe der Landarbeiter gegen die Hungerlöhne organisiert und führt.

Wegen Verweigerung untertariflich-bezahlter Arbeit die Unterstützung gesperrt

Skeiden bei Glogau. Das Wohlfahrtsamt schickte den erwerbslosen Arbeiter RS. zu einem Großbauer auf Arbeit. Dieser bot dem Arbeiter einen Wochenlohn von 5 Mark. Da der Arbeiter seine Frau und drei Kinder zu ernähren hat, versprach das Wohlfahrtsamt, die Familienzuschläge zu zahlen. Der Arbeiter forderte mit Recht den bestehenden Tariflohn, der ihm aber verweigert wurde. Wir sehen an diesem Beispiel, daß das Wohlfahrtsamt mit den Großbauern und Gutsbesitzern zusammenarbeitet. Der Großbauer besitzt 137 Morgen und wollte auf diesem Wege extra Profite verdienen. Da der Arbeiter die untertarifliche Arbeit ablehnte, wurde ihm die Unterstützung zunächst auf vier Wochen gesperrt. Als das noch nichts half, wurde die Unterstützungssperre auf weitere 8 Wochen verlängert. So ist die Familie Schubert dem Verhungern ausgesetzt. Alles nur, um des Profites des Kulaken Maluche willen. Die Arbeiter müssen vereint den Kampf um Tariflohn führen, dann werden sie stärker als die Kulaken sein!

„Sie spotten ihrer selbst"

Raudten. So überschreibt ein Zeilenschinder der SPD. in Raudten eine Lokalnotiz in Nr. 9 der „Liegnitzer Volkszeitung", in der, der nur allzu gut bekannte Artikelschreiber in seiner bei ihm gewohnten dummreißtischnoddrigen Manier versucht, uns Kommunisten bei den ehrlichen SPD.-Proleten in Mißkredit zu bringen. Mit Genugtuung sei festgestellt, daß die in Raudten bisher immer von der Bildfläche geleugneten Kommunisten auf einmal „an den Straßenecken diskutieren."

Festgenagelt sei besonders, die schon früher geübte Denunziationsbetätigung des Tinterkulis. Dieser scheut nicht, in seinem Geschmiere zu behaupten, unsere Zeitungen würden „im Hausierhandel" abgesetzt.

Mit dem „politischen A. B. C.", daß uns der Artikelschreiber empfiehlt erst mal zu lernen, meint er hoffentlich nicht das Panzerkreuzer- und Konkordats-A. B. C. der Hermann Müller und Braun-Severing. Man kann eben, wie es bei dem Artikelschreiber der Fall ist, auf 3 Bänden Marxschen Kapital schlafen und trotzdem gehen die Dinge nicht in die etwas zu weiche Birne.

Wir werden, zum Aerger des Schmierfinks, der „Volkszeitung", weiter wie bisher in kameradschaftlichstem Tone mit den ehrlichen Klassengenossen aus der SPD. diskutieren, um sie für den gemeinsamen Kampf um die täglichen Lebensinteressen, für den Sozialismus zu gewinnen!

Görlitzer Erwerbslose um Kohlen betrogen

Görlitz. Die Erwerbslosen warten noch immer auf die Gratisbezugsscheine für Kohlen, die ab 1. Oktober ausgegeben werden sollen. Trotz der großen Kälte, der die Erwerbslosen ausgesetzt sind, ist das noch nicht geschehen. Inzwischen wird uns bekannt, daß die Bezugsscheine für die Gratiskohlen bereits gedruckt worden sind und im Anfang des Monat Januar aus der Druckerei geliefert und im Ofen des Wohlfahrtsamtes verbrannt worden sind. Auf Grund dieser Tatsache, muß sich der Erwerbslosen, die schutzlos dem Frost ausgesetzt sind, eine begreifliche Empörung bemächtigen. Trotz dem Beschluß in der Stadtverordnetensitzung, erhalten die Erwerbslosen keine Kohlen! Die Kohlenhalden im Waldenburger Revier werden immer mehr gefüllt. Es sind Kohlen genügend vorhanden! Die Erwerbslosen müssen sich zu einem wuchtigen Massenprotest zusammentun und dem Magistrat zeigen, daß es ihnen ernst ist um den Kampf gegen Hunger und Frost. Vereinigen sich die Hungernden und Frierenden, so stellen sie eine stärkere Macht dar, als alle Helfer und Lakaien der kapitalistischen Gesellschaft, innerhalb der Stadt Görlitz! Laßt den Ruf nach Oeffnung der Kohlenhalden und Getreidespeicher lauter erschallen!

„Kommunisten sind Idioten ..."

Guhrau. So sagte der Reichsbannerführer Weber in einer Winterhilfsausschußsitzung am 2. 1. im evangelischen Gemeindehause, zu den dort anwesenden Winterhilfsausschußmitgliedern und zu dem Landrat von Thielemann. Wir Kommunisten haben eine gute Nase, der Wind ist uns sehr gnädig und bringt uns die Nachrichten, die wir brauchen, auch aus ihren Besprechungen und wenn sie noch so „geheim" sind. Es kracht beim großem Adolf und beim kleinen Weber Georg. Der bald stattfindenden Kreistagswahl gehen wir mit großer Zuversicht entgegen. Trotz des Geschimpfes des Reichsbannerführers ist die KPD. nicht mehr klein zu kriegen. Sollen wir Weber an der Wahl erinnern? Erst waren wir zirka 600 Kommunisten. Bei der letzten Wahl waren es schon 1000.

Und an euch Werktätige und Erwerbslose richten wir den Ruf: Folgt den Losungen der Kommunistischen Partei! Lest die „Arbeiter-Zeitung".

500 Penziger Glasproleten entlassen!

Penzig. Mit banger Sorge haben die Penziger Glasproleten das neue Jahr betreten. Wurde doch am Schluß des alten Jahres die Arbeitslosigkeit ins ungeheuerliche gesteigert. An der Schwelle des Jahres 1933 wurden 500 Glasarbeiter und Arbeiterinnen brotlos. Sie wurden dem grauen Elend der Erwerbslosigkeit preisgegeben. Die Entlassungen verteilen sich auf die einzelnen Betriebe wie folgt:

Adlerhütte 170, Phönix 70, Firma Funk 95, und jetzt kommen bei der Firma Putzler 100 Kollegen und Kolleginnen zur Entlassung. Die Firma Tietzen. Seidensticker hat für den gesamten Betrieb die Stillegung beantragt. So wird sich die Gesamtzahl der Entlassenen auf 500 Kollegen und Kolleginnen belaufen.

Unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, die noch im Betrieb verbleiben, herrscht große Not. In verschiedenen Betrieben ist die Kurzarbeit eingeführt. Die Adlerhütte, ein Werk von 13 Glasöfen, wovon noch vier im Betrieb sind, hat Kurzarbeit beantragt. Auf den Fließenofen kommt es nicht selten vor, daß Glasmacher mit 3 Mark und mitunter mit noch weniger am Wochenschluß nach Hause gehen müssen. Beschweren sich die Arbeiter über diese Hungerlöhne, so bekommen sie zur Antwort: „Die Firma kann nichts geben, sie hat kein Geld." Der tariflich festgelegte Schichtlohn des Glasmachers beträgt 41 Mark. Doch nur ganz selten kommt ein Arbeiter auf diesen Verdienst. Diese Tatsache zeigt am besten, wie es um die von der reformistischen Bürokratie so gelobten gewerkschaftlichen Errungenschaften bestellt ist.

Auf Grund der katastrophalen Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die nur den Unternehmern Dienste leisteten, sind die Tarife beim Teufel und die Glasproleten zu einem unbeschreiblichen Hungerleben verurteilt.

Die Not der erwerbslosen Glasarbeiter ist heute so groß, daß die meisten keine Miete mehr bezahlen können und trotzdem gezwungen sind zu hungern. Kollegen und Kolleginnen haben wir nicht alle ein Recht auf Arbeit und zum Leben? Der kapitalistische Staat brachte uns nur Hunger und größtes Elend. Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich einzureihen in die Einheitsaktion, eine gemeinsame Front der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu bilden, um so den Kampf gegen Hunger und Frost, gegen die Massenentlassungen und Hungerlöhne erfolgreich führen zu können.

Die Kollegen und Kolleginnen, die sich heute noch im Betrieb befinden, sind der gesamten Glasarbeiterschaft gegenüber verpflichtet, gegen die fortgesetzt gekürzten Hungerlöhne energisch anzukämpfen. Jetzt ist die Amtsperiode der Betriebsräte abgelaufen. Fordert die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung und den Tätigkeitsbericht eures Betriebsrates! Sorgt dafür, daß sofort die Neuwahlen der Betriebsräte ausgeschrieben werden. Sichert durch Verstärkung der Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Wahl von revolutionären Kollegen als Betriebsräte. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß nur dort, wo rote Betriebsräte vorhanden sind, die Interessen der Belegschaft energisch vertreten und alle Kollegen ohne Rücksicht auf den Unternehmer und kapitalistischen Staat in den Kampf um ihre ureigensten Interessen geführt werden. Auch die Kollegen und Kolleginnen der Penziger Glasindustrie müssen dafür sorgen, daß sie rote Betriebsräte bekommen und jeder Betrieb eine Hochburg des revolutionären Kampfes gegen die profitgierigen Glasunternehmer wird.

Kreiszusammenlegung brachte Unterstützungsraub

Jauer. Unter den Erwerbslosen von Jauer herrscht eine große Empörung. Die Unterstützung wurde besonders infolge der Kreiszusammenlegung mit Liegnitz fortgesetzt gekürzt. Im Auftrag der Erwerbslosen forderte die KPD. eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, um dort zu den Forderungen der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Nach mehrmaligem Vorstelligwerden des Genossen Neumann bei dem Fraktionsvorsitzenden der SPD., gab dieser im Auftrag der SPD.-Leitung bekannt, daß die Forderungen der Erwerbslosen nicht erfüllt werden könnten, da kein Geld da sei. An dieser Einstellung müssen die Arbeiter von Jauer erkennen, daß die SPD. nur im Auftrag des kapitalistischen Staates handeln.

Das Wohl der kapitalistischen Wirtschaft steht ihnen höher, als daß der erwerbslosen Arbeiter.

Erst auf den Druck der Erwerbslosen hin, mußte nachträglich eine Sitzung abgehalten werden. Die SPD.-Lügenpresse versuchte, unsere Feststellungen abzustreiten. Das wird ihr jedoch nicht gelingen! Die Erwerbslosen von Jauer haben selbst Augen und Ohren, um zu sehen und zu hören, was vor sich geht. Wir rufen alle Erwerbslosen auf, gemeinsam energisch den Kampf um ihre Forderung aufzunehmen. Verlangt, daß die Kürzung der Unterstützung wieder rückgängig gemacht wird!

Metall- und Landarbeiter verjagt sie aus den Funktionen

Reformistische Gewerkschaftsführer von Proleten ertappt

Reformistische Führer des Land- und Metallarbeiterverbandes im Suff

Hagnau. Am 2. Januar, in später Nachtzeit, konnte man drei feine SPD.-Blüten Arm in Arm in der Gartenstraße einhertorkeln sehen, die dabei sangen: „Ein Profit der Gemütlichkeit." Es waren dies der DMV.-Bonze, Kreisleiter Menzel, der DMV.-Bonze Riebel von Bunzlau und der von Gnaden der SPD. eingesetzte städtische Bauführer Husse. Alle drei sind den Arbeitern Hagnaus und der weiteren Umgegend sehr bekannt! Nicht genug, von ihrer Besoffenheit, gingen diese drei Blüten nochmals in die nächste Kneipe und zwar nach der „Reichspost". Dort wurde noch eine Lage nach der anderen genommen und wieder „ein Profit der Gemütlichkeit" angestimmt. Oswald schwofte mit der Kellnerin in der Gaststube. Auf die Erwerbslosen kam man dabei ebenfalls zu sprechen. Oswald meinte, daß „die Arbeitslosen noch stattlich gekleidet gingen."

Diese Aeußerung zeigt deutlich, daß die Gewerkschaftsführer keine Ahnung von der elenden Lage der Erwerbslosen haben. Wie können sie auch! Sie, die in Saus und Braus leben und die Gelder der Arbeiter verprassen. Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder im Deutschen Landarbeiter- und Metallarbeiterverband ist es, von den Gewerkschaftsführern sofort Rechenschaft zu verlangen und sie aus ihrer Funktion zu verjagen. Schon im vergangenen Jahr hatten die Land- und Metallarbeiter schwere Kämpfe zur Verhinderung des Lohnraubbaus und anderer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu führen. In diesem Kampf war die reformistische Bürokratie, die sich hier einige Tage im Suff bewegte, das größte Hindernis.

Kollegen, Metall- und Landarbeiter, in diesem Jahr stehen noch größere Kämpfe vor euch. Beseitigt das Hemmnis, das euch hindert, diese Kämpfe siegreich zu führen. Macht Schluß mit der reformistischen Bürokratie und wählt in die gewerkschaftlichen Funktionen nur revolutionäre Kollegen!

Rote Betriebsräte und Betriebsarbeiter!

Gebt sofort Bestellung für den

„Roten Betriebsrat" Nr. 1

auf, derselbe gibt euch die wichtigsten Informationen zur Betriebsratswahl!

Kein roter Betriebsrat und Betriebsarbeiter kann den Kampf der Betriebsrätewahlen ohne diese Broschüre führen.

Auch ist die Broschüre: „Die RGO. im Angriff" von großer Bedeutung, da sie die Rede des Genossen Schulte enthält.

Zu beziehen durch den Litvertrieb der RGO., Breslau, Krullstraße 1/2.

Zur Sicherung des Profits der Plüschfabrik Schiller, Wiegansthal, ist Geld vorhanden

Marklissa. Die erst 1925 gegründete Sparkasse Marklissa gewährte der Firma J. G. Schiller, Plüschfabrik, Wiegansthal, der von der Danatbank ein Kredit von 300 000 RM. gekündigt worden war, zur Abdeckung dieses Kredites durch die Sparkassen-Zweigstelle in Wiegansthal, Kredite. Durch Scheckschiebungen, von denen der Kassenleiter, Rendant Paul Egeling wußte, gelang es der Firma den Kredit weit zu überziehen. Der Regierungspräsident zu Liegnitz bestrafte Egeling deshalb mit einer Geldstrafe von 90 RM. und den Bürgermeister von Marklissa mit einem Verweis. Ungeachtet des ausdrücklichen Verbots durch den Regierungspräsidenten, der Firma Schiller weitere Kredite zu geben, wurde der Firma durch die Zweigstelle Wiegansthal weitere Kredite eingeräumt. Ja, es wurde sogar ein Wechselobligo der Hauptkasse Marklissa von 25 000 RM. dadurch abgedeckt, daß das Wechselobligo der Zweigstelle Wiegansthal erhöht wurde. Im ganzen wurden der Firma Schiller 213 000 RM. Kredit eingeräumt, das ist mehr als ein Viertel der Spareinlagen. (!) Die Firma brach dann zusammen und stellte die Zahlungen ein. Es wird jedoch voraussichtlich der Sparkasse gelingen, den gewährten Kredit 100prozentig zurückzuerhalten, da die Firma J. G. Schiller wieder saniert ist und jetzt arbeitet. Die Disziplinarkammer der Regierung, vor der sich der Kassenleiter Egeling am Mittwoch zu verantworten hatte, hielt ihn des Dienstvergehens für schuldig und verurteilte ihn zu einer Gehaltskürzung um ein Zwölftel des Monatsgehaltes auf die Dauer von vier Monaten und den Kosten des Verfahrens. Die Disziplinarkammer gelangte zur Verurteilung, weil der Angeschuldigte die Zweigstelle der Sparkasse in Wiegansthal zu beaufsichtigen hatte und dabei die Kontrolle vernachlässigte und monatelang gänzlich unterließ.

Damit der Profit eines Unternehmers ja nicht geschmälert wird, werden allerlei Schiebungen unternommen. Dafür ist Geld vorhanden. Die Erwerbslosen müssen sich das merken und den gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Frost verschärfen. Wenn für einen profitgierigen Unternehmer Geld vorhanden ist, muß erst recht für die Erwerbslosen solches beschafft werden können!

Zwei neue Konferenzen in Genf

Bankrott und Betrug

Fast zur gleichen Zeit begannen in Genf zwei neue kapitalistische Konferenzen. Die eine führte den Namen „Vorbereitendes Komitee für die Weltwirtschaftskonferenz", die andere nennt sich „Arbeitszeitkonferenz."

Was die erste Tagung anbelangt, so waren die Reden der verschiedenen Vertreter der kapitalistischen Länder geradezu klassische Beweise dafür, daß diese Leute selbst nicht an die Möglichkeit glauben, den sterbenskranken Kapitalismus zu heilen. Man unterhielt sich über das Thema „Stand und Lösungsmöglichkeiten der Weltwirtschaftskrise". Der englische Finanzsachverständige Leith Roß mußte in seiner Rede offen zugeben, daß keinerlei Veranlassung zu optimistischen Betrachtungen vorhanden sei. Er erklärte wörtlich, es lägen bisher keinerlei Zeichen einer Ueberwindung der Krise vor, vielmehr müsse mit einer weiteren Verschärfung der Krisenlage gerechnet werden. Auf dieser Konferenz prallten jetzt schon alle Gegensätze der auf der Jagd nach Absatzmärkten befindlichen kapitalistischen Mächte aufs heftigste aufeinander.

Die andere Konferenz beschäftigte sich mit der Frage eines internationalen Abkommens über die Einführung der Vierzigstundenwoche. Um den ganzen Betrug dieser Konferenz zu kennzeichnen, genügt bereits die Feststellung, daß noch nicht einmal die bereits vor acht Jahren abgeschlossene Washingtoner Konvention über die Einführung des Achtstundentages ratifiziert worden ist. Die Konferenz findet ausgerechnet auf Anregung des italienischen Faschismus statt, der sich als „Vorkämpfer" für die Vierzigstundenwoche aufspielt, während in den Betrieben Italiens, so weit nicht kurz gearbeitet wird, die Arbeitszeit 9, 10 und mehr Stunden beträgt. Es ist selbstverständlich, daß die Bürokraten der Amsterdamer Internationale an diesem Betrugsmanöver führend beteiligt sind. Unter anderen sprach auch der alte Fuchs Jouhaux, der Führer der reformistischen Gewerkschaften Frankreichs. Er redete den versammelten Kapitalisten gut zu, sie sollten etwas zur Verkürzung der Arbeitszeit tun — von vollem Lohnausgleich verlor dieser ehrenwerte Herr nicht ein einziges Wort. Der Vertreter der deutschen Regierung sagte dagegen offen heraus, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur in Frage käme, wenn kein Lohnausgleich erfolge. Und auf diesen Ton waren sämtliche Reden abgestimmt. Die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich kann nur durch die Kampfkraft der Arbeiter in den Betrieben im engsten Bündnis mit den Erwerbslosen erzwungen werden.

Marschall Tschanghsüeliang zum Fall Huanping

Berlin 13. Januar. Das Büro der Liga gegen Imperialismus hat nachstehendes Telegramm des Marschalls Tschanghsüeliang erhalten:

„Telegramm erhalten. Hunping wurde durch die Tientsiner Lokalorganisation der Kuomintang verhaftet und in der Richtung auf Nanking zur Aburteilung überführt. Ich habe keine Kompetenz, einzugreifen. Persönlich kenne ich ihn gut. Im Falle er China treu dient, werde ich versuchen, der Nanking-Regierung im Interesse seiner Sicherheit zu telegraphieren."

Aus diesem Telegrmm geht hervor, daß die entschlossene Protestaktion der Arbeitermillionen für Huanping nicht ohne Eindruck geblieben ist. Um so notwendiger ist es, sie zu verstärken, um Huanping zu retten.

Schon wieder Regierungskrise in Rumänien

Bukarest, 13. Januar. Die Regierung Maniu hat heute dem König die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht. Es besteht Wahrscheinlichkeit, daß der erst vor wenigen Wochen gestürzte Ministerpräsident Vajda-Vojwed, der Führer der Kulakenpartei, die Bildung der neuen Regierung übernehmen wird.

Japan will keinen Nichtangriffspakt

Provokatorische Erklärungen des japanischen Außenministers — Panik unter der Bevölkerung Pekings und Tientsins — Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

Tokio, 13. Januar. Nach den letzten provokatorischen sowjetfeindlichen Aeußerungen des japanischen Delegierten in Genf, Matsuoka, die in der Sowjetunion die größte Empörung ausgelöst haben, liegen nun erneut ähnliche Erklärungen des japanischen Außenministers, Uschida, vor. Diesem Vertreter der japanischen Kriegsräuber hat es jene Stelle in der Rede des Genossen Stalin besonders angetan, wo es heißt, daß angesichts der Kriegstreibereien der Imperialisten das Proletariat der Sowjetunion während des Fünfjahrplanes große Anstrengungen auf die Erhöhung der Wehrhaftigkeit des proletarischen Staates verwenden mußten. Den japanischen Imperialisten paßt es natürlich nicht, daß der proletarische Staat sich gegen den imperialistischen Ueberfall sichert, er möchte gern sehen, daß die Sowjetmacht wehrlos ist, damit Rußland ebenso wie China kolonisiert werden könnte. Aus diesem Grunde erklärte der japanische Außenminister Uschida, nach der Rede Stalins käme der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion nicht in Frage. Diese Erklärung ist das offene Eingeständnis, daß sich der japanische Imperialismus auf die Intervention gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Der Vormarsch der japanischen Truppen längs der chinesischen Mauer geht weiter. Die Besetzung der Stadt Tschumenkau hat unter der Bevölkerung Pekings und Tientsins eine wahre Panik hervorgerufen, da Tschumenkau als entscheidender Stützpunkt der japanischen Truppen zum weiteren Vormarsch gegen Tiensin und Peking gilt. Große Teile der Bevölkerung verlassen fluchtartig diese beiden Städte.

In Schanhaikwan hat sich ein Vorfall ereignet, der bei der Gespanntheit der amerikanisch-japanischen Gegensätze leicht zu weiteren Konflikten führen kann. Japanische Truppen haben nämlich dort das Gebäude einer amerikanischen Mission beschlagnahmt und es als Maschinengewehrnest sowie als Pferdestall benutzt. Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten gab bereits die drohende Erklärung ab, daß „die Regierung alle erforderlichen Schritte zur Sicherung des Lebens und Eigentums amerikanischer Bürger im Fernen Osten ergreifen" werde.

Das Echo der Betriebe auf die Rede Stalins

Moskau, 13. Januar. Die werktätigen Massen in allen Betrieben der Sowjetunion beantworten den Bericht Stalins im Vereinigten Plenum des ZK. und der ZKK. der KPSU. mit einer neuen Welle von Enthusiasmus und Initiative, mit neuer Arbeitsbegeisterung. Die Arbeiter des Dynamowerkes erklären in ihrer Begrüßung an Stalin:

„Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans flößen uns noch größere Energie, Enthusiasmus und Heroismus im Kampfe für den Aufbau der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft ein. Wir fürchten keine Schwierigkeiten. Wir werden sie mit noch größerer Klassenwachsamkeit, mit noch engerem Zusammenschluß um das Leninsche ZK. der KPSU. überwinden. Deine Weisungen, Genosse Stalin, werden uns die Richtlinie in unserem Kampfe für den zweiten Fünfjahrplan sein."

Die Arbeiter ziehen das Fazit der enormen Errungenschaften, die nur im Sowjetlande unter der Führung der bolschewistischen Partei möglich sind. Einige Arbeiter schreiben: „Unser ehemaliger Simonow-Bezirk — ödes, finsteres Randgebiet der Stadt Moskau — hat sich unter der Sowjetmacht zu einem großen proletarischen Industrie- und Kulturzentrum entwickelt. Unser Dynamowerk ist auf das Fünffache gewachsen und eine zwölftausendköpfige Belegschaft bedient diesen Riesenbetrieb der Sowjetunion. Hat es sich nicht gelohnt, mit Selbstaufopferung an die Ueberwindung der größten Schwierigkeiten heranzugehen?"

Die Arbeiter des Wottowitsch-Werkes schreiben: „Wir sind davon überzeugt, daß die Rolle Stalins im Kampfe für den Fünfjahrplan wahrhaft kolossal war. Stalin, der treue Schüler und Kampfgenosse Lenins, führt die Arbeiterklasse und ihre Partei auf dem Leninschen Weg. Dadurch sind die welthistorischen Siege der Arbeiterklasse der Sowjetunion im sozialistischen Ausbau errungen worden."

In vielen Betrieben erklären die Arbeiter nach der Verlesung des Stalin-Berichtes, daß sie die Verpflichtung übernehmen, in ihrem Betrieb zwecks Ausführung des zweiten Fünfjahrplans bis zu dessen Vollendung zu verbleiben.

Rede des Gen. Molotow

Die Aufgaben im ersten Jahr des zweiten Fünfjahrplans

Moskau, 13. Januar. Genosse Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR., hielt auf der Tagung des vereinigten Plenums des ZK. und der ZKK. der KPSU. das Referat über die Aufgaben im ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplans.

Massenstreiks gegen die belgische Regierung

Brüssel, 13. Januar. Am Donnerstagmorgen traten die Belegschaften verschiedener Industriebetriebe sowie der Kohlengruben in Svignies, Thuin und La Louviere in einen 24stündigen Proteststreik gegen das Hungerprogramm der belgischen Regierung. Insgesamt stehen über 20 000 Arbeiter im Streik.

Begeisterte Zustimmung der Moskauer Betriebe

Zur Rede des Genossen Stalin

Moskau, 13. Januar (Eig. Drahtbericht). In zahlreichen Moskauer Großbetrieben nahmen die Arbeiter zu der Rede des Führers der Bolschewistischen Partei, Gen. Stalin, über die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans Stellung und verpflichteten sich in begeisterten Begrüßungsadressen an das ZK., mit noch größerem Elan an die Erfüllung des zweiten Fünfjahrplans zu gehen. Die Arbeiter der Elektroabteilung des Dynamowerks erklärten, daß sie den Plan für das Jahr 1933 vorfristig erfüllen und eine Elektrolokomotive namens Stalin herstellen lassen.

OE Katowice 13. Januar. Nachdem bereits, wie wir mitteilten, in mehreren Wojewodschaften das Standrecht gegen die Soldaten der polnischen Armee verhängt worden ist, teilt jetzt die Telegraphenagentur Ost-Expreß mit, daß auch der kommandierende General des Krakauer Korpsbezirks, zu dem auch die Wojewodschaft Schlesien gehört, durch eine Bekanntmachung die Einführung des Standgerichtsverfahrens beim Militärgericht erklärt. Damit wird auch in Polnisch-Oberschlesien für Vergehen der Soldaten die Todesstrafe verhängt.

Zwischen Tanks und Stacheldraht

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

5. Fortsetzung

„Die Plakate hätten schon lange weg sein müssen. Duddat ist eine Durchgangsstelle. Von da werden sie abgeholt und weiterbefördert." Wolf sagte es nicht entschuldigend. Sein Gesicht zeigte, daß er den Vorfall nicht als seinen Fehler ansah.

„Um so schlimmer! Dann ist in Horst also acht Tage kein Kurier gewesen?"

„Nach dem, was du erzählst, ist keiner dagewesen." Wolf sagt es kleinlaut. Seine Hartnäckigkeit ist gebrochen.

„Du siehst doch jetzt ein, Gerhardt, wir müssen unbedingt über die verschiedenen Methoden der Antiarbeit sprechen?"

Frau Wolf holt zwei Stühle aus der Küche und rückt sie an den Tisch. Alle setzen sich. Ungern erhebt sich Schweiffelt aus seiner ruhenden Lage. Seine Brust drückt gegen die Tischkante, er fühlt, wie der Bleistift gegen die Rippen drückt. Er zieht den Bleistift und die um den Bleistift gerollten Notizblätter aus der Tasche und legt sie vor sich hin.

„Nein, Genosse Rudi, keine Notizen machen!" sagt der Franzose, nimmt das vollgeschriebene Notizblatt, liest es, zerreißt es und bittet Frau Wolf, die Fetzen ins Feuer zu werfen.

Lange Stunden sitzen sie und sprechen. Die Uhr zeigt auf zwölf, als Schweiffelt aufsteht und sich verabschiedet. Mit grüblerischen Gedanken trabt er durch die Straßen. Es waren neue Gedanken, die sein junges Hirn aufnahm. Und sein ganzes jugendliches Drängen nach Leben, Begeisterung und Aufopferung macht die in Worte gepreßten Gedanken wieder lebendig und hält ihn in abenteuerlich-kampfesfreudiger Stimmung. Seine Augen sehen jetzt schärfer, seine Ohren hören genauer. Das sonst ziel- und zwecklose Schlendern in den Straßen wird jetzt planmäßiges Heranpirschen mit scharfer Beobachtung der Stellungen und des Lebens und Treibens in den Kasernen der französisch-belgischen Besatzungsarmee.

Zu Hause aber sehen seine Augen nicht mehr die Unordnung und den Schmutz, und seine Ohren hören nicht mehr die lallende Stimme seiner betrunkenen Mutter. Jetzt sind für ihn die Kleinigkeiten auf der Straße Weltereignisse und die Begebenheiten in der Wohnung Bagatellen.

Der Mutter konnte diese Umstellung seiner Gedanken nicht verborgen bleiben. Sie fühlt, daß ihre mütterliche Macht daran nichts mehr ändern kann. Mehr und heftiger schimpft sie auf Rudi. Aber er kümmert sich nicht darum. Während seine Mutter sich nach den Schimpfereien weinend auf einen Stuhl niederfallen läßt, ist er unbekümmert und unempfindlich zum Ofen gegangen. Er wärmt sich das Abendbrot, vom Mittag übriggebliebene Kartoffeln, auf. Schnell kriecht er danach ins Bett, träumt unruhig, fühlt sich aber am Morgen stärker und frischer denn je. Noch zwei Tage, dann kommt der Kurier mit den Paketen, dann soll seine erste antimilitaristische Arbeit beginnen.

Das blauweißrote Plakat

Während Rudi Schweiffelt den letzten Wagen unter die Rutsche schiebt, steigt in Essen der Kurier mit zwei schweren Paketen in die Elektrische ein. Er stellt die Pakete auf die vordere Plattform und setzt sich in den Innenraum. Der Wagen ist ziemlich leer. An der zweiten Haltestelle steigt eine französische Patrouille ein, die zur nächsten Kanalbrücke zur Bewachung fährt. Es sind Unteroffiziere und Offiziere dabei. Sie steigen alle auf die vordere Plattform. Durch die mittlere Türscheibe, die anderen sind noch vom Kriege her zum Fliegerschutz mit schwarzer Farbe bemalt, sieht der Kurier, wie die Soldaten ihre Gewehre auf die Pakete stellen. Durch das Rütteln des Wagens rutschen die Gewehre von dem glatten Packpapier herunter. Unmutig schauen die Offiziere und die Soldaten, die keinen anderen Platz für ihre Gewehre haben, auf die Pakete. Der Kurier fühlt, als er das sieht, wie sein Herz mit heftigen Stößen gegen die Rippen schlägt. Er erinnert sich jetzt an die Erzählungen vom rigorosen Vorgehen der Besatzungssoldaten, wie einmal alle Fahrgäste einer Elektrischen untersucht worden sind und die Soldaten alle Pakete der Fahrgäste mit den Bajonetten aufgeschnitten hatten.

Was jetzt machen? Für alle Fälle holt er einen kleinen Zettel aus der Tasche. Die Adresse von Rudi. Er liest sie zweimal, wiederholt sie im Gedächtnis, dann zerreißt er den Zettel in kleine Fetzen. Soll ich einfach warten, bis die Soldaten wieder aussteigen? Und wenn sie während der Fahrt die Pakete aufschneiden? Nicht einen Deut werden sie mir glauben, wenn ich sage, die Pakete gehören nicht mir. Wem denn anders? Den zwei alten Tanten vielleicht, die mit ihm im Wagen sitzen? Verdammt ja, ich steige aus! Laß die Pakete zum Teufel sausen! Das wäre der beste und leichteste Ausweg. Bist ein Feigling, wenn du die Pakete im Stich läßt. Aber was soll ich machen?! Bleib ich drin, is nix, spring ich raus, is nix.

Knack-knack-knack. Der Wagenführer schaltet die Kontakte aus. Er dreht die Bremse an. Der Kurier weiß immer noch nicht, was er machen soll. Jetzt hält der Wagen. Er sieht die beiden alten Tanten ihre großen Marktkörbe unter der Bank hervorholen und langsam aus dem Wagen humpeln. Das mach ich auch. Ich steige aus! Fertig!

Hastig stößt er die Tür beiseite, er fühlt alle Blicke der Soldaten auf sich gerichtet. Und hastig zieht er die Pakete aus der Ecke, wobei er die Soldaten anrempelt. Wenn ich schon raus wäre! Das erste Paket schmeißt er vom Wagen herunter. Als er selbst vom Wagen springt, sich umdreht, um das zweite Paket vom Wagen zu zerren, haben es zwei Soldaten an den Schnüren gepackt. — Jetzt ist's passiert! — Aber nein, sie reichen es ihm freundlich hin. Er nimmt es ihnen schnell aus der Hand. Wie er aufblickt, fährt der Wagen weiter.

Mit dem abfahrenden Wagen entschwindet auch seine Angst. Ruhig setzt er sich an der Bordschwelle auf die Pakete und überlegt das Weiterkommen.

Vom Essener Großmarkt her fahren Gemüsewagen an ihm vorbei. Das wär 'ne feine Sache, mit solch einem Wagen weiterzufahren! Heute ist Freitag, an diesem Tag ist Markt. Für Geld wird mich jemand mitfahren lassen. Aufmerksam studiert er die Namenschilder an den vorüberfahrenden Wagen. Beim fünften Wagen kann er unter dem Namen die Ortsbezeichnung Gladbeck-Brauck entziffern.

Der Händler ist gerne bereit, ihn mitzunehmen. Geld will er nicht haben.

„Die paar Groschen behalte nur! Jetzt schlafe ich nicht ein. Seit drei Uhr früh bin ich unterwegs, mußt du wissen, und gestern abend haben wir mächtig Geburtstag gefeiert!" sagt der Händler, ein junger Bursche. Unbehelligt fährt der Kurier an den französischen und belgischen Brückenposten vorbei, bis vor das Haus, in dem Rudi Schweiffelt wohnt.

Als der Kurier in die Stube eintritt, springt Schweiffelt auf, wischt den Tisch sauber und knüpft die Pakete los. Er vergißt sich ganz bei der Arbeit. Der Kurier merkt es und verabschiedet sich. „In acht Tagen komme ich wieder."

Fortsetzung folgt.

Verzweiflungsakt eines wandernden Erwerbslosen

Der Kampf um ein Obdach — Gummiknüppelhiebe als „Weihnachtsgeschenk"

Zobten am Berge. Wie uns jetzt bekannt wird, hat am „Weihnachtsabend" ein durchreisender Handwerksbursche die Schaufensterscheibe der Kolonialwarenhandlung Hühnert eingeschlagen.

Die Ursache zu dieser verzweifelten Tat war folgende:

Er hatte in der hiesigen „Christlichen Herberge zur Heimat" um Unterkunft nachgesucht, die ihm verweigert wurde, weil er angeblich nicht sauber sei. Nach dieser Abweisung ging er nun zum hiesigen Polizisten Weis, und meldete sich obdachlos. Dieser faschistische Polizeigewaltige schnauzte diesen obdachlosen verzweifelten Menschen an und wies ihn ab.

In seiner verzweifelten Lage, hungernd und frierend, von allen Instanzen abgewiesen, ging nun dieser Erwerbslose dazu über, bei obigem Geschäftsmann die Schaufensterscheibe einzuschlagen und blieb so lange vor der zertrümmerten Scheibe stehen, bis die Polizei erschien und ihn verhaftete.

Was sich nun weiter abspielte, ist geradezu provozierend für die gesamte Arbeiterschaft und insbesondere für die Erwerbslosen. Nicht genug, daß dieses Opfer der kapitalistischen Bankrottwirtschaft an diesem sogenannten „Fest der Liebe" hinter schwedische Gardinen gebracht wurde, sondern die hiesigen Ordnungshüter ließen, wie uns mitgeteilt wurde, ihre „liebevolle Weihnachtsstimmung" noch dadurch zum Ausdruck kommen, indem sie den Verhafteten in seiner Zelle mit dem Gummiknüppel bearbeiteten.

Dieser verzweifelte Akt eines wandernden Erwerbslosen, eines Erwerbslosen aus dem Heer der 600 000, die hungernd und frierend ohne Obdach, die kapitalistische Wahnsinnswirtschaft am deutlichsten verspüren, zeugt davon, welche ungeheure Not in den Reihen dieser Aermsten der Armen vorhanden ist.

Dieser Vorfall muß für die gesamten Erwerbslosen ein erneuter Anlaß sein, eine breite außerparlamentarische Massenbewegung zu entfalten für die Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion, die im Landtag nachfolgenden Antrag eingebracht hat. Wir geben diesen Antrag nachstehend noch einmal zur Kenntnis. An den Erwerbslosen liegt es nun, sich in geschlossener Front hinter diese Forderungen zu stellen.

Urantrag Nr. 1219

Pieck, Sandtner, Frau Franz, Breslau und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, menschenwürdige Unterkunftsräume mit Heizung und Beleuchtung für obdachlose Wanderer einzurichten und für die Wanderer warmes Essen bereitzuhalten.

Die erforderlichen Mittel werden vom Staat zur Verfügung gestellt.

Werdet Leser der kommunistischen Presse

Ausverkaufs-Preise und noch **Zahlungs-Erleichterung** in nahezu 100 führenden Häusern Breslaus nur durch **Kunden-Kredit** G. m. b. H. Breslau Gartenstr. 67 (Capitolhaus)

Schauspielhaus
Operettenbühne
Fernruf 36300
Montag 8.15 Uhr
in Anwesenheit des Komponisten
Uraufführung
Die Fahrt ins Abenteuer
Operette von Will Ianta

Pfänder-Auktion
Mittwoch, 18. Jan.
Leihhaus Grundmann
Trebnitzer Str. 21

ALKAZAR
Täglich ab 8.30 Uhr
Mittwoch und Sonntag auch 4,30 Uhr
Tropen-Expreß
Europas größte Revue
Nur noch 3 Tage
bis einschließlich Sonntag, 15. Januar
Nach der Revue
Tropen-Ball
bis 4 Uhr

WAPPENHOF
Täglich (außer Sonnabend) ab 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
10 Attraktionen
jeden 1. und 16. neues Programm
Eintritt 30 Pfg.
Täglich ab 8 Uhr:
BALL
Das ungekürzte Progr. 2 Kapellen
Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und Vereinsveranstaltungen

Monistische Gemeinde E.V.
Breslau, Grünstraße 14/16
Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit
Sonntag, den 15. Januar, vorm. 9½ Uhr
Vortrag
im Saale Grünstraße 14/16
Redner: E. Machek
Thema:
Krieg u. Religion
Freie Aussprache
Eintritt für Mitglieder frei
Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

8% Rabatt! 8% Rabatt!
Edeka-Geschäft
Clemens Pohl
Breslau-Rosenthal, Johann.-Reinelt-Weg 38
Kolonialwaren, Weine und Spirituosen

Frack-Mohaupt
nur Blücherplatz 20 Ring Ecke (fr. Karlstr. 1) Telefon 57082
leihweise elegante Smoking u. Gehrockanzüge

Weinhandlung
Wein-Probierstube / Flaschen-Versand
Ernst Friedrich, Breslau
Blücherplatz 9 — Telefon 58872

Edmund Prause
Kohlenhandlung
Breslau, Trebnitzer Str. 29

Oels
Gustav Roder, Kleine Mühle
Telefon 329
Ia Roggen — Weizenmehle
Grieß — Graupen — Futtermittel
Kohlen und Holz

Gegenüber den regulären Listenpreisen der 31er-Ernte sind Stiebler-Konserven neuer Ernte bis zu 40 Prozent billiger, deshalb für jeden Haushalt erschwinglich.
Einige Beispiele: Preise für 2-Pfund-Dosen

Schnitt-bohnen 0.39	Wachsbrech-bohnen, junge 0.51	Karotten in Würfeln 0.29	Sellerie in Scheiben 0.58
Rosenkohl (Knospen) 0.58	Kohlrabi mit Grün 0.38	Spinat 0.38	Butterpilze 0.72
Gemüse-Erbsen 0.52	Erdbeeren 0.88	Pfirsiche halbe Frucht 0.88	Apfelmus 0.50
Pflaumen blau 0.50	Haushalt-Mischung mit grün Hülsenfrücht. (Erbsen) 0.35	0.40	Pfifferlinge 0.88

Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5 und 30 Filialen / Tel. 22201

Wir suchen für mehrere Wochenzeitungen und Monatszeitschriften zur Arbeit im dortigen Bezirk tüchtige
abschlußsichere Vertreter
bei hoher Provision — Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an
das inserat
Allgemeine Inseraten-Expedition GmbH.
Berlin W 9, Potsdamer Straße 129-130

Künstliche Augen
fertigen wir naturgetreu für unsere Patienten
F. Ad. Müller Söhne Wiesbaden, in Breslau
Hotel Rom, Bischofstr. 10a, Ecke Albrechtstr., von 21. bis 24.1.33

Görlitz
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Langnickel
Görlitz

N.-Schl. Nußkohlen I 1.35 Mk
N.-Schl. Nußkohlen II 1.25 Mk.
je 1 Zentner ab Lager
M. Mittmann
Liegnitz, Königstraße Nr. 5

Fischhalle Altstadt
Essig- und Senf-Niederlage
B. Nicolaus
Görlitz, Bogstraße 3

Bäckerei u. Konditorei
Max Schulz
Görlitz, Theaterpassag.

Einkaufs-Vorteile besonderer Art nur im
KAUFHAUS ZUM STRAUSS
RUD. KARSTADT AG., GÖRLITZ
Telephon 3181-3183

Leser der Arbeiter-Zeitung
kauft Eure Bedarfs-Artikel nur bei
unseren Inserenten!

XV. Nachtrag
zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.
(Beschluß des Kassenausschusses vom 7. 12. 1932.)

Die Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau wird wie folgt geändert:

§ 20, Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Aendert sich der Lohn am ersten Tage eines Kalendermonats, dann ändert sich die Lohnstufe sofort. Aendert er sich im Laufe eines Kalendermonats, dann ändert sich die Lohnstufe erst mit Beginn des nächsten Kalendermonats. — § 318 Abs. 3 RVO.

§ 21, Abs. 1, Ziff. 2, erhält folgende Fassung:

II. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Kalendertag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Für Versicherte, deren Grundlohn durch den wirklichen Arbeitsverdienst bestimmt ist, wird der Berechnung der Barleistungen der durchschnittliche Arbeitsverdienst der letzten acht Kalenderwochen vor der Erkrankung zugrunde gelegt. — § 182 Abs. 1 RVO.

§ 25 fällt fort.

§ 66, Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Die Beiträge für die unständig Beschäftigten werden auf 8,1 v. H. des Ortslohnes (§§ 149—152 RVO.) festgesetzt und je für eine Woche berechnet. — § 450 Abs. 1 RVO.

Abs. 6 erhält folgende Fassung:

Unständig Beschäftigte, die nach Löschung im Verzeichnis die Mitgliedschaft nach § 12 freiwillig fortsetzen, zahlen 8,1 v. H. des Ortslohnes als Beitrag und erhalten die Regelleistungen der Kasse unter Zugrundelegung des Ortslohnes. — § 447 Abs. 3 RVO.

§ 74, Abs. 2:

Die Worte „solange der Hausgewerbetreibende für ihn beschäftigt ist", fallen fort. — § 472 Abs. 3 GVO.

Dieser Nachtrag tritt vom 1. Januar 1933 ab in Kraft.

Breslau, den 1. Dezember 1932.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau.
Der mit der Führung der Geschäfte des Vorstandes der AOK. zu Breslau nach § 379 RVO. vom Versicherungsamt Beauftragte:
Adler, Direktor.

Der Satzungsnachtrag vom 1. Dezember 1932 wird in der sich aus der Anlage ergebenden Form genehmigt; soweit zu einzelnen Bestimmungen die Zustimmung erforderlich ist, wird sie erteilt.

Breslau, den 5. Januar 1933.

Der Vorsitzende der Beschlußkammer.
In Vertretung:
gez. Unterschrift.

Stempel:
Preuß. Oberverf.-Amt Breslau.
K. B. 407/32.

B Führer „Der Weg zum Kunden" im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Ohlau
Motorräder — Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettel, Ring Nr. 14

Die Hausfrau, die
nur mit Gas
kocht, bäckt und bügelt, spart viel Zeit und Geld
Kat u. Gasapparate-Ausstellung im Gaswerk Ohlau 9658

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Elise Melde, August-Feige-Str. 4
9537

Brot- und Feinbäckerei 9538
Richard Gebhardt Oderstr. 48

Alle Lebensmittel bei
E. Ulbrich Nachf.
9539 Oderstraße 44

Hausfrauen, eure Fleisch- u. Wurstwaren kauft bei 9540
Walter Metzner, Ring 16

E. Richter, Likörfabrik
9541 Brieger Straße 8-10

Fraustadt
Central-Kaufhaus
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Zweieimerstraße 9/11
30418

Breslau-Zentrum
Radio
Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Nikolaistraße 13
Posener
30349

Steinau a.O.
Schuhhaus Nowak
30283
Verkehrslokal der Werktätigen
Gasthaus „Zum Kronprinzen" 30282

Reserviert N.
30284

Kaufhaus Müller, Oderstr. 29
Arbeitskleidung für alle Berufe
30285

Reserviert OS.
30281

Bernstadt
Reserviert
9734

Peisterwitz
Kauft bei Klaus 9654
denn er ist billig und gut

Die sparsame Hausfrau kauft ihren Bedarf an Lebensmitteln und Wirtschafts-Artikeln bei
Hans Kern, Quelldorfstraße 37
9655